

Jahresbericht 2018

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin



Inhalt

Einleitung	03
Berlin im Jahr 2018	05
Charlottenburg-Wilmersdorf	08
Friedrichshain-Kreuzberg	11
Lichtenberg	14
Neue Entwicklungen im klassischen Neonazismus & völk. Mobilisierungen	16
Marzahn-Hellersdorf	17
Mitte	20
Neukölln	23
10 Punkte für Zivilcourage	26
Pankow	27
Reinickendorf	30
Spandau	33
Steglitz-Zehlendorf	36
Was ist die „Neue“ Rechte?	39
Tempelhof-Schöneberg	41
Treptow-Köpenick	44
Links und Literatur	47

Impressum

Koordination der Berliner Register
pad gGmbH
Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 0152 - 04 42 57 46

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen verfasst.

Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.000 Stück
Stand: Oktober 2019
Fotos: Berliner Register

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.



Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

Einleitung

Registerstellen dokumentieren Vorfälle aus Berlin, die rassistisch, antisemitisch, antiziganistisch, extrem rechts, antimuslimisch, LGBTIQ*feindlich, den Nationalsozialismus verharmlosend, sozialchauvinistisch motiviert sind oder sich gegen Menschen mit Behinderungen richten. Vorfälle sind neben körperlichen Angriffen auch Beleidigungen, Diskriminierungen, Aufkleber und Parolen, Veranstaltungen oder Sachbeschädigungen. Dabei ist irrelevant, ob es sich um eine Straftat handelt oder nicht, denn die Dokumentation soll ein gesellschaftliches Klima beschreiben und Ausgrenzungen von Menschen(-gruppen) sichtbar machen. Jeder Bezirk hat eine Registerstelle, die bei einem Trägerverein angesiedelt ist, Vorfälle sammelt, veröffentlicht und auswertet. Die Informationen stammen von Anlaufstellen wie Jugendeinrichtungen, Parteibüros, Nachbarschaftszentren sowie lokal engagierten Gruppen und Einzelpersonen. Alle dokumentierten Vorfälle aus allen Bezirken sind im Internet unter <https://berliner-register.de/chronik> einsehbar. Es werden nur Vorfälle von den Registern erfasst, die in eine der inhaltlichen Kategorien passen (siehe Kasten). Sie sind angelehnt an die Forschungsarbeiten zu menschenfeindlichen Einstellungen und der Rechtsextremismusforschung.¹ Alle Vorfälle sind einer Vorfallsart und einem Ortsteil zugeordnet.

Die Berliner Registerstellen blicken auf eine Entstehungsgeschichte zurück, die im Jahr 2005 in Pankow ihren Anfang nahm. Seitdem sind 14 Jahre vergangen und wir sind durch die besondere Unterstützung der Opferberatungsstelle ReachOut zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk herangewachsen. Die Rahmenbedingungen, die Akteur*innen und Netzwerke und die

Stadt Berlin haben sich in dieser Zeit verändert. Seit 2016 fließen Vorfälle aus allen Bezirken in die gemeinsame Auswertung ein. Die Bekanntheit der Registerstellen wächst und damit auch die Anzahl an dokumentierten Vorfällen. Vor allem die Veränderungen in den Zahlen geben Aufschluss darüber, wie sich Berlin hinsichtlich der Phänomene Rassismus, Antisemitismus und extreme Rechte entwickelt. Lokale Strukturen in den Bezirken, die Vielfalt von Anlaufstellen, die engagierten Personen vor Ort und ihre Reaktionen auf das, was täglich geschieht, unterscheiden sich erheblich voneinander. Eine Analyse der dokumentierten Vorfälle findet deshalb in jedem Bezirk einzeln statt. Um die Spezifika einzelner Regionen und bezirksübergreifende Phänomene sichtbar zu machen, erarbeiten die Berliner Registerstellen von nun an einen gemeinsamen Jahresbericht, der die Spezifika einzelner Regionen und bezirksübergreifende Phänomene festhält.

In einem Übersichtsartikel für die gesamte Stadt werden die Gemeinsamkeiten und zentralen Entwicklungen vorgestellt. Dabei wird detaillierter auf die unterschiedlichen Voraussetzungen in den Bezirken eingegangen, auf die Online-Vorfälle und auf Schwierigkeiten bei der Benennung von Diskriminierung durch Behörden. Darauf folgt die Vorstellung der einzelnen Bezirke. In jedem Artikel werden die Vorfälle nach Kategorien aufgelistet, um Bezirke miteinander vergleichen zu können. Im zweiten Teil wird für jeden Bezirk ein Thema beschrieben, das besondere Relevanz für den lokalen Raum hat und zugleich für alle Berliner*innen von Interesse ist.

¹ Zentral sind die Veröffentlichungen der sogenannten „Mitte“-Studien und die Reihe „Deutsche Zustände“ sowie das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus (z.B. Feindschaft gegen Romnija)
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Rassismus gegen Schwarze Menschen/ Anti-Schwarzer Rassismus
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen)
- Sozialchauvinismus (Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda die für extrem rechte Gruppen wirbt)
 - Wahlkampf
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)



Rassistische, antisemitische und LGBTIQ*feindliche Angriffe und Beleidigungen werden nur zu einem kleinen Teil von Neonazis verübt. Viel häufiger hat man es bei diesen Phänomenen mit Gelegenheitstaten von unbekanntem Täter*innen zu tun. Diese Art von Angriffen ist sehr oft in den Innenstadtbezirken zu beobachten, weil dort mehr Menschen auf engem Raum aufeinandertreffen und damit die Wahrscheinlichkeit steigt, dass es zu Gelegenheitstaten kommt. Betrachtet man nur das Aufkommen von Propaganda in der Stadt und deren Urheber, wird deutlich, dass in den Ostberliner Randbezirken nach wie vor ein neonazistisches Spektrum der organisierten Rechten ansässig ist. Im Westen der Stadt sind im Gegensatz dazu Akteure und Einrichtungen der Neuen Rechten zu finden. Um solche Aussagen treffen zu können, braucht es eine breite Datengrundlage. Nur wenn

Vorfälle gemeldet werden, können sie dokumentiert und später ausgewertet werden. Deshalb können Sie die Arbeit der Registerstellen am besten durch das Melden und Weiterleiten von Vorfällen unterstützen.

Wir legen mit diesem ersten gemeinsamen Überblick den Grundstein für eine zivilgesellschaftliche Perspektive auf Erscheinungsformen, Ausprägung und erfolgreiche Strategien gegen ausgrenzende Phänomene.

[Die Berliner Registerstellen](#)
Oktober 2019

Vorfallsarten:

- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Veranstaltungen
- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- BVV (z.B. diskriminierende Anträge und Redebeiträge in den Bezirksverordnetenversammlungen)
- Sonstiges (z.B. behördliche Diskriminierung und Leistungsverweigerung)

Berlin im Jahr 2018

Haben Sie eine Vorstellung davon, wie es sich in Marzahn, Kreuzberg oder Charlottenburg leben und arbeiten lässt? Das Bild, das durch die Zusammensetzung der Registervorfälle von den einzelnen Bezirken gezeichnet wird, könnte von Ihrer Erwartung abweichen. Und dafür gibt es Gründe.

Die Berliner Stadtbezirke unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Sozial- und Infrastruktur, ihrer Bevölkerungszusammensetzung und -dichte, in Bezug auf die Anteile von Wohn-, Gewerbe- und Grünflächen, in ihren Verkehrswegen, ihren Sehenswürdigkeiten, ihrer politischen Zusammensetzung, ihren ehrenamtlich und lokal engagierten Menschen u.v.m. Diese Merkmale beeinflussen sich nicht nur gegenseitig, sondern wirken sich auch auf die Anzahl und Zusammensetzung der dokumentierten Registervorfälle in einem Bezirk aus. Rand- und Innenstadtbezirke unterscheiden sich in ihrer Bevölkerungsdichte. Je dünner eine Region besiedelt ist, desto weniger Vorfälle werden gemeldet und je stärker ein Ort von Menschen frequentiert wird, desto häufiger wird ein Vorfall wahrgenommen und an die Registerstellen weitergeleitet. Dies gilt insbesondere für die lokalen Zentren. Aber auch Verkehrsknotenpunkte des öffentlichen Nahverkehrs weisen mehr Vorfälle auf. Dort treffen viele Menschen aufeinander, die von der Arbeit, von einer Demonstration oder einer Party kommen. Dadurch bieten sich für gewaltbereite Personen mit menschenfeindlichen Einstellungen viele Gelegenheiten für Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffe. Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Nord-Neukölln. Die Bezirke bzw. Ortsteile führen die Statistik der Angriffs-

zahlen an. Hierfür ist nicht allein eine organisierte rechte Szene verantwortlich, sondern es sind überwiegend Gelegenheitstaten wie rassistische und LGBTIQ*feindliche Beleidigungen und Angriffe, die von Gelegenheitstäter*innen verübt werden. Versucht man die organisierte extreme Rechte in Berlin ausfindig zu machen, muss man den Blick auf Propagandavorfälle, Veranstaltungen, Bedrohungen gegen politische Gegner*innen und auf Sachbeschädigungen richten. Hier sind die Ortsteile Niederschöneweide, Rudow, Buch und Karow sowie Steglitz und Zehlendorf auffällig.

Zu guter Letzt ist eine engagierte demokratische Zivilgesellschaft eine wichtige Voraussetzung für die Meldung von Vorfällen. Denn Vorfälle werden nur dann gemeldet, wenn sie als störend empfunden werden und wenn die Arbeit der Registerstellen bekannt ist. Lokale Netzwerke, die sich für die Themenfelder Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*feindlichkeit oder die extreme Rechte interessieren und aktiv dagegen vorgehen, melden viel häufiger Registervorfälle als solche, die sich mit anderen Themen beschäftigen. Regionen, in denen es weder engagierte Einzelpersonen, noch lokale Initiativen gibt, sind blinde Flecken für die Register. Zu diesen Regionen gehören Einfamilienhaus-siedlungen oder dünn besiedelte Randgebiete mit Wäldern und





Seen. Mit diesen Zusammenhängen im Hinterkopf können Registerdaten interpretiert werden.

In den Berliner Vergleich für 2018 fließen Daten aus allen 12 Berliner Bezirken ein. Grundlage der Auswertung sind 3405 Vorfälle (2017: 2800), die durch die Registerstellen, die Opferberatung ReachOut, die Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) und die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) erfasst wurden. Die für 2018 von den Berliner Registern aufgenommenen Zahlen spiegeln nicht alles wider, was passiert, sondern nur die Vorfälle, die den Registern zur Kenntnis gelangt sind.

Im Durchschnitt wurden pro Tag 9,3 Vorfälle aufgenommen. Der Bezirk, in dem die meisten Vorfälle dokumentiert wurden, ist Mitte. Bei 50 Prozent aller Vorfälle (1691) handelte es sich um Propaganda. Die Hauptmotive waren Rassismus (1358 Vorfälle, 40 Prozent) und Antisemitismus (786 Vorfälle, 23 Prozent). Insgesamt wurden 605 Vorfälle mehr dokumentiert als 2017. Einer der Gründe hierfür ist der gestiegene Bekanntheitsgrad, den die Registerstellen und ihre Kooperationspartner*innen wie RIAS mittlerweile erlangt haben. Hinzu kommt, dass über neue Meldemöglichkeiten wie z. B. Twitter Vorfälle mit wenig Aufwand an die Register übermittelt werden können. Der Anstieg der Fallzahlen ist aber nicht allein auf eine verbesserte Meldestruktur zurückzuführen, sondern auch auf einen realen Anstieg. Denn es gibt Arten von Vorfällen, die unabhängig von der Anzahl der Quellen und des Bekanntheitsgrads der Register gut erfasst werden können. Zu ihnen gehören Veranstaltungen oder Gewalttaten, die bei der Polizei angezeigt werden. Diese sind ebenfalls angestiegen.

Hürden für die Dokumentation von Diskriminierung durch Behörden

Aus verschiedenen Berliner Beratungsstellen, die in der Sozial- oder Antidiskriminierungsberatung tätig sind, werden zunehmend diskriminierende Vorfälle an die Registerstellen weitergeleitet. Darunter sind Fälle, bei denen Mitarbeiter*innen aus Jobcentern oder Jugendämtern den ihnen zugewiesenen

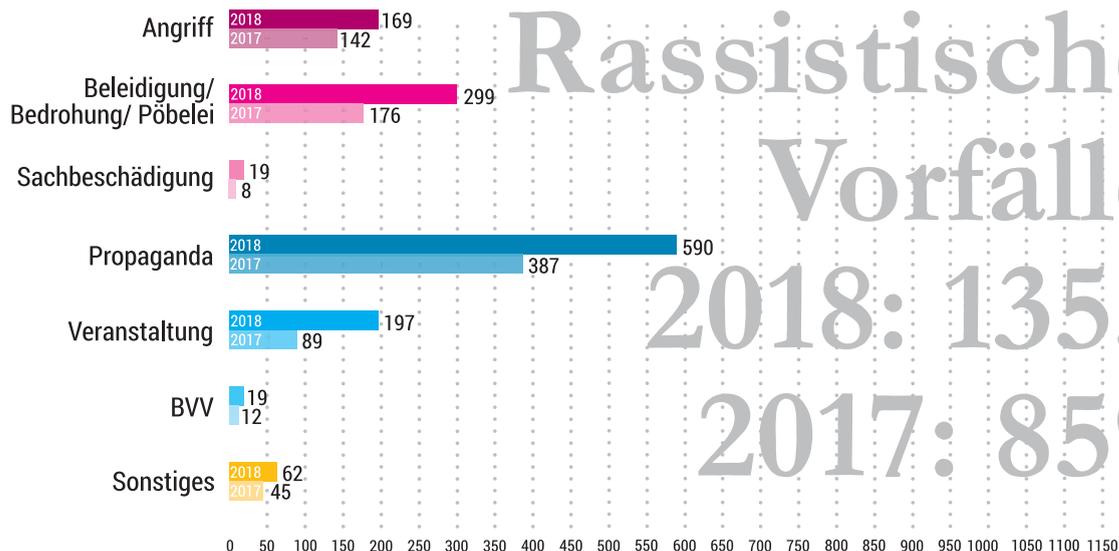
Klient*innen Leistungen verweigern, kürzen oder rassistische Kommentare zur Lebensweise der Klient*innen abgeben. Insbesondere im Themenfeld Antiziganismus nehmen solche Vorfälle viel Raum ein. Die Registerstellen erfahren von ihnen über Berater*innen oder Familienhelfer*innen, die die Klient*innen begleiten und Zeug*innen eines Vorfalls werden. Nur ein kleiner Teil solcher Vorkommnisse dringt bis zu den Registern vor, denn es gibt auf Seiten der Betroffenen sowie der sie begleitenden Personen Hemmnisse, die Erfahrungen an die Register zu melden und damit öffentlich zu machen. Jobcenter und Jugendämter, die mit diskriminierendem Verhalten auffallen, können aufgrund ihres Aufgabenprofils und ihrer Befugnisse erheblichen existenziellen Druck auf Einzelpersonen und Vereine ausüben, indem sie Leistungen verweigern und die Vergabe öffentlicher Aufträge an freie Träger in Frage stellen. Für Einzelpersonen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, ist das existenzbedrohend. Die problematische Tendenz, Druck auf Betroffene auszuüben, beobachten wir in mehreren Bezirken. Hier gilt es, eine andere Fehlerkultur in Behörden zu etablieren, die anerkennt, dass staatliche Strukturen ebenso wie die Gesellschaft von rassistischen Vorurteilen geprägt sein können.

Der Ton wird rauer und die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt

Richtet man den Blick zunächst auf die Vorfallsarten, so wird deutlich, dass im Vergleich zum Jahr 2017 die Beleidigungen und Bedrohungen von 459 Vorfällen auf 899 angestiegen sind. Der überwiegende Teil von ihnen war rassistisch und antisemitisch motiviert.

Ebenfalls angestiegen sind Veranstaltungen, und zwar auf 317 Vorfälle (2017: 305). Die rassistischen Mobilisierungen gegen die Unterkünfte von Geflüchteten in den Ostberliner Randbezirken sind zum Erliegen gekommen. Stattdessen ist die Zahl der Veranstaltungen in Mitte noch einmal erheblich angewachsen. Knapp die Hälfte der 142 Demonstrationen, Kundgebungen und Info-tische wurden im Bezirk Mitte dokumentiert (2017: 84). 121 von ihnen hatten einen rassistischen oder antimuslimischen Hintergrund (2017: 56). Der Bezirk Mitte führt mit 495 Vorfällen die Statistik der Bezirke an. Hier kommen mehrere Dinge zusammen,

die die hohe Zahl erklären: Viele Demonstrationen und Kundgebungen, Vorfälle, die sich in ihrem Umfeld ereignen (Beleidigungen, Propaganda) sowie die dichte und diverse Besiedelung des Bezirks, Sehenswürdigkeiten und Umsteigebahnhöfe, die viele Menschen aufeinandertreffen lassen.



Betrachtet man die Motive der Vorfälle, sind bei drei Kategorien erhebliche Anstiege zu verzeichnen. Rassistische Vorfälle sind insgesamt um 57 Prozent, antisemitische Vorfälle um 37 Prozent und NS-verharmlosende Vorfälle um 30 Prozent gestiegen. Unter den rassistischen Vorfällen sind die gestiegenen Fallzahlen auf rassistisch motivierte Veranstaltungen, Propaganda, Angriffe sowie Beleidigungen und Bedrohungen zurückzuführen. Rechte Gruppierungen heizen das Klima immer weiter auf, sodass Menschen mit rassistischen Einstellungen sich legitimiert fühlen Gewalt auszuüben.

Im Themenfeld Antisemitismus handelt es sich in 57 Prozent der Vorfälle um Bedrohungen, Beleidigungen und Propaganda im Internet, die gezielt gegen israelische, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Einrichtungen und Einzelpersonen gerichtet sind. Vor allem die Beleidigungen und Bedrohungen im Internet sind massiv angewachsen (Antisemitische Onlinevorfälle: 2017: 254; 2018: 443). Auch die körperlichen Angriffe sind von 13 im Jahr 2017 auf 45 im Jahr 2018 gestiegen. Beim Antisemitismus ging der Zuwachs von Einschüchterungsversuchen und Hetze im Internet mit Gewalt auf der Straße einher.

Besonderes Augenmerk verdient auch die Kategorie NS-Verharmlosung. Darunter fallen Symbole wie Hakenkreuze, Schmierereien wie "SS", "NS-Zone", "18" oder "Zyklon B für ..." oder der Hitlergruß und Äußerungen wie „die gehören ins Lager“ oder „ins Gas“. Während im Jahr 2015 und 2016 ca. 5-6 Prozent (2015: 113; 2016: 148) zu dieser Kategorie gehörten, gab es in den vergangenen zwei Jahren einen deutlichen Zuwachs auf 10 bis 11 Prozent (2017: 293, 2018: 379) aller Vorfälle. Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist ein zentrales Aktions- und Handlungsfeld der extremen Rechten. Wer diese Symbole und Begriffe benutzt, weiß, wofür sie stehen und setzt diese bewusst ein.

Es wird mit rassistischen, NS-verharmlosenden und antisemitischen Thesen provoziert, um Diskurse zu dominieren. Vermeintliche verbale Ausfälle wie „Vogelschiss der Geschichte“ oder „Mahnmal der Schande“ werden im Nachhinein relativiert, wenn die Provokation zu genügend Aufmerksamkeit geführt hat. Bild- und Wortsprache, die mit den Registervorfällen dokumentiert werden, spiegeln eine Menschenverachtung und Abwertung ganzer Bevölkerungsgruppen wider, wie sie vor vier Jahren maximal von der extremen Rechten zu erwarten waren und mittlerweile auch in anderen gesellschaftlichen Gruppen Einzug gehalten haben. Das Aussprechen und Adressieren potenzieller

Betroffener markiert sie als Feindbilder und führt früher oder später zu Handlungen.

Die klassische extrem rechte Szene Berlins, zu der die NPD, die Kleinstpartei Der III. Weg oder kameradschaftsähnliche Strukturen zählen, ist so schwach wie noch nie in Berlin. Sie treten in ihren angestammten Aktionsräumen in den Ostberliner Randbezirken nur noch mit Propagandavorfällen und vereinzelt Veranstaltungen in Erscheinung. Die Früchte der Arbeit, die die NPD 2015 und 2016 in die rassistischen Mobilisierungen gegen die Unterkünfte für Geflüchtete investiert hat, hat die AfD bei der Abgeordnetenhauswahl 2017 geerntet. Seitdem scheint dem aktionsorientierten Spektrum der Partei die Motivation abhanden gekommen zu sein. Die Partei Pro Deutschland hat sich Ende 2017 aufgelöst. Das hatte einen Rückgang an Vorfällen in Lichtenberg zur Folge.

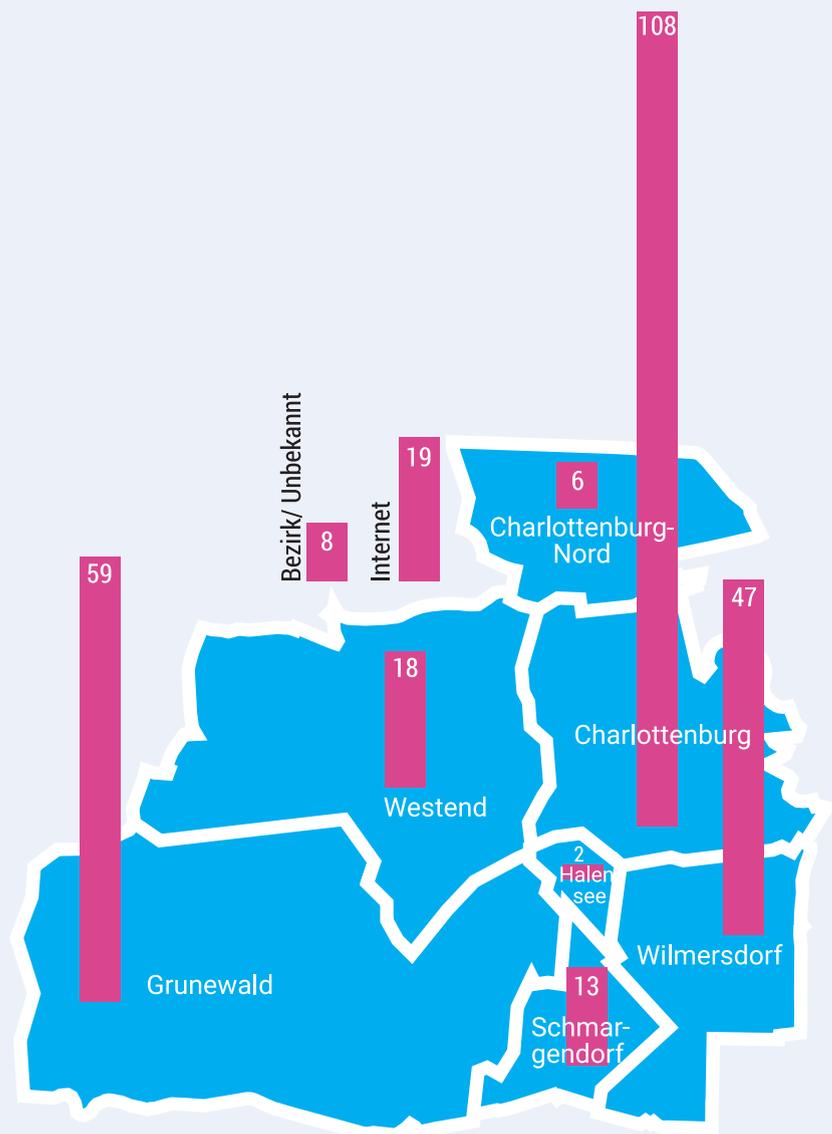
Aktivitäten rechter Parteien und der sogenannten Identitären Bewegung, die 2016 und 2017 im Südwesten der Stadt zu Registervorfällen geführt haben, sind 2018 deutlich weniger geworden. Seitdem die AfD in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus sitzt, ist eine Verschiebung von Aktivitäten auf die parlamentarische Ebene zu sehen. Getreu dem Motto „Wenn man lang genug mit Dreck wirft, wird etwas hängen bleiben“ werden zum einen die Finanzierung demokratiefördernder Projekte und sozialer Träger in Frage gestellt. Zum anderen stellt eine Vielzahl von Anfragen vermeintliche Zusammenhänge zwischen Migration, Kriminalität und Kosten für Steuerzahler*innen her.

Für 2018 lässt sich als Fazit festhalten: Die Hemmschwelle für Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen ist gesunken. Dafür ist nicht allein die rechte Szene Berlins verantwortlich, sondern die politische Kultur, der Ton in öffentlichen Debatten und das gesellschaftliche Klima. Anhand der Entwicklung der drei inhaltlichen Kategorien Rassismus, Antisemitismus und NS-Verharmlosung werden die Auswirkungen von Kommunikations- und Handlungsstrategien der Neuen Rechten deutlich. Das konstruierte Bedrohungs- und Untergangsszenario, dass die Existenz der weißen Bevölkerung durch Migration in Frage gestellt würde, markiert insbesondere Muslime*innen als vermeintliche Feinde und bereitet die Gewalt mental vor. Die Eskalation in der Sprache führt zur Eskalation auf der Straße. Das zeigt die Zusammensetzung und der Anstieg der Registervorfälle im Jahr 2018.



Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit fast 350.000 Bewohner*innen. Hier befinden sich die City West, die Gegend um den Kurfürstendamm, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion in Berlin einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen. Verschiedene Großveranstaltungen finden hier statt. Dies wirkt sich auf die im Bezirk dokumentierten Vorfälle aus und erklärt u.a., warum in den Stadtteilen Charlottenburg und Wilmersdorf viele Vorfälle gezählt wurden.



Rechte Aufkleber in der Emser Straße



Identitären- und Neonazi-Aufkleber an der TU



Kontakt: Register Charlottenburg- Wilmersdorf

Schlossstr. 19
14059 Berlin

Tel.: 0157 - 78 304 208

Mail: cw@berliner-register.de

Twitter: @RegisterCW

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf recherchierte und dokumentierte im Jahr 2018 insgesamt 280 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk. Dies entspricht 14 % mehr als im Vorjahr (2017: 246; 2018: 280). Seit dem Beginn der Dokumentation des Registers im Jahr 2013 steigt die Vorfallszahl im Bezirk konstant an. Die häufigste Vorfallsart waren Propaganda-Vorfälle (2018: 142), gefolgt von Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2018: 63) sowie Veranstaltungen (2018: 44). Rechte Selbstdarstellung stellte das häufigste Motiv dar (2018: 99). Rassistisch motivierte Vorfälle fanden am zweithäufigsten statt und sind angestiegen (2017: 77; 2018: 88). Die Zahl der antisemitisch motivierten Vorfälle blieb, trotz eines leichten Rückgangs, hoch (2017: 67; 2018: 60) und ist im Vergleich zu den anderen Berliner Bezirken am zweithöchsten. Dies und die Raumnahme der Neuen Rechten stellen eine bezirkliche Besonderheit dar. Konkret ereignet sich in Charlottenburg-Wilmersdorf alle ein bis zwei Tage, zu jeder Tages- und Nachtzeit, auf der Straße, in der Bahn oder in der direkten Nachbarschaft ein diskriminierend motivierter Vorfall, die meisten im Zeitraum von April bis Juli.

Trotz eines Rückgangs der absoluten Zahl der Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr wurden die meisten Vorfälle im Ortsteil Charlottenburg dokumentiert. Der Trend der Festsetzung der Neuen Rechten hat sich fortgesetzt. In ganz Berlin wurden 3405 Vorfälle dokumentiert. Im Berliner Vergleich stand Charlottenburg-Wilmersdorf an 4. Stelle.

Häufigste Vorfallart: Propaganda

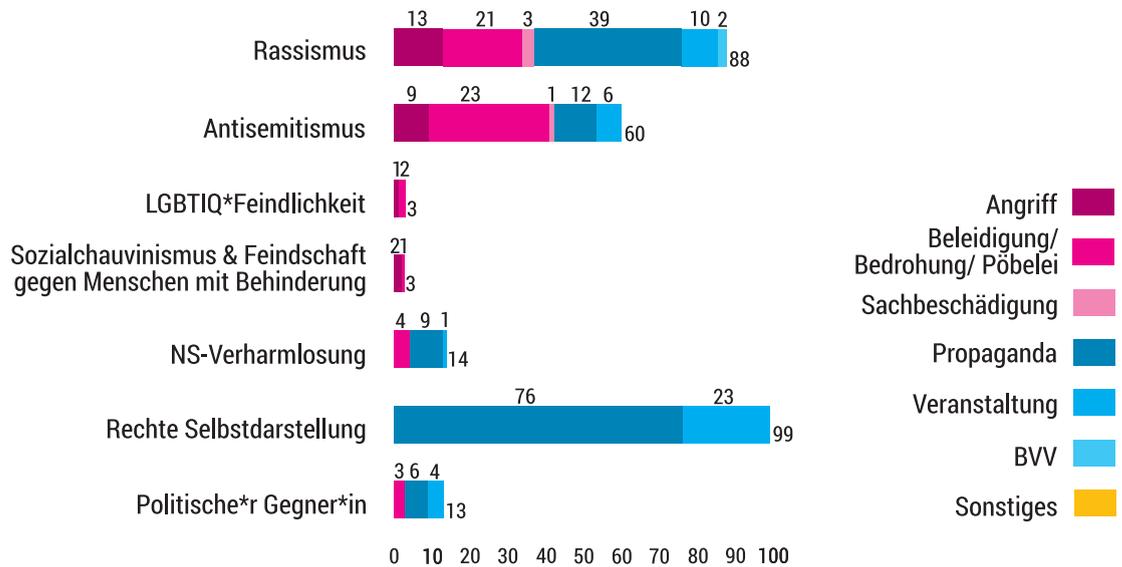
Propaganda war die häufigste Vorgehensweise der extremen und populistischen Rechten im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und machte mit 142 Vorfällen die Hälfte aller Vorfälle im Bezirk aus. Dazu zählen bspw. Plakat- oder Aufkleberaktionen rechter Gruppierungen oder Kampagnen, die für deren politische Inhalte werben und im öffentlichen Raum platziert wurden, ebenso wie das Schmieren nationalsozialistischer Symbole und Hasspostings. Natürlich können wir uns fragen – was interessieren uns die Aufkleber an einer Straßenlaterne? Hier geht es um die Wahrnehmung im öffentlichen Raum, ein Sichtbarwerden von menschenverachtenden Einstellungen, die, wenn sie nicht beantwortet werden, zu einer Normalisierung beitragen und gleichzeitig eine Einschüchterung für betroffene Menschen bedeuten. Außerdem zeichnen sie ein Bild der Aktionsräume rechter Gruppierungen.

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien waren das zweithäufigste Phänomen (2018: 63) und die Zahl bleibt auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Betroffen sind

meistens Menschen mit vermeintlichem Migrationshintergrund oder als jüdisch wahrgenommene Personen. Oft erfolgen die Bedrohungen und Beleidigungen in Gelegenheitssituationen, auf Grundlage einer vermeintlichen Zuschreibung. Es lässt sich dabei eine Entwicklung beobachten: Die dokumentierten Beleidigungen und Bedrohungen finden weniger in der digitalen Welt statt, sondern adressieren gezielt oder spontan Einzelpersonen. Während die Hälfte aller dokumentierten Bedrohungen und Beleidigungen antisemitisch motiviert war (2018: 32), stellte Rassismus das zweithäufigste Motiv dar (2018: 21).

Die Zahl der Angriffe ist um 40% – von 18 auf 25 – gestiegen. Die antisemitisch motivierten Angriffe haben sich verdreifacht (2018: 9; 2017: 3) und ungefähr die Hälfte der Angriffe (13) waren rassistisch motiviert.

In Charlottenburg-Wilmersdorf fanden 44 Veranstaltungen rechtspopulistischer, extrem rechter und verschwörungsideologischer Gruppen statt. Insbesondere die Neue Rechte hat sich im Bezirk festgesetzt und mit der Bibliothek des Konserva-



Beispielvorfälle

1. April 2018

In einem Späti am Bahnsteig der U9 in Charlottenburg wurde ein Späti-Betreiber antisemitisch beleidigt. Eine Frau in den 50ern, die dort offenbar Hausverbot hat, schrie den Betreiber an. Im Zuge des Streits beschimpfte sie den Betreiber als „dreckige Judensau“ und „dreckiges Judenpack“. Eine Zeugin solidarisierte sich im Anschluss mit dem Betreiber.
Quelle: RIAS Berlin

29. Mai 2018

Auf dem Reichweindamm in Charlottenburg-Nord wurden ein 6-jähriges Mädchen und ein 7-jähriger Junge gegen 18.45 Uhr aus einem Fenster heraus aus rassistischer Motivation mit einer Glasflasche beworfen.
Quelle: Reach Out Berlin

30. Mai 2018

In der TU Mensa in der Hardenbergstraße wurden Flyer der „#120db“ Kampagne aus dem Umfeld der extrem rechten Identitären Bewegung ausgelegt. Die „#120db“ Kampagne nutzt die Debatte über sexualisierte Gewalt gegen Frauen, um rassistische und antimuslimische Inhalte zu verbreiten.
Quelle: Anlaufstelle AStA TU

Charlottenburg-Wilmersdorf

tismus einen wichtigen Veranstaltungsort etabliert. Im Bezirk befinden sich zudem unter anderem die Redaktionsräume der Zeitung „Junge Freiheit“, ein Hauptmedium der Neuen Rechten, die „Epoch Times“, sowie der Sitz des neurechten Magazins „CATO“.

Die reichsideologische Gruppe „Blauer Himmel Berlin“ trifft sich monatlich. Dort werden verschwörungsideologische Thesen vertreten und antisemitische Stereotype reproduziert. Die „Dienstagsgespräche“ sind eine extrem rechte Veranstaltungsreihe, die seit den 1990er Jahren organisiert werden. Zahlreiche Veranstaltungen im Bezirk gleichen Netzwerktreffen, die Akteuren unterschiedlicher Spektren geschützte und teilweise lang etablierte Räume bieten.

Im Jahr 2018 fand der alljährliche Al-Qudstag-Marsch in Charlottenburg mit ca. 1200 Teilnehmer*innen statt. Dies ist der größte antisemitische Aufmarsch

in Berlin, organisiert von der Quds-AG, die die islamische Eroberung Jerusalems verbunden mit Vernichtungsdrohungen gegen Israel fordert. Auch während des Aufmarsches 2018 wurde die Vernichtung Israels propagiert und antisemitische Terrororganisationen wurden glorifiziert.

Motive: Zunahme rassistisch motivierter Vorfälle

Im Jahr 2018 hat die Anzahl rassistisch motivierter Vorfälle (88) zugenommen und befindet sich wieder auf dem hohen Niveau von 2016 (2016: 86; 2017: 77; 2018: 88). Rassistisch motivierte Beleidigungen und Bedrohungen haben sich fast verdoppelt. Es gab 13 Angriffe aus rassistischer Motivation. Zwölf Vorfälle richteten sich direkt gegen Menschen muslimischen Glaubens oder der Religion des Islam. Elf Vorfälle waren antiziganistisch motiviert und fast die Hälfte davon betraf Diskriminierung durch Behörden.

Rechte Selbstdarstellung war das häufigste Motiv (2018: 99), davon waren 76 Propagandavorfälle und 23 Veranstaltungen. Rechte Strukturen manifestieren und etablieren sich deutlich im öffentlichen Raum.

Die Zahl antisemitisch motivierter Vorfälle (2017: 67; 2018:60) ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen, weil weniger Propagandavorfälle (2018: 12) dokumentiert wurden. 32 Beleidigungen und Bedrohungen und neun Angriffe waren antisemitisch motiviert. Es wurden aufwendig hergestellte antisemitische Karikaturen und Flugblätter ausgelegt, CD-Roms mit antisemitischen Inhalten verteilt oder „Unterhaltungen“ in Form von Tags auf öffentlichen Toiletten geführt.

Es gab 14 Vorfälle bezogen auf die Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus, zwei sozialchauvinistisch und drei LGBTIQ*feindlich motivierte Vorfälle. Das Register geht hier von einer höheren Dunkelziffer aus.

Publikationen



Die ausführliche Analyse können Sie im „Registerbericht 2018 – Auswertung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2018“ nachlesen.



Weiterführende Informationen zu Strukturen und Strategien der Neuen Rechten in Charlottenburg-Wilmersdorf finden Sie in der Studie: „Machtergreifung beim Mettbrötchen – Raumnahme der Neuen Rechten in Westberlin“.

4. September 2018

Im Brauhaus Lemke in Charlottenburg fand um 19.30 Uhr ein Dienstagsgespräch statt. Es referierte ein Mitarbeiter des NPD-Abgeordneten im EU-Parlament.

Es nahmen weitere bekannte Neonazis der NPD Berlin teil sowie Teile der Berliner AfD und der Identitären Bewegung.

Die Dienstagsgespräche sind eine extrem rechte Veranstaltungsreihe, die

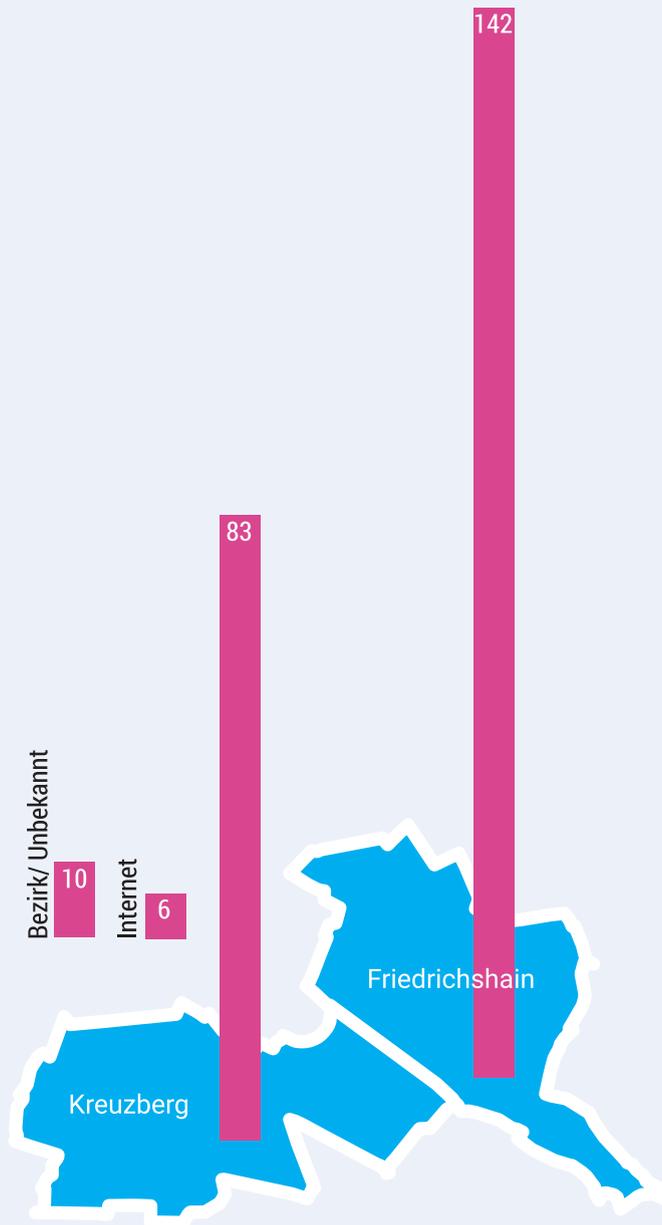
seit den 1990er Jahren in Charlottenburg-Wilmersdorf stattfinden.

Quelle: Twitter

Friedrichshain-Kreuzberg

Der Innenstadtbezirk ist der kleinste und am dichtesten besiedelte Berliner Bezirk. Hier wohnen über 285.000 Menschen aus mehr als 150 Nationen.

Das Wahrzeichen ist die Oberbaumbrücke, welche auch die sehr unterschiedlichen Stadtteile Friedrichshain und Kreuzberg miteinander verbindet. Zunehmend erreichen das Register Meldungen von Vorfällen vor allem an großen Umsteigebahnhöfen (z. B. Ostkreuz oder Kottbusser Tor), die in beiden Stadtteilen vorhanden sind.



„No Islam - AFD“-Schriftzug, Wahrschauer Str.

Hakenkreuz im Wrietzener Karree



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg

UBI KLiZ e. V.

Kreutzigerstr. 23

10247 Berlin

Tel.: 0157 – 77 36 99 42

Mail: fk@berliner-register.de

Web: www.register-friedrichshain.de

Propaganda und Angriffe nehmen zu – Rassismus und Antisemitismus sind die häufigsten Motive

2018 verzeichnete das Register mit 241 Vorfällen 63 mehr als im Vorjahr. Die häufigsten Motive sind Rassismus (103) - inklusive Anti-Muslimischem Rassismus (16) und Anti-Schwarzem Rassismus (13), Antisemitismus (54), gefolgt von Rechter Selbstdarstellung (27), LGBTIQ*feindlichkeit (22).

Propaganda besetzt mit 105 Vorfällen wieder mit Abstand Rang eins. Es folgen die Kategorie Beleidigung/Bedrohung/Pöbelelei mit 48 Vorfällen und 41 Angriffe. 2018 wurden neun Angriffe mehr verzeichnet als im Vorjahr. 22 davon ereigneten sich in Friedrichshain und 19 in Kreuzberg.

Besonders erschreckend ist ein antiziganistischer Angriff mit einer Luftdruckpistole auf ein 7-jähriges Mädchen in der Straße der Pariser Kommune. Bereits 2015 wurde hier ein Junge durch eine Luftdruckwaffe schwer verletzt.

Insgesamt 33 Vorfälle ereigneten sich in S- und U-Bahnen, auf Bahnhöfen oder in unmittelbarer Nähe. Betroffen waren vor allem die Umsteigebahnhöfe Ostbahnhof, Frankfurter Allee und Kottbusser Tor.

LGBTIQ*feindliche Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg				
Jahr	2015	2016	2017	2018
Angriffe	9	16	9	13
Pöbelelei/ Beleid./ Bedroh.	3	2	1	8
Propaganda	1			1
Gesamt	13	18	10	22

Generell ist festzustellen, dass menschenverachtende rechte Propaganda stetig zunimmt. Sie kann als geistige Brandstiftung verstanden werden.

Die Motive Rassismus und Antisemitismus unterliegen ebenfalls einem stetigen Anstieg.

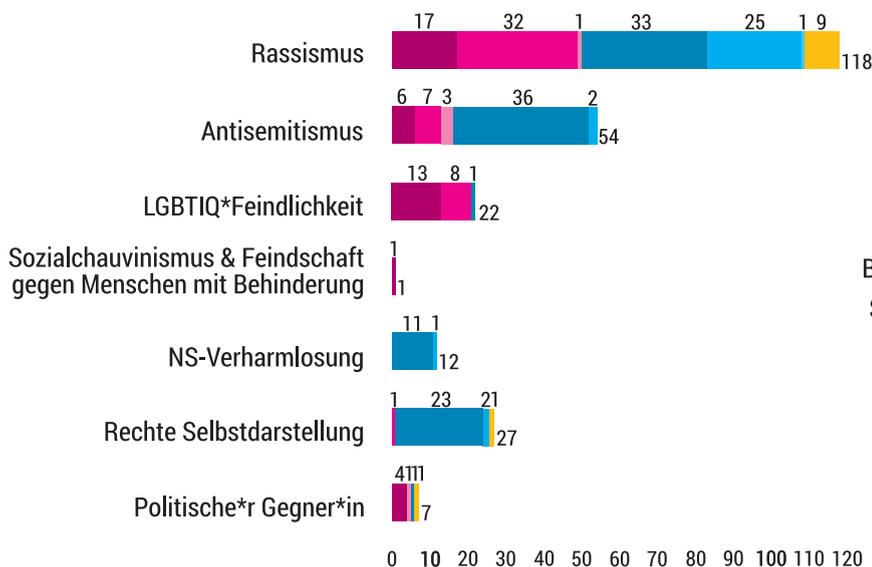
Aus Gesprächen mit Betroffenen und Zeug*innen wird deutlich, dass viele Vorfälle unerkannt bleiben. Eine nachträgliche Erfassung in der Chronik ist oft nicht mehr möglich, da die Vorfälle nicht konkret genug rekonstruierbar sind.

Wiederholter Anstieg LGBTIQ*feindlicher Vorfälle

2016 wurde ein hoher Anstieg von LGBTIQ*feindlichen Angriffen in Kreuzberg verzeichnet. Mögliche Gründe wurden von Bezirksverordneten und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen diskutiert und Clubs und Gastronomen über Gefahren für ihre Gäste informiert. Bei potenziellen Opfergruppen wurde dafür geworben, sich nachts und an Umsteigebahnhöfen nicht alleine zu bewegen. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2017 stiegen die Zahlen 2018 wieder an.

Racial Profiling (Rassistische Profilbildung) - Vorfallmeldungen nehmen zu

Als Racial Profiling (RP) wird ein auf Stereotypen und äußerlichen Merkmalen basierendes Agieren von Polizei- und Sicherheitsbehörden bezeichnet, nachdem eine Person nicht anhand von konkreten Verdachtsmomenten sondern von Kriterien wie „Rasse“, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder nationaler Herkunft als verdächtig eingeschätzt wird. RP wird als diskriminierend und ineffektiv kritisiert und ist in Großbritannien und den USA verboten. In



Beispielvorfälle

14. Juli 2018

Im Rahmen eines Polizeieinsatzes gegen 20 Uhr im Görlitzer Park saß ein junger schwarzer Mann essend auf einer Bank. Ein Polizist sprach ihn an, verbot ihm das Essen, verlangte von ihm seinen Ausweis zu zeigen und den Park zu verlassen. Der Mann wollte erst aufessen. Der Polizist zog daraufhin dem Mann die Geldbörse aus der Hosentasche und schlug mit einem Schlagstock auf ihn ein. Der junge Mann schrie „Lass mich“, als der Po-

lizist seine Pistole zog und sie auf ihn richtete. Eine Zeugin, die in der Nähe Essen verkaufte und die Situation beobachtete, stellte sich auf den Polizisten einredend, zwischen ihn und den jungen Mann. Sie hatte Angst, erschossen zu werden. Eine andere Passantin kam dazu und redete auch auf den Polizisten ein: „Bitte nicht schießen.“ Der Polizist forderte per Funk Verstärkung an. Die Zeugin meinte, dass es kein Problem gebe und keine Verstärkung notwendig sei.

Auf einem Video ist zu sehen, dass zwei Polizisten angerannt kamen und ihn mit Handschellen festnahmen. Der junge Mann war blutüberströmt und wurde offenbar ins Krankenhaus gebracht. Ein dritter blonder junger Polizist richtete seine Schusswaffe auf Zuschauer*innen, die sich mittlerweile auf dem Weg versammelt hatten. Quelle: Zeug*innenbericht

Deutschland gibt es keine explizite juristische Regelung, Kritiker*innen ordnen RP dem institutionellen Rassismus zu.

Was bedeutet Racial Profiling?

Nach einer überfüllten U-Bahnfahrt stehen Polizist*innen am Bahnsteig, die Personen kontrollieren. Oft sind es sichtbare Minderheiten (z. B. schwarze Menschen, Rom*nija, Muslim*a), die nur aufgrund ihrer äußeren Erscheinung kontrolliert werden. Als angebliche Kriminelle werden die Betroffenen schikaniert und aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Dieses Handeln von Polizei und anderen Sicherheitsbehörden ist in Deutschland verboten. Die Berliner Kampagne „Ban Racial Profiling: Gefährliche Orte abschaffen“ setzt sich dafür ein, RP per Gesetz zu verbieten. Solange die Polizei nicht sicherstellen und beweisen kann, dass RP in ihrer Arbeit keine Rolle spielt, muss die Politik ihr die Befugnis der verdachtsunabhängigen Kontrolle aus der Hand nehmen. Verschiedene lokale Initiativen gegen Rassismus, Diskriminierung, Verdrängung und Kriminalisierung nehmen an der Kampagne teil. Info unter: kop-berlin.de/beitrag/die-berliner-kampagne-ban-racial-profiling-gefahrlche-orte-abschaffen.

Zunehmend erfahren die Berliner Register von Vorfällen im Rahmen von Vorfällen durch die Berliner Polizei. Vor allem Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg sind davon betroffen. In Friedrichshain-Kreuzberg werden vorwiegend am Görlitzer Park schwarze Menschen generell mit dem Verdacht auf Drogenverkauf stigmatisiert oder es wird von einer grundsätzlichen Kriminalität schwarzer Menschen ausgegangen. (Beispiel siehe unten)

Zunahme von Veranstaltungen

Der Anteil der erfassten Veranstaltungen ist seit 2017 sprunghaft angestiegen. 21 von 31 erfassten Veranstaltungen im Jahr 2018 beziehen sich auf eine Gruppe, die seit Ende 2016 regelmäßig Spenden an obdachlose „Landsleute“ am Ostbahnhof verteilt. Sie ignoriert damit eine professionelle Obdachlosenhilfe mit Essensversorgung, Kleiderkammer und ärztlicher Betreuung, die es seit 1994 dort gibt.

Die extrem rechte Gruppe „Hand in Hand / Mut zur Wahrheit“ aus dem Havelland gibt sich einen sozialen Anstrich. Sie ist im Thürigida-Umfeld angesiedelt, pflegt Kontakte in nationalistische und extrem rechte Netzwerke sowie zu Rockergruppierungen wie den Hells Angels. Auf ihrer Facebook-Seite werden solche

Beiträge geteilt, antisemitische Verschwörungstheorien unterstützt und es ist u.a. folgender Post zu lesen: „Gibt’s hier obdachlose (sic!) in meiner Liste? Würde gern neues Feuerzeug ausprobieren“.

Im Jahr 2018 dankte die Gruppe für die Unterstützung am Ostbahnhof Aktiven aus rechten Zusammenschlüssen wie der „Schlesischen Jugend“, „Bautzen – Wir für uns“ oder „Deutschland wehrt sich“. Ein Video auf Youtube zeigt einen „Obdachlosen vom Ostbahnhof“ auf der Bühne von „Hand in Hand“, der gegen die Regierung hetzt. Die Bühne ist Teil eines rechten Aufmarsches am 26. Mai 2018 in Berlin.

Bemühungen, diese Gruppe vor dem Ostbahnhof nicht mehr zu dulden, blieben bisher erfolglos. Die Bahnpolizei hat sie 2016 vom Bahnhofsvorplatz auf den Parkplatz vertrieben und weder Polizei noch Ordnungsamt fühlen sich seither zuständig, obwohl dort regelmäßig ohne Genehmigung ein Tisch aufgebaut wird.

Ausblick

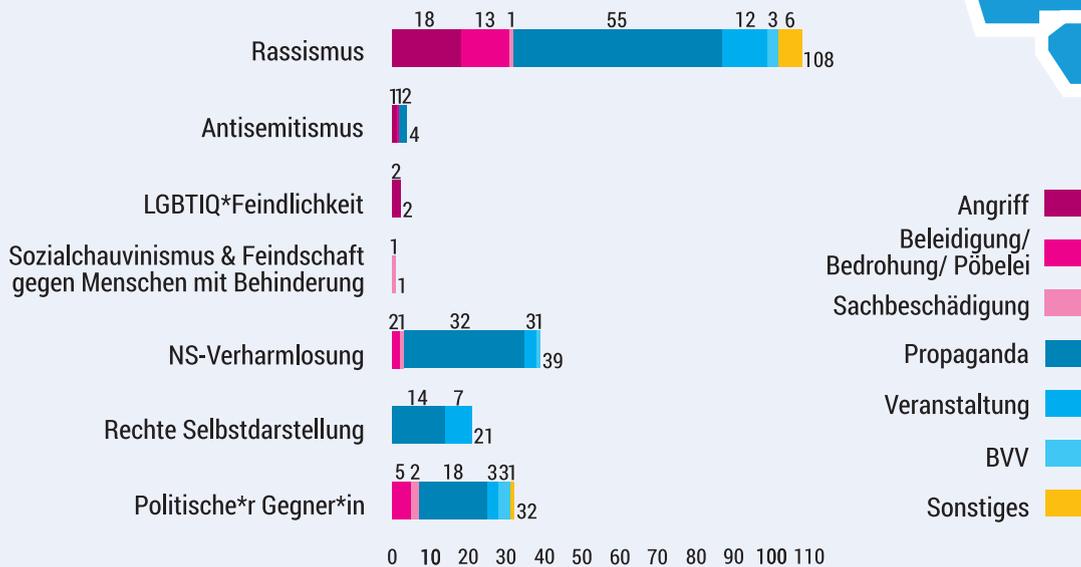
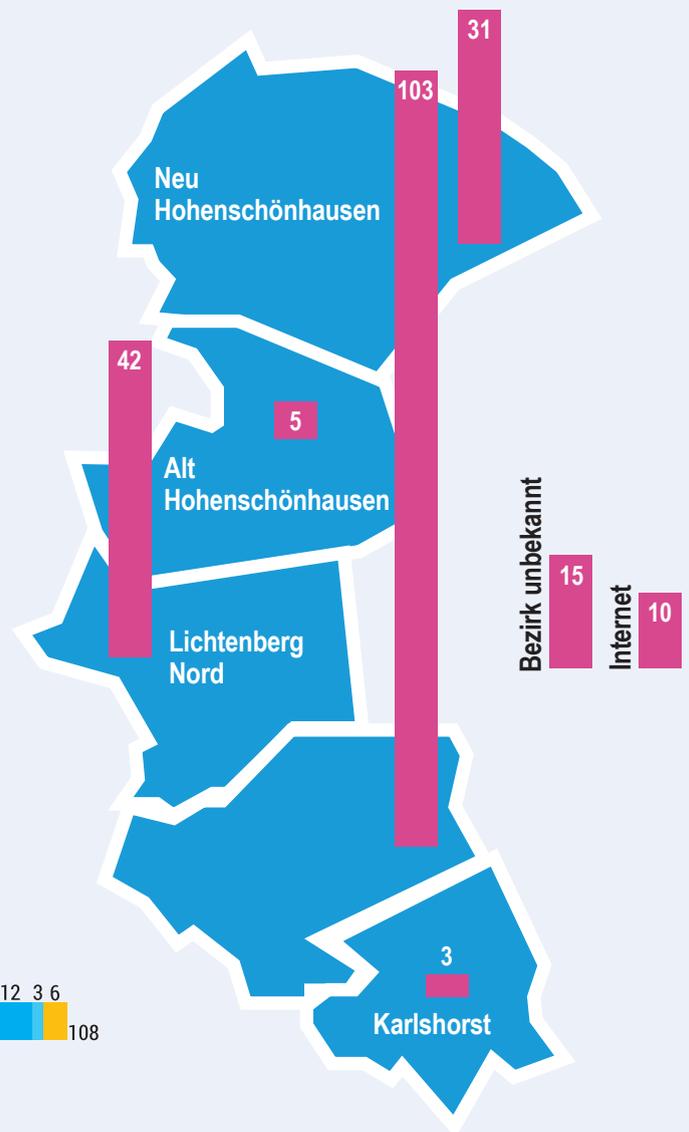
Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Ausgehbezirk in dem zu viele Vorfälle passieren. Die Auswertung des Registers ist die Problembeschreibung. Es braucht zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die aus der Analyse Handlungsstrategien entwickeln.



Lichtenberg

Im Bezirk Lichtenberg wohnen fast 290.000 Menschen. Der Bezirk weist je nach Bezirksteil (Hohenschönhausen, Lichtenberg, Karlshorst) eine sehr unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung auf.

Lichtenberg ist seit über 30 Jahren ein Bezirk mit einer aktiven und gut organisierten extrem rechten Szene. Diese konnte in den letzten Jahren durch zivilgesellschaftliches Engagement und ein problembewusstes Handeln des Bezirks zurückgedrängt werden.



NPD-Aktivist*innen bei einer „Schutzzone“-Streife

„Nazi Kiez“-Beklebung im Weitlingkiez



Kontakt:

Lichtenberger Register

Fach- und Netzwerkstelle
Licht-Blicke, pad gGmbH
Sewanstraße 43, 10319 Berlin

Tel.: 030 - 50566518

Mail: register@licht-blicke.org

Facebook: Lichtenberger Register

Im Jahr 2018 wurden insgesamt 209 Vorfälle gezählt (2017: 273). Die extrem rechten und rechtspopulistischen Aktivitäten stabilisieren sich somit auf einem Niveau, das noch vor fünf Jahren undenkbar gewesen wäre.

An fast zwei von drei Tagen findet ein Vorfall statt. Fast jedes Wochenende wird ein Angriff oder eine Bedrohung gemeldet. Die Betroffenen werden überwiegend aus rassistischer Motivation attackiert. Immer häufiger trifft es Kinder, Jugendliche und Schwangere.

Erneut ist im letzten Jahr die Zahl der rassistischen Propaganda im Bezirk merklich zurückgegangen. Die flüchtlingsfeindliche Mobilisierung der Jahre 2015 und 2016 ist inzwischen zum Erliegen gekommen. Die Auseinandersetzungen werden nun nicht mehr auf der Straße mit Demonstrationen, Sachbeschädigungen und Flugblättern ausgetragen, sondern wurden über die Wahlen in die Parlamente delegiert. Hier verbindet die „Alternative für Deutschland“ die Ablehnung von Geflüchteten stets mit anderen Themen wie z.B. Kriminalität, Obdachlosigkeit, Wohnungsmarkt, Gewalt gegen Frauen oder Milieuschutz. Die Strategie dahinter ist stets, soziale Konflikte aufzugreifen und als ethnische Konflikte umzudeuten.

Die Aktivitäten der extrem rechten und rechtspopulistischen Akteur*innen im Bezirk und die weiterhin hohen Angriffs- und Bedrohungszahlen lassen keinen Grund zur Hoffnung, dass sich das gesellschaftliche Klima entspannen wird.

Die Hälfte der Vorfälle ereignete sich in Lichtenberg Mitte

103 Vorfälle, und damit jeder zweite, wurden 2018 in Lichtenberg Mitte (2017: 101) verzeichnet. Zehn der 21 Angriffe und zwölf der 26 Veranstaltungen fanden hier statt, darunter der Abschluss des Hess-Marschs mit mehr als 700 Teilnehmer*innen, sowie die einzige Aktion der „Identitären“ im Bezirk.

In Lichtenberg Nord (2017: 54; 2018: 42) war im vergangenen Jahr ein leichter Rückgang der Vorfälle zu verzeichnen. Vor allem die an Lichtenberg Mitte angrenzenden Gebiete um die Frankfurter Allee und Siegfriedstraße waren von den Aktivitäten betroffen. Im Stadtteil Neu-Hohenschönhausen (2017: 50; 2018: 31) ging die Zahl der Vorfälle weiter zurück. Sechs Angriffe und drei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien fanden hier statt, teils im direkten Umfeld von Geflüchtetenunterkünften. Auch eine Saalveranstaltung des völkischen „Flügels“ der AfD mit Björn Höcke wurde hier abgehalten.

Rassismus ist das stärkste Motiv

Das Motiv Rassismus machte im Jahr 2018 mit 109 Fällen (2017: 97) die Hälfte aller Vorfälle aus. Dazu wurden acht Vorfälle in der Kategorie antimuslimischer Rassismus (2017: 14) aufgenommen sowie acht Fälle als antiziganistisch motiviert (2017: 3). Dass waren etwa die Hälfte der Aktivitäten extrem rechter und rechtspopulistischer Akteur*innen sowie unorganisierter Gewalttäter*innen. In der Verherrlichung und Verharmlosung des NS (2017: 55; 2018: 39) beharrt die extrem rechte Szene auf einem Thema, mit dem sie sich sichtbar von rechtspopulistischen Akteur*innen abgrenzen kann. Der Rückgang der NS-bezogenen Vorfälle erklärt sich aus der organisatorischen Schwäche der lokalen Organisationen.

32 Mal waren politische Gegner*innen (2017: 29) Ziel der Aktionen von extremen Rechten oder Rechtspopulist*innen. Rechte Selbstdarstellung wurde in 21 Fällen (2017: 45) aufgenommen. Dazu zählten vor allem Parteistände der NPD, die Verteilung von Flyern und Aufklebern der NPD, der „Jungen Nationalisten“ und der Partei „Der III. Weg“. Antisemitismus war in vier Fällen (2017: 6) das Motiv. Die Zahl der LGBTIQ*feindlichen Vorfälle ist auf zwei (2017: 4) gesunken, allerdings handelte es sich bei beiden um Angriffe.

Angriffe und Bedrohungen steigen an

Mit 121 Vorfällen stellte Propaganda (2017: 195) den größten Anteil der gemeldeten Vorfälle dar. Allerdings sank die Zahl deutlich. Ursächlich dafür war die Auflösung der Partei „Pro Deutschland“ und der „Autonomen Nationalisten Berlin“. 26 Veranstaltungen wurden im vergangenen Jahr in Lichtenberg gemeldet (2017: 20). Der leichte Anstieg ist auf die Konkurrenz der beiden Neonazi-Parteien NPD und „Der III. Weg“ im Bezirk zurückzuführen. Neben den üblichen Parteiständen der NPD waren dies vor allem die „Schutzzone“-Aktionen der NPD und die „Winterhilfe“-Aktionen des „III. Wegs“. Die Zahl der Angriffe hat sich 2018 wieder leicht auf 21 (2017: 18) gesteigert. Betroffen waren vorwiegend vermeintliche Migrant*innen und Geflüchtete. Auch die Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stiegen auf 21 Vorfälle (2017: 16) an. Die Zahl der Sachbeschädigungen (2017:16; 2018: 5) sank im letzten Jahr deutlich.

Sieben Mal wurden diskriminierende Anträge oder Redebeiträge in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) (2017: 7) aufgenommen.

Der Blick auf die Gesamtzahl Register-Jahresübersicht der dokumentierten Vorfälle in Lichtenberg von 2007 bis 2018 zeigt, dass sich letzte Jahr am Ende eines deutlichen Ausschlags befindet. Schwankten die Zahlen in Lichtenberg bis 2014 zwischen 100 und 150, stiegen sie in den darauffolgenden Jahren deutlich, bis auf 339 Vorfälle im Jahr 2016 an. Seitdem sinken die Zahlen wieder, werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach aber ungefähr auf diesem Niveau stabilisieren. Die Aktivitäten der extrem rechten und rechtspopulistischen Akteur*innen im Bezirk und die weiterhin hohen Angriffs- und Bedrohungszahlen lassen keinen Grund zur Hoffnung, dass die Anzahl der Vorfälle in den nächsten Jahren weiter sinken wird.

4. März 2018

Eine Gruppe von Jugendlichen, die vorher in der Straßenbahn Streit provozierte, verletzte beim Aussteigen gegen 4.45 Uhr an der Station „Zingster Straße“ einen 58-jährigen Mann mit einem Messerstich in den Rücken. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, dass dem Angriff ein rassistisches Motiv zugrunde lag.

Quelle: Polizei Berlin

20. April 2018

Gegen 22 Uhr wurden in der Maga-

retenstraße ein Mann und eine Frau vor einem Lokal von zwei Männern rassistisch beleidigt. Die Frau wurde am Hals gewürgt und zu Boden gestoßen. Anschließend befahlen die Männer ihrem Hund, den Begleiter der Frau zu beißen, was er auch tat. Als Zeug*innen intervenierten, flohen die Angreifer Richtung Wönnichstraße.

Quelle: Polizei Berlin

25. April 2018

Gegen 18.15 Uhr wurde ein 24-jähriger

Mann in der Seddiner Straße in Friedrichsfelde aus LGBTIQ*feindlicher Motivation von einem unbekanntem Mann gepackt und zu Boden gerissen.

Quelle: Polizei Berlin

27. April 2018

Gegen 12.30 Uhr wurde ein 2-jähriges Mädchen in der Malchower Chaussee in Malchow von einem Fahrradfahrer aus antimuslimischer Motivation mit dem Fahrrad gestoßen.

Quelle: ReachOut Berlin

Neue Entwicklungen im klassischen Neonazismus & völkische Mobilisierungen

Die extrem rechte Szene befindet sich bundesweit im Wandel. Die Schwächung der Neonaziorganisationen durch zivilgesellschaftliche Gegenwehr einerseits und das verstärkte Auftreten rechtspopulistischer Akteur*innen als direkte Konkurrenz andererseits haben zu einem starken Bedeutungsverlust geführt. Das hat auch Auswirkungen auf den Bezirk Lichtenberg und die lokalen extrem rechten Gruppierungen.

In der Entstehungszeit der Berliner Register in den Ostbezirken ab 2005 waren die Vorfallszahlen von Aktivitäten der extremen Rechten geprägt. Tonangebend waren in einigen Gebieten die NPD, in anderen sogenannte freie Kameradschaften, wie z.B. die Lichtenberger „Kameradschaft Tor“ und die „Autonomen Nationalisten Berlin“. Mit Demonstrationen, Propaganda und Angriffen versuchten die Neonazis gezielt Angstzonen zu schaffen. Nach dem Wohnortprinzip handelnd, versuchten sie die Kieze, in denen sie wohnten und sich bewegten, politisch zu dominieren. Nicht selten waren vermeintliche Migrant*innen und linke Jugendliche Ziele von Angriffen und Bedrohungen. Mit der Schaffung von Treffpunkten, Szenekneipen und Bekleidungsgeschäften versuchten sie, sich eigene Anlaufpunkte aufzubauen. Die langjährige Kampagne für ein „Nationales Jugendzentrum“ war Ausdruck dieser Bemühungen.

Rückzugsgefechte

Aufgrund politischer Gegenwehr von Zivilgesellschaft, antifaschistischen Organisationen, Bezirkspolitik und teilweise polizeilicher Repression wurden in den folgenden Jahren die meisten der Treffpunkte geschlossen und die maßgeblichen Organisationen zurückgedrängt.

Gegenden wie der Weitlingkiez (Lichtenberg), die Brückenstraße (Treptow-Köpenick), Niederschönhausen (Pankow) oder Teile Hellersdorfs, die in den Jahren zwischen 2000 und 2009 durch sehr aktive Neonaziorganisationen geprägt waren, zeichnen sich heute durch eine veränderte Sozialstruktur, vielfach auch durch ein gesteigertes Problembewusstsein und durch deutlich geschwächte Neonazizusammenhänge aus. Die rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte in den Jahren 2014 bis 2016, die zu großen Teilen strukturell von Neonazis dominiert wurde, führte nicht zu einem nennenswerten Zulauf für NPD und andere Neonazi-Organisationen. Das Auftauchen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) als wählbarere Partei stürzte die NPD zudem auch in ihren bisherigen Hochburgen in die wahlpolitische Bedeutungslosigkeit.

Konsequenzen aus der Bedeutungslosigkeit – wo sind sie hin?

Die daraus folgenden Strategiediskussionen innerhalb der Neonaziszene haben inzwischen dazu geführt, dass einerseits wieder mehr auf provokante Aktionen für die (Presse-)Öffentlichkeit gesetzt wird (NPD-„Schutzzone“-Kampagne), andererseits eine Fokussierung auf die Verherrlichung des Nationalsozialismus stattfindet. Deutlichstes Zeichen dafür ist der Zulauf, den der „Rudolf Hess“-Gedenkmarsch im August in Berlin in den letzten zwei Jahren erhielt. Dabei liefen jeweils 700 bis 1.400 Neonazis durch die Stadt.

Die Neonazi-Partei „Der III. Weg“ schlägt in dieselbe Kerbe und bietet sich mit ihrer offen nationalsozialistischen Programmatik dem Teil der Neonaziszene an, dem die NPD zu „weichgespült“ ist.

„Der III. Weg“ – eine nationalsozialistische Partei am Rande der Legalität

„Der III. Weg“ wurde 2013 in Heidelberg als Partei gegründet, um den von Verboten betroffenen neonazistischen Organisationen wie dem Kameradschaftsnetzwerk »Freies Netz Süd« (FNS) ein legales Auffangbecken zu bieten. „Neben Rheinland-Pfalz und Bayern ist die Partei vor allem in ostdeutschen Bundesländern aktiv. Regional gegliedert ist sie in sogenannte »Gebietsverbände«, deren kleinste Einheiten von den Neonazis als »Stützpunkte« bezeichnet werden. Der »Stützpunkt Berlin« gehört zum »Gebietsverband Mitte«. Darunter fallen außerdem die - ausnahmslos ostdeutschen - Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zwar ist »Der III. Weg« eine eingetragene Partei, jedoch verfolgt sie im Gegensatz zur NPD keine parteipolitischen Ziele und tritt nur vereinzelt zu Wahlen an.“ (apabiz)

Dem Berliner Stützpunkt gehört eine untere zweistellige Anzahl von Neonazis an, die sich teils aus ehemaligen Kameradschaftsaktivist*innen zusammensetzen. Aktionistischer Schwerpunkt liegt im Lichtenberger Weitlingkiez, aber auch in Pankow, Hellersdorf und Treptow-Köpenick wurden Aktivitäten gemeldet. Da die Partei sich als nationalsozialistische Kaderpartei versteht, liegt ihr Fokus auf internen Schulungen und Veranstaltungen. Im letzten Jahr mobilisierte sie zu ihrem Aufmarsch am 1. Mai 2018 in Plauen, der aufgrund des martialischen Auftretens bundesweites Medieninteresse hervorrief sowie zu ihrer Kampagne „Deutsche Winterhilfe“. Schon im Namen bezieht sich der „III. Weg“ dabei offen auf die Winterkampagnen der NSDAP im Nationalsozialismus. Aus rassistischer Motivation wurden Kleidungs- und Essensspenden im Lichtenberger Kältebahnhof ausschließlich an deutsche Obdachlose verteilt.

Der völkische AfD-Flügel

Ebenfalls in der extrem rechten Ecke fischt der völkische „Flügel“ der AfD. Diesem sind mehrere AfD-Funktionäre in den Berliner Verbänden zuzuordnen bis hinein in die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Als ihr Koordinator gilt Thorsten Weiß aus Reinickendorf, der seine Webseite für die „Flügel“-Veranstaltung im April 2018 zur Verfügung stellte. Die Veranstaltung, die in Wartenberg (Lichtenberg) stattfand, lockte mehr als 200 „Flügel“-Anhänger*innen, die den Reden der AfD-Politiker Björn Höcke, Jörg Meuthen, Andreas Kalbitz, aber auch des damaligen Berliner JA-Vorsitzenden David Eckert lauschten. Beleidigungen gegen demokratische Politiker*innen und Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen wurde aus dem Publikum mit „Abschieben“-Rufen begleitet.

Die Veranstaltung zeigte – sowohl zahlenmäßig als auch durch die Anwesenheit etlicher relevanter Parteifunktionäre – das Berliner Potenzial des völkischen Flügels der AfD. Er brachte sich hier gezielt gegen den, als gemäßigt wahrgenommenen, AfD-Landesverband in Stellung.

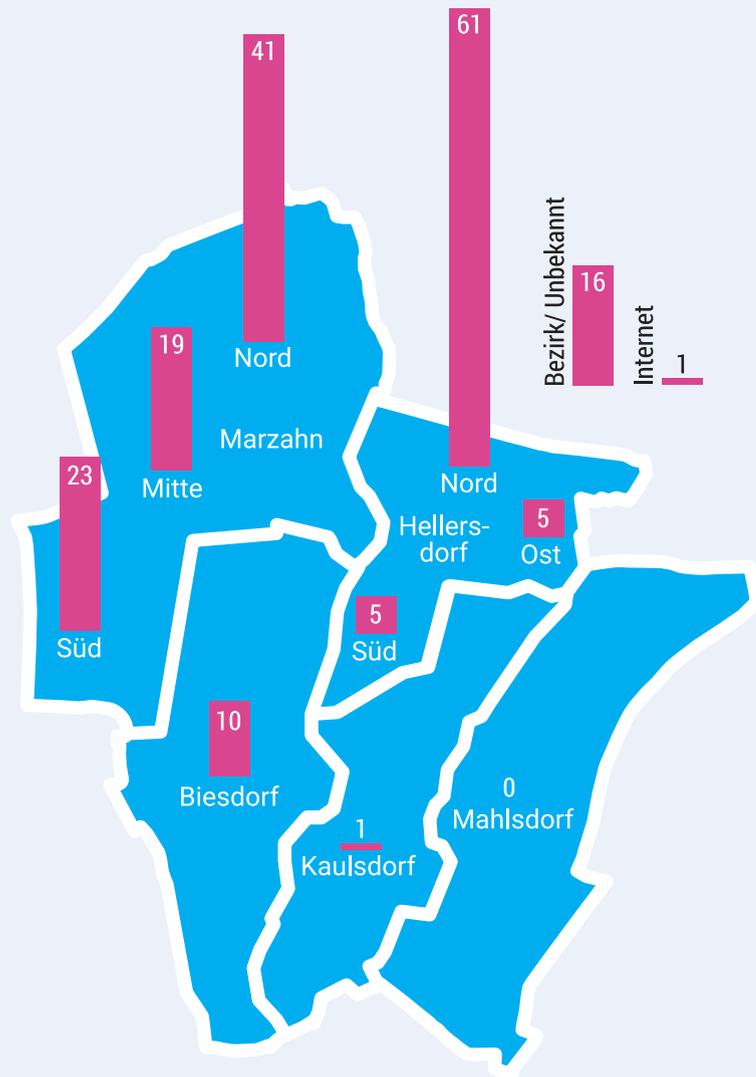
Während also die alten Akteur*innen der extremen Rechten zunehmend in der Bedeutungslosigkeit verschwinden und sich inhaltlich sowie aktionistisch radikalisieren, um in die Öffentlichkeit zu gelangen, bietet sich der völkische „Flügel“ der AfD als Auffangbecken und wählbare Partei für die extreme Rechte an.



Marzahn-Hellersdorf

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf liegt am östlichen Rand Berlins und zählt knapp 270.000 Einwohner. Marzahn-Hellersdorf weist in seinen einzelnen Bezirksregionen (Hellersdorf, Marzahn, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf) weitläufige Siedlungs- und Plattenbaugebiete auf, die durch eine sehr heterogene Bevölkerung geprägt sind.

Seit vielen Jahren existiert im Bezirk eine organisierte rechte Szene, die in der Vergangenheit auch auf ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspotenzial zurückgreifen konnte. Der Bezirk verfügt allerdings ebenso über stabile und wachsende zivilgesellschaftliche Strukturen, die rechten Mobilisierungsversuchen entgegenreten.



Hitler-Verehrung in Marzahn-Hellersdorf



Islamfeindlicher Schriftzug an Rohranlagen



Kontakt:

Register Marzahn-Hellersdorf

Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf, Stiftung SPI
Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin

Tel.: 030 - 99 27 50 98

Mail: pfd-mh@stiftung-spi.de

Marzahn-Hellersdorf

In Marzahn-Hellersdorf ist 2018 die Gesamtzahl der erfassten Vorfälle im Vergleich zu den beiden Vorjahren weitgehend konstant auf hohem Niveau geblieben (187 Vorfälle in 2017; 182 in 2018). Im Bezirk gibt es nach wie vor Probleme mit rechtsextremen und diskriminierenden Ideologien und menschenfeindlichem Verhalten. Dies lässt sich an der hohen Anzahl sowie der Qualität der gemeldeten Vorfälle erkennen. Gleichzeitig verfügt Marzahn-Hellersdorf über eine zunehmend starke Zivilgesellschaft mit vielen engagierten Personen, die sich in unterschiedlichsten Projekten oder auch im Rahmen des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“ für ein solidarisches Zusammenleben einsetzen.

Art der Vorfälle

Insgesamt sind die Zahlen hinsichtlich der Art der Vorfälle auf vergleichbarem Niveau geblieben. Die Anzahl der Vorfälle in der Kategorie Propaganda hat sich nur leicht verändert (111 im Jahr 2017; 116 im Jahr 2018). Nur die stark gesunkene Zahl

der Veranstaltungen (7 in 2017; 3 in 2018) sticht heraus, wobei berücksichtigt werden muss, dass 2018 kein Wahljahr war. Ferner ist eine leichte Verschiebung dahingehend festzustellen, dass weniger Angriffe, aber mehr Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien registriert worden sind. Diese Entwicklungen lassen sich vor dem Hintergrund eines weiterhin menschenfeindlichen gesellschaftlichen Klimas („Alltagsrassismus“) bei gleichzeitiger Schwächung organisierter neonazistischer Strukturen im Bezirk interpretieren.

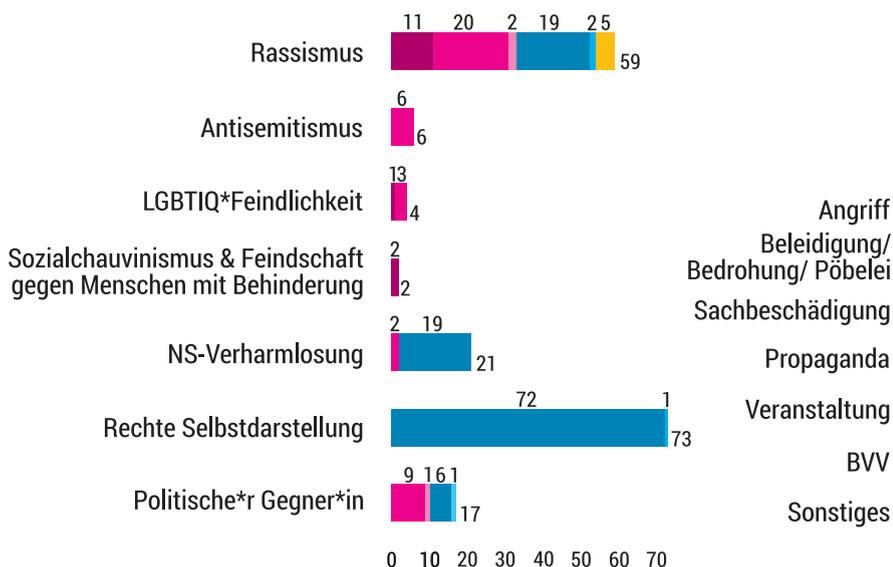
Inhalt der Vorfälle

Insgesamt weist der Jahresvergleich der Inhalte der dokumentierten Vorfälle in mehrerer Hinsicht Kontinuitäten auf. Die Anzahl der Vorfälle in der Kategorie Rassismus ist im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr gesunken (52 in 2017; 39 in 2018). Zugleich ist jedoch eine Zunahme bei einigen Rassismus-Unterkategorien wie Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus und bei einigen weiteren Kategorien zu verzeichnen. Insgesamt ergeben alle Vorfälle, die durch gruppenbezogene

Menschenfeindschaft motiviert waren, im Jahresvergleich in etwa konstante Zahlen. Alle Vorfälle mit GMF-Bezug addiert, ergeben im Jahresvergleich in etwa konstante Zahlen. Der Gesamteindruck einer ähnlichen politischen Großwetterlage im Bezirk wie im Jahr 2017 wird auch von der Auswertung der anderen Kategorien gestützt: Der Rückgang der Zahlen bezogen auf die Kategorien Verharmlosung des NS und Politische*r Gegner*innen, geht mit einer Zunahme der erfassten Fälle in der Kategorie Rechte Selbstdarstellung (57 in 2017; 73 in 2018) einher. Der Rückgang in der Kategorie Politische*r Gegner*innen liegt wahrscheinlich auch darin begründet, dass 2018 kein Wahljahr war.

Ort der Vorfälle

Schwerpunktmäßig finden die erfassten Vorfälle im Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf weiterhin in den Großsiedlungen statt. Dies dürfte aber auch daran liegen, dass dort mehr Menschen wohnen und im öffentlichen Raum mehr Vorfälle beobachtet und gemeldet werden. In Hellersdorf sind nach wie vor in Hellersdorf-Nord die meisten Vorfälle zu verzeichnen (56 in 2017; 62 in 2018). Hier setzt sich der Trend einer Verschiebung von Hellersdorf-Ost nach Hellersdorf-Nord fort. In Marzahn weisen Marzahn-Süd und insbesondere Marzahn-Nord die höchsten Fallzahlen auf. Noch 2017 wurden in Marzahn-Mitte die meisten Vorfälle im Gesamtbezirk gemeldet. Hier lässt sich also eine Verschiebung der lokalen Schwerpunkte von Marzahn-Mitte in diese beiden angrenzenden Ortsteile feststellen (Marzahn-Nord: 17 in 2017; 41 Vorfälle 2018). Die Siedlungsgebiete Kaulsdorf und Mahlsdorf weisen weitgehend konstante und vergleichsweise niedrige Fallzahlen auf. Biesdorf stellt hier mit 10



25. August 2018

In der S-Bahn-Linie 7 Richtung Ahrensfelde kam es in der Nacht von Freitag auf Samstag (zwischen 1 Uhr und 2 Uhr) zu rassistisch motivierten Beleidigungen und Angriffen gegen mehrere Personen. Ein offenbar alkoholisiertes Mann mittleren Alters randalierte in der S7 zwischen Nöldnerplatz und Lichtenberg und beleidigte zwei Personen rassistisch. Als die zwei Personen am Bahnhof Lichtenberg die S-Bahn verließen, richtete der Mann seine Wut auf einen anderen Mann und

beschimpfte auch diesen rassistisch. Schließlich trat er sogar mehrfach nach dem jungen Mann. Daraufhin kamen zwei couragierte Mitfahrer dem jungen Mann zur Hilfe und gingen dazwischen. In der Folge wurde die Polizei verständigt, die den Täter am S-Bahnhof Springpfuhl festnahm. Das Opfer hat offenbar keine Verletzungen davongetragen. Quelle: Augenzeug*in / Register Marzahn-Hellersdorf

1. September 2018

Gegen 12 Uhr Mittag, während der Aufbauarbeiten für das Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“ in Hellersdorf, trat eine unbekannte Frau an einen Bühnentechniker heran und drohte ihm sinngemäß: „Wir kommen nachher alle vorbei und bringen unsere Baseballschläger mit, damit wir Spaß haben können.“ Das Fest verlief in der Folge störungsfrei. Quelle: Polizei / Register Marzahn-Hellersdorf

Vorfällen in gewisser Weise eine Ausnahme dar.

Zusammenfassung & Ausblick

Die Zahl der registrierten rechtsextremen und diskriminierenden Vorfälle im Jahr 2018 ist annähernd auf dem Vorjahresniveau geblieben. Einige Entwicklungen des letzten Jahres, wie z.B. der weitere Rückgang der Zahl der Veranstaltungen und öffentlichen Auftritte mit extrem rechtem Bezug, setzten sich auch im Jahr 2018 fort. Einzelne Versuche aus dem neonazistischen Spektrum (vor allem NPD und Der III. Weg) wieder verstärkt im Bezirk Fuß zu fassen – hier ist insbesondere die „Schutzzone“-Kampagne der NPD zu nennen – erhielten keinen Zuspruch.

Dennoch muss auf den Aktivitäten neonazistischer Gruppierungen auch in 2019 besonderes Augenmerk liegen, weil vor dem Hintergrund der Wahlen im Jahr 2019

und den Stimmverlusten der NPD an die AfD eine Zunahme ihrer Aktivitäten zu erwarten ist. Dabei sollten insbesondere die oben genannten „Schutzzone“-Aktionen im Blick behalten werden, weil durch diese mit vergleichsweise geringem Aufwand Aufmerksamkeit erzielt werden kann. Dabei versuchen die neonazistischen Gruppierungen, sich angespannte Situationen an bestimmten kriminalitätsbelasteten Orten des Bezirks zunutze zu machen. Diese Aktionen konnten aber den Bedeutungsverlust und die Schwächung der NPD – und des organisierten neonazistischen Spektrums insgesamt – sowie die Wanderungsbewegungen innerhalb der extrem rechten Milieus bisher nicht stoppen.

Auffällig auf Bezirksebene ist, dass die AfD, besonders gegen Ende 2018, weit aggressiver in der BVV und auch gegenüber dem Register aufgetreten ist und sich beispielsweise öffentlich gegen bestimmte

Einträge in der Jahreschronik wandte. Hinsichtlich der lokalen Schwerpunkte ist eine „Verschiebung an den Rand“ des Bezirks zu konstatieren. So hat sich in Marzahn der Schwerpunkt der dokumentierten Vorfälle von Marzahn-Mitte nach Marzahn-Nord verlagert. Und auch in Hellersdorf verzeichnet Hellersdorf-Nord mit noch größerem Abstand als das Jahr zuvor am meisten dokumentierte Vorfälle. Die hohe Anzahl und der Inhalt der Vorfälle weisen darauf hin, dass es in der Bevölkerung des Bezirks weiterhin eine relativ große Zustimmung zu extrem rechten und rechtspopulistischen Thesen gibt, die sich nicht zuletzt auch in den Wahlergebnissen 2017 und Anfang 2019 widerspiegeln. Die Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf ist also weiterhin gefordert, neonazistischen und rechtspopulistischen Entwicklungen im Bezirk entschieden entgegenzutreten.



8. September 2018

Die NPD-Berlin führte im Rahmen ihrer „Schutzzone“-Kampagne eine Aktion beim Alt-Marzahner Erntedankfest durch. Mindestens fünf NPD-Mitglieder waren mit bedruckten roten oder schwarzen T-Shirts bzw. Westen mit „Schutzzone“-Aufdruck vor Ort. Im Zuge der rassistischen „Schutzzone“-Kampagne hatte die NPD bereits Patrouillen in S-Bahnen durchgeführt.
Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

10. Oktober 2018

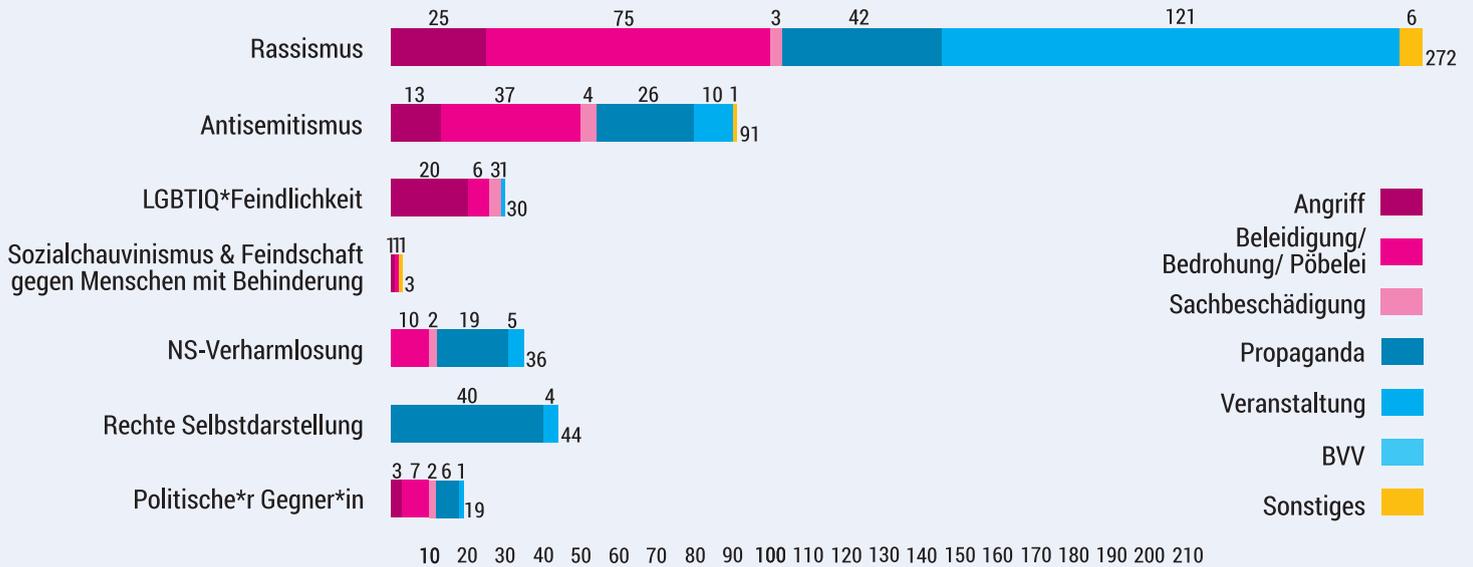
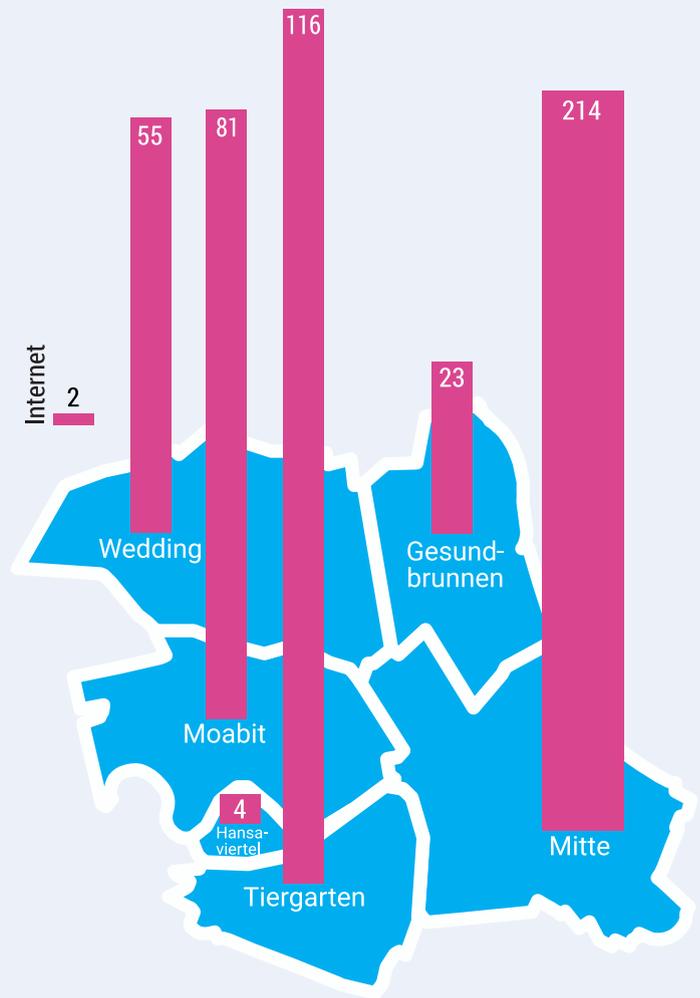
Auf einer Social-Media-Plattform wurden Fotos der AfD-Politikerin Jessica Bießmann aus Marzahn-Hellersdorf veröffentlicht, auf denen sie selbst abgebildet ist, im Hintergrund sind Weinflaschen mit Hitler-Etikett zu erkennen. Die Fotos hatte Frau Bießmann vor mehreren Jahren selbst auf einer Social-Media-Plattform gepostet. Mit den Vorwürfen konfrontiert, gab Frau Bießmann an, dass es sich um zehn Jahre alte Aufnahme handele, die in der

Wohnung eines Freundes in Chemnitz entstanden seien. Die sogenannten Führerweine habe sie nicht bemerkt. Am 7. November wurde Frau Bießmann von der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ausgeschlossen. Nach derzeitigen Informationen ist Frau Bießmann allerdings Ende des Jahres 2018 weiterhin Mitglied der Partei.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

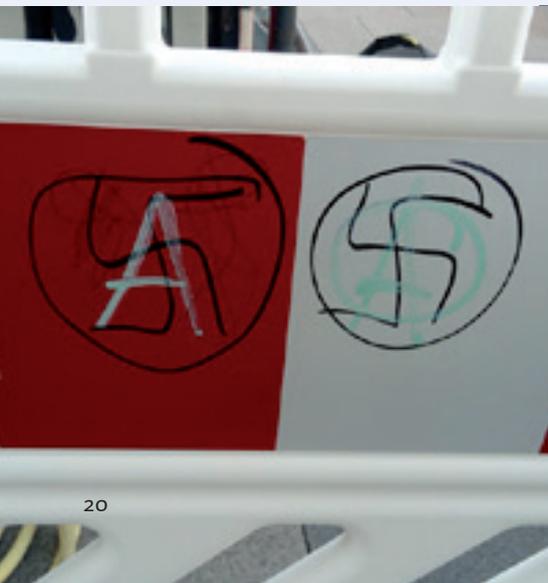
Mitte

Der Bezirk Berlin-Mitte umfasst die Ortsteile Mitte, Moabit, Tiergarten, Wedding, Gesundbrunnen und Hansaviertel. Insgesamt leben hier 379.610 Personen. Zum Bezirk gehören das Regierungsviertel, wo besonders viele Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden, viele Verkehrsknotenpunkte, belebte öffentliche Plätze und Einkaufsgegenden, an denen sich besonders viele registrierte Vorkommnisse ereignen, aber auch Wohngegenden, die zunehmend unter Gentrifizierungsdruck geraten, mit einer besonders hohen Anzahl an Armen und Erwerbslosen, aber auch besonders vielen migrantischen Vereinen.



Gemalte Hakenkreuze in Mitte

Werbung für die früher wöchentl. BärGiDa-Veranstaltungen



Kontakt:
Registerstelle Berlin-Mitte
 NARUD e.V.
 Brüsseler Str. 36
 13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551
 0157 - 76318728
 Web: www.register.narud.org
 Mail: register@narud.org
 Twitter: @narud_ev

Hemmungen, sich rassistisch, antisemitisch und feindlich gegenüber allen in irgendeiner Weise als ‚anders‘ und ‚fremd‘ Klassifizierten zu äußern, sind gefallen. Doch damit haben sich auch die Grenzen, vom Sagen zum Verhalten überzugehen, verschoben. Dies zeigte sich auch im Anstieg der dokumentierten Vorfälle im Bezirk Mitte im Jahr 2018 auf insgesamt 495 Vorfälle, gegenüber 344 Vorfällen im Vorjahr 2017. Damit fielen im Bezirk Mitte wie schon im Vorjahr die meisten Vorfälle von allen Berliner Registern an.

Art der Vorfälle

Besonders auffallend stiegen Bedrohungen und Beleidigungen insgesamt von 48 (2017) auf 136 an. Hieran zeigt sich am deutlichsten, dass Hemmschwellen gefallen sind. Angriffe erreichten in Mitte mit 62 im Jahr 2018 wieder das hohe Niveau von 2017, mit damals 60. Wie schon in den beiden Vorjahren ereigneten sich in keinem anderen Berliner Bezirk derart viele körperliche Angriffe. Propaganda-Vorkommnisse blieben ebenfalls mit 133 auf dem hohen Niveau des Vorjahrs (2017: 132). Deutlich war auch der Anstieg von Veranstaltungen wie Kundgebungen und Demonstrationen von 84 (2017) auf 148. Es wurden 14 Sachbeschädigungen erfasst (2017: 11). Unter Sonstiges, zumeist Leistungsverweigerungen und behördliche Diskriminierungen, wurden acht Vorkommnisse erfasst.

Anstieg rassistischer Vorfälle

Im Bezirk Mitte haben 51,1% der Einwohner*innen einen Einwanderungshintergrund. Dies ist der höchste Wert in allen Berliner Bezirken. Der Anstieg von Vorfällen im Bezirk Mitte ist besonders auf die Zunahme von rassistischen Vorfällen von 145 im Jahr 2017 auf insgesamt 272 im Jahr 2018 zurückzuführen. Unter diese Gesamtzahl rassistischer Vorfälle fallen

auch die besonders erfassten Formen von antimuslimischem Rassismus (2018: 73), Anti-Schwarzem Rassismus (2018: 31) und Antiziganismus (2018: 13). Besonders auffallend stiegen rassistische Bedrohungen und Beleidigungen von insgesamt von 26 (2017) auf 75 an. Aber auch 25 Angriffe (2017: 26) waren rassistisch motiviert. Von den 42 rassistischen Propaganda-Vorkommnissen und den auf 121 stark angestiegenen rassistischen Veranstaltungen waren die meisten vor allem flüchtlings- und einwanderungsfeindlich motiviert. Die Angriffe und die rassistischen Bedrohungen und Beleidigungen gingen weniger von Aktionen von Organisierten in extrem rechten Organisationen und deren näherem Umfeld oder von deren Veranstaltungen aus, sondern ereigneten sich vor allem im Alltag, häufig in öffentlichen Verkehrsmitteln, U- und S-Bahnhöfen und deren Nähe.

Eine rechtspopulistische Partei in den Parlamenten, dadurch eine größere Öffentlichkeit für rechtspopulistische und rassistische Aussagen und Diskursformen sowie die Selbstbestätigung und diskursive Schließung in extrem rechten Internetblasen tragen zur Verschiebung des Sagbaren bei, die schließlich auch die Gewalttaten ansteigen lässt. Zudem ist davon auszugehen, dass diese Vorfälle nur einen verschwindend geringen Prozentsatz der tatsächlich tagtäglich stattfindenden rassistischen Diskriminierungen darstellen.

Antisemitismus in Mitte

Antisemitismus blieb im Bezirk Mitte mit seinen besonders vielen jüdischen Institutionen mit 91 Vorfällen ähnlich hoch (2017: 95). 2016 waren es erst 58 Vorfälle gewesen. Zwar nahmen antisemitische Propagandavorfälle in Mitte von 51 auf 26 ab. Es gab weniger antisemitische Veranstaltungen (2017: 16; 2018: 10) und

Sachbeschädigungen (2017: 7; 2018: 4). Bedrohungen und Beleidigungen nahmen jedoch von 17 im Jahr 2017 auf 37 und Angriffe von acht auf 13 signifikant zu.

Insofern liegt die Annahme nahe, dass ein fester etablierter Rechtspopulismus auch hier enthemmend wirkt und dazu beiträgt, auch antisemitische Pöbeleien und Angriffe ansteigen zu lassen. So ließ sich auf vielen rassistisch-flüchtlingsfeindlichen Veranstaltungen in Mitte beobachten, dass dort auch antisemitische Töne angeschlagen und weithin geduldet wurden, wenn dort etwa immer wieder verschwörungsideologisch auf den US-amerikanischen Investor jüdisch-ungarischer Herkunft und Gründer der Open Society Foundation, George Soros, hingewiesen wurde, der hinter angeblichen „Umvolkungsplänen“ durch Einwanderungspolitik stecke. Das rechte Narrativ vom Antisemitismus als einem „importierten Problem“, das angeblich vor allem bei muslimischen Eingewanderten vorkomme, lässt sich hingegen in Mitte quantitativ nicht bestätigen.

Weitere Entwicklungen

Für die Enthemmungstendenz, die mehrere Motivarten betrifft, die sich gegenseitig verstärken, spricht ebenso, dass auch Vorfälle im Motivfeld Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus deutlich von 16 auf 36 anstiegen. In Mitte registrierten die Registerstelle zehn Pöbeleien wie öffentliche Hitlergrüße, 19 Propagandavorkommnisse wie angeschmierte Hakenkreuze, fünf Veranstaltungen und zwei Sachbeschädigungen mit diesen Motivationen. Vorkommnisse rechter Selbstdarstellung stiegen in Mitte ebenfalls von 36 im Vorjahr auf 44 an. Darunter waren 40 Propaganda-Vorfälle und vier Veranstaltungen. Aktionen gegen politische Gegner*innen sanken leicht (2017: 26, 2018: 19). Hierunter fielen drei

17. Januar 2018

Der Brandenburger AfD-Landtagsabgeordnete Franz Wiese und die AfD Märkisch-Oderland riefen erneut zu einer Demonstrationen unter dem Motto „Merkel muss weg!“ auf. Ungefähr 25 Personen demonstrierten ab 18.00 Uhr vor dem Bundeskanzleramt. In Reden wurde auf rassistische Weise gegen die Flüchtlings- und Migrationspolitik der Bundesregierung Stimmung gemacht.
Quelle: Registerstelle Berlin-Mitte

18. September 2018

Am Tiergarten wurde eine junge schwarze Frau gegen 16 Uhr von einer Gruppe weißer Jugendlicher, bestehend aus drei Jungen und einem Mädchen, rassistisch beleidigt und bedroht. Passant*innen griffen ein, als einer der Jungen die junge Frau schlagen wollte und verhinderte dies.
Quelle: Registerstelle Berlin-Mitte

3. Oktober 2018

Ein Teilnehmer rief am Rande des „Wir für Deutschland“-Aufmarsches

Gegendemonstrant*innen entgegen: „Komm mal her Zecke, rein in die Gaskammer!“

Quelle: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

12. Dezember 2018

In einem Spätkaufgeschäft am S-Bahnhof Bellevue beleidigte ein Kunde auf rassistische Weise den Verkäufer. Als dieser ein Hausverbot aussprach, warf der Kunde mit Kleingeld nach ihm.
Quelle: Berliner Register via Twitter

Mitte

Angriffe, sieben Bedrohungen und Beleidigungen, sechs Propagandavorkommnisse, zwei Sachbeschädigungen und eine Veranstaltung. LGBTIQ*feindliche Vorfälle stiegen von 23 im Vorjahr auf 30 an. 20 von diesen waren wie im letzten Jahr besonders brutale körperliche Angriffe. Außerdem wurde wie schon in den Vorjahren das Mahnmal für die vom Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten zweimal beschädigt, ebenso ein weiteres Denkmal, das im Tiergarten an die Vorkämpfer*innen der ersten homosexuellen Emanzipationsbewegung erinnert.

Anti-Schwarzer Rassismus

Im Rahmen der UN-Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung (2015 – 2024) unter dem Motto „Menschen Afrikanischer Abstammung: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“ war die Sichtbarmachung von Vorfällen, die diesen spezifischen Rassismus reproduzieren, eine Forderung von Vereinen der wachsenden afrikanischen Diaspora in Berlin sowie von Interessenverbänden Schwarzer Deutscher im Konsultationsprozess des Berliner Senats zur Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der Dekadenziele. Die Berliner Register erfassen daher seit Oktober 2018 auch Vorfälle, welcher dieser Form von Rassismus gegen Menschen afrikanischer Herkunft zugeordnet werden können, gesondert und werden diese in Zukunft auch in ihren Jahresauswertungen besonders sichtbar machen. Das Register Mitte hat Anti-Schwarzen Rassismus bereits seit 2017 gesondert zu erfassen versucht, da sich besonders im Ortsteil Wedding in den letzten Jahren viele afrikanische Vereine, Geschäfte und Lokale angesiedelt haben und hier auch besonders viele Menschen afrikanischer Herkunft ihren Lebensmittelpunkt haben. 2018 wurden uns 31 Vorfälle gemeldet. 20 Vorfälle entfielen auf Bedrohungen und Beleidigungen, fünf waren körperliche Angriffe, sechs waren Propaganda-Vorkommnisse. Ein Diskriminierungsvorfall, gerichtet gegen eine afrobritische Gruppe in einem Schnellrestaurant, wurde der Kategorie Sonstiges zugeordnet. Die Dunkelziffer liegt in diesem neu erfassten Bereich jedoch sicherlich noch besonders hoch. Zudem stellt sich wie bei Vorfällen von antimuslimischem Rassismus das Erfassungsproblem dahingehend, dass etwa von Polizeimeldungen oftmals nicht auf die Form des Rassismus geschlossen werden kann.

Rassistische Veranstaltungen

In Berlin-Mitte finden durch die zentrale Lage besonders viele Veranstaltungen statt. Diese konzentrieren sich besonders auf die Ortsteile Mitte, Tiergarten und Moabit, wo viele zentrale Plätze und Regierungsgebäude liegen. Im Jahr 2018 stiegen diese auf 142 gegenüber 84 im Jahr 2017 an. Davon waren 121 rassistisch ausgerichtet, berlinweit 197 von 317. Auch rassistisch-flüchtlingsfeindliche Kundgebungen haben sich inzwischen weitgehend von den Stadtrandbezirken nach Mitte verlagert.

An den rassistischen Kundgebungen und Demonstrationen zeigte sich, dass sich die unterschiedlichen rechtspopulistischen, radikal und extrem rechten Spektren zunehmend mischen und radikalalisieren. Eine erhebliche Anzahl dieser rassistischen Kundgebungen machten wöchentliche Veranstaltungen aus, wie die der antimuslimisch-rassistischen BärGiDa und der extrem rechten Gruppierung „Wir für Deutschland“. Zwar ging die Beteiligung an den Aufmärschen der beiden Organisationen BärGiDa- und „Wir für Deutschland“ deutlich auf zumeist nur noch 20 bis 30 Teilnehmende zurück. Trotzdem folgten am 3. März 2018 dem „Wir für Deutschland“- Aufruf „Nein zur GroKo“ ca. 500 Teilnehmende. Sie stammten überwiegend aus dem extrem rechten und neofaschistischen Spektrum, aber auch Mitglieder und Anhänger*innen der AfD beteiligten sich und waren auch unter den Redner*innen. Am 3. Oktober 2018 folgten über 1000 Rechte ihrem Aufruf zum „Tag der Nation“.

Unter dem Slogan „Merkel muss weg“ findet jede Woche auch eine Kundgebung einiger Kreisverbände der AfD-Brandenburg und einer Gruppierung um den Brandenburger AfD-Abgeordneten Franz Wiese vor dem Bundeskanzleramt statt. Diese wöchentlichen Kundgebungen wurden durchschnittlich von 20 bis 30 Teilnehmenden besucht.

Zu einigen Demonstrationen konnten aber auch 2018 wieder viele zur Teilnahme mobilisiert werden. So am 20. Mai 2018 auf einer Sternfahrt mit Kundgebung der „Biker für Deutschland“ in Kooperation mit dem „Frauenbündnis Kandel“ „für den Schutz unserer Frauen, Kinder und Senioren ..“, wie es im Aufruf scheinbar unverfänglich hieß, mit rund 1000 Beteiligten. Doch der Sprecher von „Biker für Deutschland“ sprach in seiner Rede dann von „volksschädigender Asylpolitik“ und prangerte den angeblichen deutschen „Schuldskult“ an.

Die meisten Demoteilnehmer*innen wurden 2018 in Mitte aber auf der AfD-Demonstration am 27. Mai 2018 unter dem Motto „Zukunft für Deutschland – für Freiheit und Demokratie“ mit rund 5000 Beteiligten im Berliner Regierungsviertel erreicht. Bundesvorstandsmitglied Beatrix von Storch sagte bei der Auftaktkundgebung: „Die Herrschaft dieses Islam in Deutschland ist nichts anderes als die Herrschaft des Bösen“.

Eine weitere große Demonstration unter dem Motto: „Migrationspakt stoppen - Merkel muss weg“ fand am 1. Dezember 2018 mit rund 1000 Teilnehmenden statt. Unter den Teilnehmenden befanden sich Neofaschist*innen, Reichsbürger*innen, Mitglieder der „Identitären Bewegung“ sowie hochrangige Politiker*innen der AfD.

Auch wenn hier nur die größeren sowie die regelmäßigen rassistischen Veranstaltungen in Mitte in den Blick genommen wurden, stützen diese Beobachtungen die These, dass sich die verschiedenen rechtspopulistischen und extrem rechten Spektren zunehmend vermischen und radikalisieren. Dies gilt auch für die AfD, wie sich an ihren Veranstaltungen zeigt, die zumeist große Teile auch dieser zunehmend extrem rechten Mischszenen anziehen, ohne dass daran Anstoß genommen wird. Themen, Motive, Ideologien und Diskursformen diffundieren zwischen den verschiedenen rechten Spektren und vermischen sich ebenso. Ideologiever-satzstücke und Aktionsformen der sogenannten Neuen Rechten verbinden sich mit alten rechtsextremen Ideologien und vielfach auch mit antisemitischen Verschwörungsmythen und rechtspopulistischen Politikformen. Das übergreifende Gemeinsame der verschiedenen Subspektren ist jedoch ein völkischer Nationalismus, wenn dieser auch unterschiedlich deutlich ausgesprochen wird. Was sich hier gegenseitig in seinem Glauben bestärkt, manifestiert sich dann im Alltag in den erhöhten Fallzahlen.

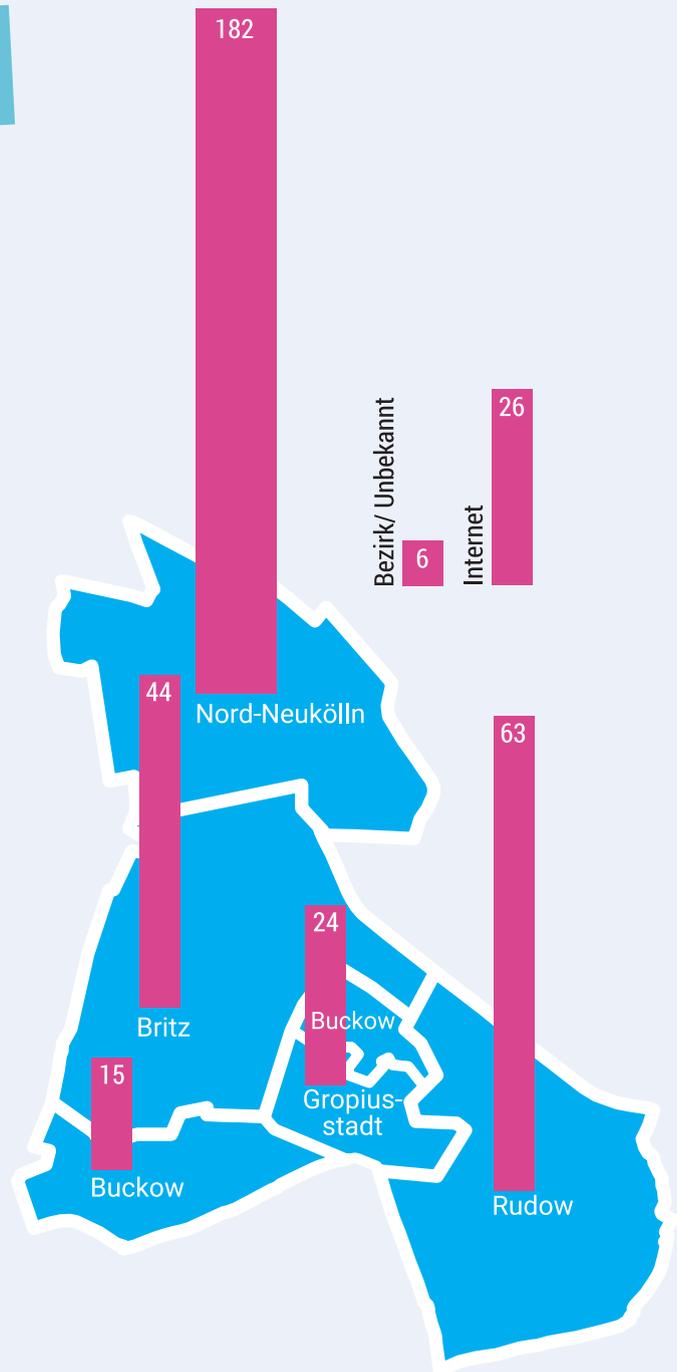
Zivilcourage

Abschließend soll jedoch noch auf etwas hingewiesen werden, was Mut machen kann. Bei immerhin 36 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und Angriffen haben Passant*innen und Zeug*innen Zivilcourage gezeigt und haben versucht, auf verschiedene Weise gegen Angreifer*innen und Pöbler*innen einzuschreiten.

Neukölln

In Neukölln wohnen etwas mehr 320.000 Menschen. Aus Registerperspektive ist der Bezirk zweigeteilt. Es gibt zum einen das innerstädtisch geprägte Bezirksteil Nord-Neukölln und zum anderen die südlichen Ortsteile Britz, Buckow, Gropiusstadt und Rudow.

Mit den U-Bahnlagen 7 und 8 sowie der Ringbahn und deren Umsteigebahnhöfen verfügt der Bezirk über stark genutzte öffentliche Verkehrswege, die außer von Anwohner*innen auch von Tourist*innen frequentiert werden. Die Unterschiedlichkeit der Ortsteile spiegelt sich auch in der Art der Vorfälle wider.



NPD-Flyer in Britz

Propaganda-Entfernung in Neukölln



Kontakt: Register Neukölln

Amaro Foro e. V.
Weichselplatz 8
12045 Berlin

Tel.: 030 - 43 20 53 73
Mail: register@amarofo.ro.de
Twitter: @NkRegister

Im Norden Neuköllns gibt es verschiedene Partykieze und eine lebendige Kneipenkultur, in denen sich die Vielfalt an Lebensweisen widerspiegelt, was aber auch zu Konflikten führt. Vor allem an Wochenenden kommt es dort zu rassistischen, antisemitischen und LGBTIQ*feindlichen Angriffen und Beleidigungen. Von 43 Angriffen im Jahr 2018 wurden 30 allein im bevölkerungsreichen Nord-Neukölln erfasst. Im Kontrast dazu steht der Süden des Bezirks. Dort gibt es seit den 1980er Jahren eine rechte Szene, die heute der NPD nahe steht und dem aktionistischen Spektrum der sogenannten Autonomen Nationalisten. Dieser Personenkreis versucht, mit rassistischen und rechten Aufklebern den öffentlichen Raum zu markieren und verübt seit mehr als zehn Jahren Anschläge auf Menschen, die sich gegen Rechts engagieren. Mitte März wurden in vier Wohnhäusern Parolen gesprüht, die sich gegen engagierte Bewohner*innen richteten. Die Häufigkeit der Angriffe und die Kontinuität, mit der sie verübt werden, ist das Alleinstellungsmerkmal für Neukölln. Der Bezirk ist trotz dieser Entwicklungen aber auch ein Ort zahlreicher antirassistischer und zivilgesellschaftlich aktiver Gruppen, Vereine und Bündnisse. Viele Migrant*innenorganisationen sind Anlaufstellen für von Diskriminierung und Rassismus Betroffene. Über dieses engagierte Netzwerk werden Vorfälle der Registerstelle gemeldet.

Im Jahr 2018 wurden durch das Neuköllner Register 360 Vorfälle aufgenommen (2017: 269). Alltägliche Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung stiegen an. Außerdem wurden ein Zuwachs an Bedrohungen und Beleidigungen (2017:36; 2018:84) und eine hohe Zahl an Angriffen (2017:36; 2018:43) verzeichnet. Das extrem rechte und rechtspopulistische Spektrum in Neukölln ist weiterhin gut verankert. Nach Rassismus mit 129 war die NS-Verherrlichung mit 99 Vorfällen das häufigste Motiv. Unter den Vorfällen überwog Propaganda (169). Etwa die Hälfte aller Vorfälle wurde in Nord-Neukölln erfasst (182). Die seit 2016 andauernden rechten Angriffe gegen Engagierte aus der Zivilgesellschaft wurden schwächer.

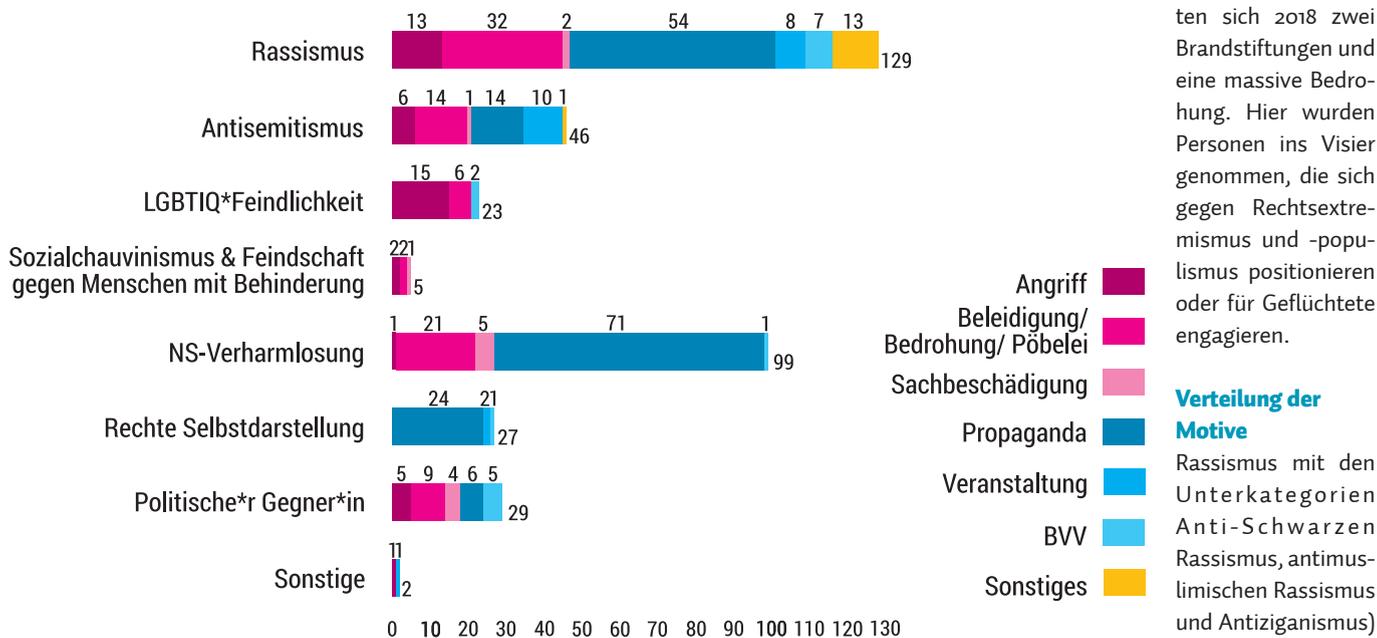
Ortsteile

Die Zahl der Meldungen aus Nord-Neukölln nahm weiter zu (2017: 132; 2018: 182). Hier, insbesondere in den Partykiesen, ereigneten sich die meisten Angriffe und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien. Darunter waren rassistische, LGBTIQ*feindliche und antisemitische Gewalttaten. Ein Anstieg wurde ebenso in Rudow verzeichnet (2017: 48; 2018: 63). Wie in den Vorjahren dominierte hier rassistische und NS-verherrlichende Propaganda, die der NPD, der sogenannten Identitären Bewegung und anderen

extrem rechten Gruppen zuzuordnen ist. In Britz blieben die Fälle mit 44 konstant (2017: 40). In Gropiusstadt wurden 24 Vorfälle registriert, in Buckow 15. Aufgenommen wurde vor allem Propaganda im Zusammenhang mit NS-Verherrlichung, Rassismus und rechter Selbstdarstellung. Im Internet wurden 26 Vorfälle dokumentiert. Den Großteil machte rassistische Propaganda aus. In 11 Fällen kam es zu rassistischen und gegen politische Gegner*innen gerichtete Bedrohungen und Beleidigungen. Der Neuköllner Süden ist in der Vergangenheit vielfach Schauplatz von extrem rechten Gewalttaten und rechter Propaganda geworden. So gab es 2018 und in den Vorjahren zahlreiche Sticker, Graffiti und Flyer mit rassistischem, NS-verherrlichendem und extrem rechtem Inhalt. Nahezu zwei Drittel der 2018 erfassten Propagandavorfälle wurden im südlichen Teil Neuköllns aufgenommen, was Beleg für eine dort ansässige extrem rechte Szene ist. Darauf deuten auch mehrere Veranstaltungen mit rassistischer Thematik hin, beispielsweise die NPD-“Schutzzonen“-Kampagne in Gropiusstadt. Auch die seit 2016 anhaltende Angriffsserie gegen Engagierte aus der demokratischen Zivilgesellschaft dauerte an, wenn auch mit weniger Vorkommnissen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Im Neuköllner

Süden ereigneten sich 2018 zwei Brandstiftungen und eine massive Bedrohung. Hier wurden Personen ins Visier genommen, die sich gegen Rechtsextremismus und -populismus positionieren oder für Geflüchtete engagieren.

Verteilung der Motive
 Rassismus mit den Unterkategorien Anti-Schwarzen Rassismus, antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus)



Beispielvorfälle

1. Februar 2018

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde gegen 2.40 Uhr ein Auto in Britz angezündet. Es entstand ein Totalschaden. Der Besitzer des PKWs ist Inhaber einer Buchhandlung in Rudow und engagiert sich in der Initiative „Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und

Rassismus“. In den Vorjahren gab es bereits Anschläge auf seinen Buchladen und seinen PKW. 20 Minuten später, gegen 3 Uhr wurde ein weiterer PKW in Rudow in Brand gesetzt. Das Fahrzeug brannte vollständig aus. Der PKW-Besitzer ist Mitglied des Bezirksvorstands DIE LINKE Neukölln und engagiert sich zivilgesell-

schaftlich. In beiden Fällen wird von einer rechten Tatmotivation ausgegangen. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Quellen: Die LINKE Neukölln, Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus, Polizei Berlin, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

war das häufigste Motiv (2017: 78; 2018: 129). Bezogen auf die Art der Vorfälle nahmen besonders Propaganda, Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und Veranstaltungen zu. Der deutliche Anstieg der NS-Verherrlichung (2017: 49; 2018: 99) ist auf Schmierereien, Bedrohungen und Beleidigungen zurückzuführen, die auf eine inhaltliche Radikalisierung extrem rechter Akteur*innen verweisen. Antisemitische Vorfälle blieben hoch (2017: 45; 2018: 46). Neben 14 Propagandavorfällen wurden 14 Beleidigungen und Bedrohungen (2017: 5), sechs Angriffe (2017: 1) und zehn Veranstaltungen (2017: 8) dokumentiert. In 29 Fällen gerieten politische Gegner*innen, die sich gegen Rechts und für Geflüchtete einsetzen, in den Fokus.

Die rechte Angriffsserie im Bezirk ging zurück, was sich in den sinkenden Angriffszahlen von 14 auf fünf widerspiegelt. Zugleich mehrten sich Bedrohungen/Beleidigungen, Propaganda und Sachbeschädigungen. Das Motiv rechte Selbstdarstellung (2017: 34; 2018: 27) – also Propaganda und Veranstaltungen rechter Gruppen zur Eigenwerbung – verweist auf die feste Verankerung von Akteuren der extremen Rechten in Neukölln. Es wurden 23 LGBTIQ*feindliche Fälle registriert (2017: 15). Auffällig ist hierbei die hohe Eskalationsstufe: Von 23 Vorfällen sind 15 Angriffe und sechs Beleidigungen und Bedrohungen. Erstmals seit Bestehen der Registerstelle Neukölln wurden fünf sozialchauvinistische Vorfälle gemeldet, darunter auch ein Brandanschlag auf einen schlafenden Obdachlosen im Februar 2018.

Entwicklung der Vorfällearten

Propaganda ist die am häufigsten erfasste Vorfälleart (2017: 140; 2018: 169), darunter befinden sich unzählige Hakenkreuz-Schmierereien oder rassistische und geflüchtetenfeindliche Sticker. Bedrohungen und Beleidigungen stiegen enorm an (2017: 36; 2018: 84). Sie waren primär rassistisch, NS-verherrlichend und antisemitisch motiviert. Es wurden 43 Angriffe (2017: 36) verübt, darunter auch Brandstiftungen und massive Bedrohungen am Wohnort. 15-mal wurden

LGBTIQ*-Personen attackiert. 13 Angriffe hatten ein rassistisches, antimuslimisches oder antiziganistisches Motiv. Weitere Angriffe waren den Bereichen Antisemitismus, politische Gegner*innen, Sozialchauvinismus und NS-Verherrlichung zuzuordnen. Es wurden 21 mehrheitlich antisemitische und rassistische Veranstaltungen dokumentiert. 13 Sachbeschädigungen trafen insbesondere demokratische und zivilgesellschaftliche Kampagnen gegen Rechts und gegen Rassismus. 16 Vorfälle gehen auf die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zurück (2017: 7). Abgeordnete der AfD verbreiteten rassistische Positionen, diffamierten zivilgesellschaftliches Engagement und trafen LGBTIQ*feindliche Aussagen. Unter der Kategorie Sonstiges wurden 14 Fälle von behördlicher Diskriminierung sowie Racial Profiling durch die Polizei erfasst.

Die Neuköllner Angriffsserie

Persönliche Bedrohungen, Feindeslisten im Internet, zersplitterte Fensterscheiben, mit Nazisymbolen beschmierte Hauseingänge und nächtliche Brandanschläge auf PKWs und Cafés sind Aktionen, mit denen politisch engagierte Menschen in Neukölln rechnen müssen.

Während das Anton-Schmaus-Haus schon im Jahr 2011 zwei Mal in Brand gesteckt wurde, sind seit Juni 2016 mehr als 50 Angriffe auf politische Aktive im gesamten Bezirk verübt worden, darunter 16 Brandanschläge. Die Betroffenen der Anschläge setzen sich gegen rechte Strukturen ein und unterstützen Geflüchtete. Sie sind beispielsweise in Gewerkschaften organisiert, engagieren sich in Parteien, machen Jugendarbeit oder betreiben alternative Kneipen. Und das macht sie zu Gegner*innen der extremen Rechten. Um die Vehemenz der Angriffe zu verdeutlichen lohnt der Blick zurück: In der Nacht auf den 27. Juni 2016 zündeten Unbekannte in Rudow den Wagen eines SPD-Politikers an. Auch ein Hauseingang im Schillerkiez wurde mit rechten Slogans beschmiert. Ebenfalls in dieser Nacht warfen Unbekannte Farbgläser in die Fensterscheiben einer Wohnung und eines Ladenlokals im Weserkiez. Im August 2016 veröffentlichte eine von Nazis betriebene Facebook-Seite mehrere Fein-

deslisten. Auf ihnen waren die Adressen von Kneipen, alternativen Projekten, Parteibüros und von Unterkünften für Geflüchtete eingetragen. Die nächste große Angriffswelle folgte am 12. Dezember 2016. Wieder wurden Fenster von Wohnhäusern und Geschäften eingeworfen, dieses Mal in der Mitte und dem Süden Neuköllns. Trauriger Höhepunkt war ein versuchter Brandanschlag auf ein Wohnhaus im Weserkiez. In diesem Haus gibt es nicht nur ein alternatives Café, sondern auch mehrere Mietwohnungen. Glücklicherweise kam niemand zu Schaden. Auch im Jahr 2017 blieb es nicht ruhig: Allein im Januar folgten drei weitere Autobrände in Britz. Im Februar wurden wieder Drohungen gegen Bewohnerinnen Nordneuköllns an deren Häuser geschmiedet und es gab einen weiteren Autobrand in Rudow.

Die Häufigkeit und die Kontinuität, mit der die Angriffe stattfinden, ist einmalig in Berlin und kann mit der Situation vor Ort erklärt werden. In Neukölln verstecken sich engagierte Menschen nicht, sondern gehen in die Öffentlichkeit. Sie positionieren sich deutlich sichtbar gegen rechte Ideologien und die dahinter stehenden Netzwerke und Strukturen. Damit werden sie zur Zielscheibe für die dort wohnende rechte Szene. Dieser Kreis aus Neonazis hat in den vergangenen Jahren in Neukölln mit seiner Ideologie keinerlei öffentlichen Zuspruch erfahren. Die militanten Aktionen werden als eines von wenigen effektiven Mitteln gegen Andersdenkende angesehen. Sie sollen die Engagierten einschüchtern und zum Aufgeben oder zum Umzug bewegen. Weil rechte Politik im Sinne der NPD und der Autonomen Nationalisten weder auf der parlamentarischen Ebene noch auf der Straße verankert werden konnte, wird die politische Handlungsunfähigkeit der Täter über militante Aktionen kompensiert.

Die Erkenntnis, dass die Aktionen zu einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen Netzwerke führen und den Repressionsdruck durch Polizei und Justiz erhöhen, lässt noch auf sich warten. Allein die Tatsache, dass die Angriffe weniger werden, lässt in dieser Hinsicht auf ein Umdenken der Neuköllner Neonazis hoffen.

14. Mai 2018

Vier elfjährige Mädchen wurden in der Hänselstraße gegen 14.30 Uhr auf dem Sportplatz ihrer Schule von einem unbekannten Mann rassistisch beschimpft. Der Mann drohte außerdem damit, die Mädchen zu erschießen. Es wurde Anzeige erstattet.

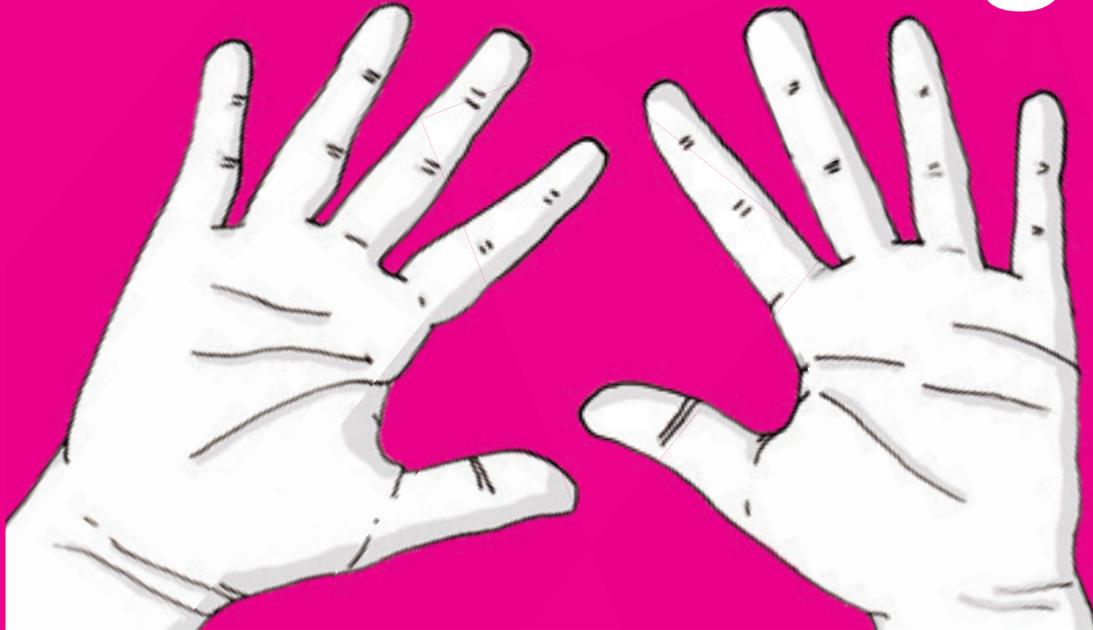
Quelle: Tagesspiegel, Schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus

21. Dezember 2018

Gegen 16.30 Uhr bedrohten vier junge Männer eine Frau auf transfeindliche Weise und verfolgten sie drei Straßenecken weit mit schnellen Schritten.

Quelle: Register Neukölln

10 Punkte für Zivilcourage



Gestaltung: Luise Bofinger

Was können **Sie** tun? 10 Punkte für **Zivilcourage.**

Immer wieder werden Menschen in aller Öffentlichkeit beleidigt, bedroht und angegriffen. Sie werden Opfer, weil ihre Haut nicht weiß ist, weil sie anders denken und leben als die meisten. Jede/r von uns kann helfen, indem wir unsere eigene Angst überwinden und einschreiten, wenn andere in Gefahr sind. Die folgenden zehn Punkte sagen wie es geht:

1. Bleiben Sie ruhig!

Konzentrieren Sie sich darauf, das zu tun, was Sie sich vorgenommen haben. Lassen Sie sich nicht ablenken von Gefühlen wie Angst oder Ärger.

2. Handeln Sie sofort!

Reagieren Sie immer und sofort, warten Sie nicht, dass ein anderer hilft. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es einzugreifen.

3. Holen Sie Hilfe!

In der S+U-Bahn: Rufen Sie die Polizei mit Ihrem Handy an (110) oder ziehen Sie die Notbremse im Bahnhof. Im Bus: Alarmieren Sie den/die Busfahrer/in. Auf der Straße: Schreien Sie laut, am besten »Feuer!!!«, darauf reagiert jede/r.

4. Verunsichern Sie den Täter!

Schreien Sie laut und schrill. Das geht auch, wenn die Stimme versagt.

5. Halten Sie zum Opfer!

Nehmen Sie Blickkontakt zum Opfer auf. Das vermindert seine Angst. Sprechen Sie das Opfer direkt an: »Ich helfe Ihnen.«

6. Erzeugen Sie Aufmerksamkeit!

Sprechen Sie andere Zuschauer/innen persönlich an. Ziehen Sie die Zuschauer/innen in die Verantwortung: »Sie in der gelben Jacke, können Sie bitte den/die Busfahrer/in rufen«. Sprechen Sie laut. Die Stimme gibt Selbstvertrauen und ermutigt andere zum Einschreiten.

7. Wenden Sie keine Gewalt an!

Spielen Sie nicht den Helden und begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein (diese führen häufig zur Eskalation). Fassen Sie den Täter oder die Täterin niemals an, es kann dann schnell zu Aggressionen kommen. Lassen Sie sich nicht provozieren.

8. Provozieren Sie den Täter nicht!

Duzen Sie den/die Täter/in nicht, damit andere nicht denken, dass Sie einander kennen. Starren Sie dem Angreifer oder der Angreiferin nicht direkt in die Augen, das könnte ihn oder sie noch aggressiver machen. Kritisieren Sie das Verhalten der Angreifer/innen, aber nicht ihre Person.

9. Rufen Sie die Polizei!

Beobachten Sie genau und merken Sie sich Gesichter, Kleidung und Fluchtwege der Täter/innen. Erstellen Sie Anzeige und melden Sie sich als Zeuge oder Zeugin.

10. Seien Sie vorbereitet!

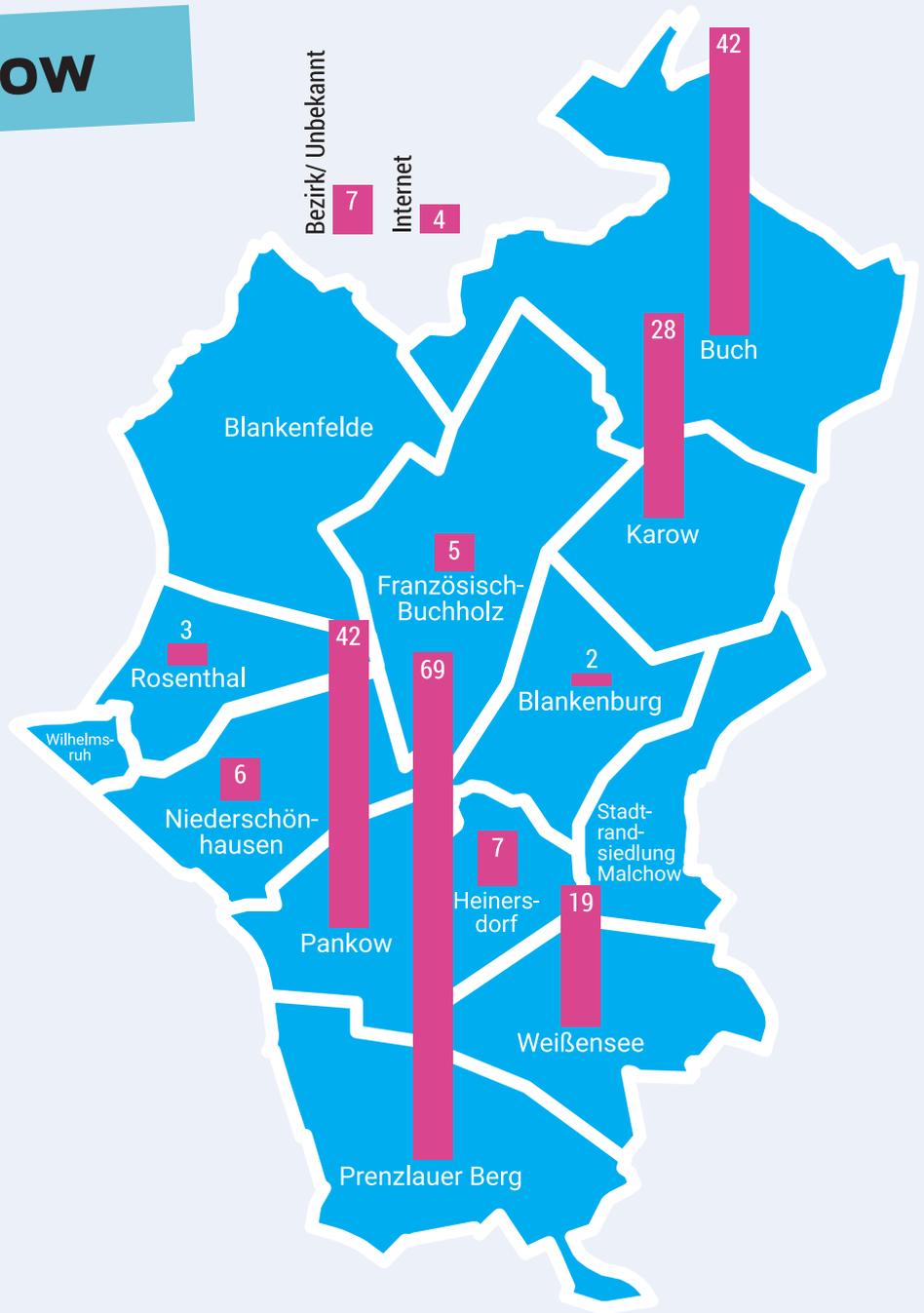
Denken Sie sich eine Situation aus, in der ein Mensch belästigt, bedroht oder angegriffen wird. Überlegen Sie, was Sie in einer solchen Situation fühlen würden. Überlegen Sie, was genau Sie in einer solchen Situation tun würden.

Zivilcourage geht uns alle an!



Pankow

Der Bezirk Pankow ist mit über 400.000 Einwohner*innen der aktuell Einwohner*innen stärkste Bezirk von Berlin. Der Prenzlauer Berg ist hierbei der Ortsteil mit der höchsten Bevölkerungsdichte im ganzen Bezirk. Insgesamt wohnen hier über 163.000 Menschen, während in Weißensee „nur“ 53.614 Menschen leben. Zum Norden hin erstreckt sich der Bezirk in weitere elf Ortsteile und auf eine relativ große Fläche, sodass im Schnitt 3.925 Einwohner*innen pro Quadratkilometer im Bezirk leben.



Rassistische Aufkleber auf Werbewänden

Nazi-Kiezmarkierungen im öffentlichen Straßenland



Kontakt:

Pankower Register

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt
 Fehrbelliner Straße 92
 10119 Berlin

Tel.: 030 - 443 71 79

Mail: moskito@pfefferwerk.de

Twitter: @RegisterPankow

Die Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt [moskito] registrierte im Jahr 2018 insgesamt **234 Vorfälle**, denen das Motiv Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*feindlichkeit, etc.) und/oder eine rechtspopulistische, extrem rechte bis neonazistische Einstellung zu Grunde lagen. Gegenüber den Vorjahren ist die Zahl der Meldungen weitgehend gleich geblieben (2016: 229; 2017: 230).

Alltagsrassismus: von der Pöbelei bis zum Faustschlag ins Gesicht

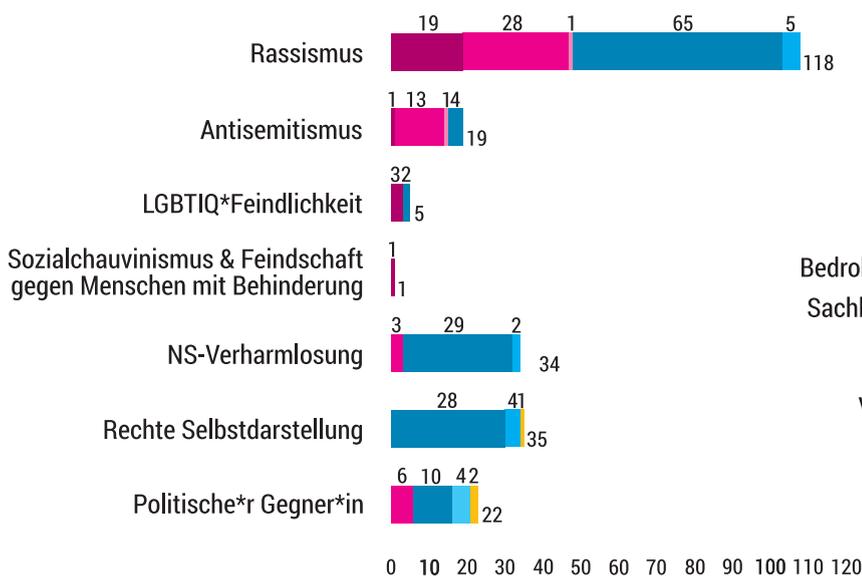
Rassismus ist mit 118 von insgesamt 234 Vorfällen das **Hauptmotiv der Meldungen** im Pankower Register. Gegenüber dem Jahr 2017, in dem 82 Meldungen mit dem Motiv Rassismus erfasst worden sind, stellt dies eine große Steigerung dar. Rassismus zeigt sich im Alltag im Bezirk Pankow: 28 von 50 Meldungen, die als **Beleidigungen/Pöbeleien/Bedrohungen** eingeordnet wurden, hatten Rassismus als Motiv. So wurde am 21. Februar eine Person von einer auf einem Fahrrad sit-

zenden Frau als „Affe“ bezeichnet. Ein anderes Mal wurden Geflüchtete von einer 35 Jahre alten Frau gegen 2:00 Uhr nachts als „Untermenschen“ betitelt (22. Februar). Am 3. Oktober wurden Menschen aus einem vorbei fahrenden Auto im Prenzlauer Berg mit den Worten „Halt die Klappe. Heute ist Deutschlandtag. Scheiß-Kanackenfresse“ beleidigt. In Karow kam es am 14. Dezember in einem Einzelhandelskaufhaus zu beleidigenden Äußerungen gegenüber Frauen, bei denen es sich um People of Colour handelt. Diese wurden wiederholt und lautstark mit beleidigenden und verspottenden Aussagen belegt, die auch herablassende Äußerungen über die Physiognomie/Körperformen, beinhalteten. Außerdem wurde am 19. Dezember eine Frau, die People of Colour ist, in Karow von einem Mann angesprochen, was sie denn hier in Deutschland verloren habe und dass „alle rausgeschmissen werden sollten“. Abschließend wurde der Frau „Deutschland den Deutschen“ zugerufen. Außerdem wurden 2018 auch Menschen aufgrund ihres (unterstellten) muslim-

mischen Glaubens angefeindet. Am 12. März beleidigte ein Mann einen anderen mit folgenden Worten: „Verpiss dich, du Scheiß-Moslem“. Ein anderes Mal wurde eine Frau, die mit einem Tschador bekleidet war, mittags aufgrund ihrer Bekleidung beleidigt (17. Juli). In Heinersdorf beleidigte am 25. August ein Mann eine Frau, die ein Kopftuch trug.

Darüber hinaus kam es Anfang des Jahres immer wieder zu Vorfällen, bei denen Busfahrer/innen an Haltestellen nicht gehalten haben, wenn Schwarze Menschen, People of Colour oder Menschen, denen ein Fluchthintergrund zugeschrieben wurde, aussteigen wollten oder an der Bushaltestelle warteten. Dies ereignete sich in Karow und Buch, woraufhin die Integrationsbeauftragte von Pankow einen Brief an die BVG schrieb. Die BVG äußerte, dass sie ein solches Verhalten nicht dulde und versicherte, dass sie intern handeln würde, sobald sie Ort, Zeit und Linie zugesendet bekommt.

Rassismus ist bei 19 von 24 **Angriffen**, die 2018 im Bezirk Pankow stattgefunden haben, das Hauptmotiv der Vorfälle. Anfang März kam es in Karow zu einem Angriff durch eine knapp 15 Personen umfassende Gruppe, die geflüchtete Jugendliche zunächst bespuckte sowie beschimpfte und diese dann angriff, verfolgte und schlug. Am 4. Mai wurde im Prenzlauer Berg eine Frau vor ihrer Wohnungstür von einem Mann erst beleidigt und anschließend gewürgt. In Heinersdorf bewarf



Beispielvorfälle

9. Februar 2018

Im Ortsteil Prenzlauer Berg wurden am Abend, gegen 21:00 Uhr, zwei junge Männer in der S-Bahn aus homophober Motivation angegriffen. Ein 17- und ein 18-Jähriger befanden sich nach eigenen Angaben in einer S-Bahn in Fahrtrichtung Storkower Straße. Als der Zug am Bahnhof Schönhauser Allee hielt und sich die Türen öffneten, soll das Paar plötzlich von drei Männern attackiert und aus dem Zug gestoßen worden sein. Die beiden kamen zu Fall und wurden

am Boden liegend mehrmals geschlagen sowie getreten. Beide Männer erlitten Verletzungen bei dem Übergriff. Ihnen gelang schließlich selbst die Flucht vor den Schlägern, indem sie in eine andere S-Bahn rannten. Die Unbekannten flüchteten ebenfalls. Die Angegriffenen begaben sich zunächst selbst in ärztliche Behandlung und zeigten die Tat gestern Abend auf einem Polizeiabschnitt an. *Quelle: Pressemitteilung der Polizei vom 11.02.2018*

12. Mai 2018

Im Ortsteil Pankow rief ein Mann „Heil Hitler“ an der Ecke Berliner Straße / Granitzstraße. An ihn zog gerade eine Demonstration vorbei. Eine nebenstehende Passantin kommentierte diesen Spruch sehr laut. *Quelle: VVN-BdA Pankow*

am 9. Mai ein Mann eine kleine Gruppe mit einer Glasflasche, nachdem er diese zuvor rassistisch bepöbelt hatte. In Pankow-Zentrum wurde eine Frau von einer anderen Frau in der Buslinie 255 zuerst rassistisch beleidigt und anschließend ins Gesicht geschlagen. Der Mann der angreifenden Frau kam ebenfalls hinzu, redete lautstark über das Weiterleben von Adolf Hitler und drohte weitere Schläge an. Der Busfahrer eilte schnell hinzu und drängte das angreifende Pärchen aus dem Bus. In Weißensee wurden drei Männer am 13. August von einem anderen Mann zuerst rassistisch beleidigt und anschließend geschlagen.

Tatorte im Bezirk Pankow

Wie auch im Jahr zuvor, kamen die meisten Meldungen aus dem Ortsteil Prenzlauer Berg. Insgesamt 69 von 234 Vorfällen wurden hier registriert. Mit jeweils 42 Einträgen waren Berlin-Buch und Pankow an zweiter Stelle. In Pankow stiegen die Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr stark an (2017: 33; 2018: 42) und waren aufähnli-

chem Niveau wie 2015 und 2016. In Berlin-Buch nahmen die Vorfälle leicht ab (2016: 31; 2017: 47; 2018: 42). In Karow wurden 2018 insgesamt 28 Meldungen registriert, was seit 2015 der niedrigste Stand ist (2018: 28, 2017: 30, 2016: 43, 2015: 35). Im Ortsteil Weißensee sanken die Meldungen sehr stark (2018: 19, 2017: 34, 2016: 20, 2015: 17).

Entwicklung der Vorfällearten

Fast 60% aller Vorfälle waren Propagandadelikte. Im Vergleich zu 2017 gab es einen Rückgang (2016: 131; 2017: 154; 2018: 140). Seit 2012 hat sich die Anzahl der Meldungen in dieser Kategorie fast verdreifacht. Die Anzahl von Angriffen hat sich verdoppelt, von zwölf im Jahr 2017 auf insgesamt 24. Beleidigungen/ Pöbeleien/ Bedrohungen sind stark gestiegen (2016: 28; 2017: 30; 2018: 50). Selbst in der Hochzeit der rassistischen Straßenmobilisierung im Jahr 2015 wurden mit 38 Einträgen weniger Beleidigungen/Pöbeleien/Bedrohungen registriert. Die Zahl von Veranstaltungen bewegte sich 2018 mit elf Meldungen

auf dem Niveau von 2013. Im Vergleich zu 30 Vorfällen in den beiden Vorjahren war das Jahr 2015 mit 44 dokumentierten Veranstaltungen besonders auffällig.

Überblick der Tatmotivationen

Das Hauptmotiv im Jahr 2018 war Rassismus. Dieses erfuhr seit 2013 eine kontinuierliche Steigerung. (2013: 45; 2015: 106; 2018: 118). Den zweiten inhaltlichen Schwerpunkt stellt NS-Verherrlichung mit 34 Vorfällen dar. Diese bewegen sich im Vergleich zu 2017 mit 31 Einträgen auf einem ähnlichen Niveau. Rechte Selbstdarstellung nahm hingegen stark ab (2016: 91; 2017: 66; 2018: 33). Vorfälle gegen Politische Gegner*innen pendelten sich seit 2013 auf einem ähnlichen Niveau mit knapp über 20 Vorfällen ein (2014: 23; 2015: 29; 2016: 23; 2017: 17; 2018: 22). Antisemitismus ist von 12 Vorfällen 2017 auf 19 im letzten Jahr gestiegen. Die Zunahme der Vorfälle hängt mit der Etablierung und Bekanntheit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus zusammen.



17. August 2018

Am 17. August wurde eine jüdische Frau im Prenzlauer Berg von einem Mann mit „Juden raus“ beschimpft und angepöbelt.

Die Frau war an ihrem Kopftuch als orthodoxe Jüdin zu erkennen.

Quelle: RIAS

18. September 2018

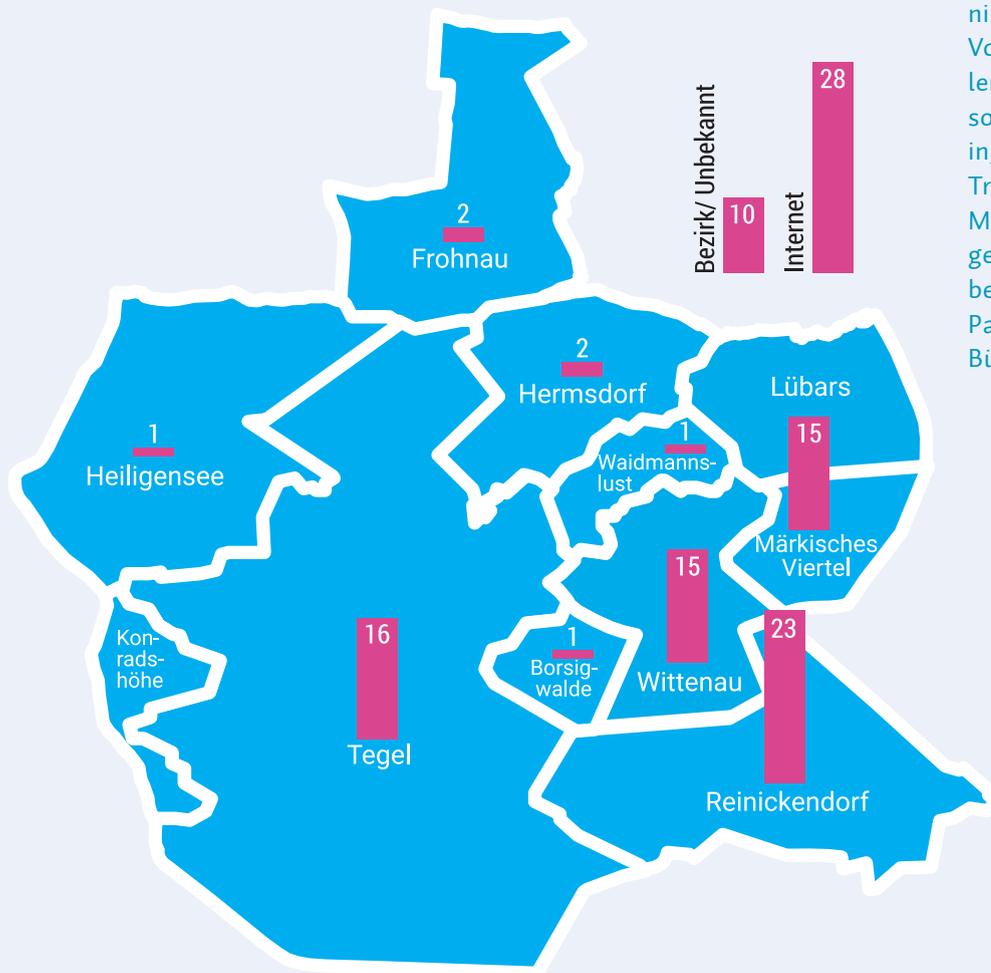
Im Ortsteil Pankow kam es in einem Café bei einem Jugendzentrum zu einer Körperverletzung und rassistischen Beschimpfungen.

Als die Betreiber des Café um 22 Uhr das Lokal abschließen wollten, ging ein Gast nicht. Dieser drängte die Betreiber hinter den Tresen und schlug die Jugendlichen dann mehrmals ins Gesicht. Beim Verlassen bewarf er diese mit Stühlen. Im Restaurant gegenüber bedrohte er Gäste rassistisch und tätigte Ausrufe wie „Ich

bin Deutscher in Deutschland“. Die Polizei verhaftete den Täter und ermittelt.
Quelle: [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

Reinickendorf

Im Bezirk Reinickendorf stiegen die registrierten Vorfälle leicht von 107 im Vorjahr auf 114 im Jahr 2018 an. Wie im Vorjahr stammten die meisten Vorfälle aus den Ortsteilen Reinickendorf, Tegel, Märkisches Viertel und Wittenau. Rassismus war wieder, wie auch in anderen Bezirken, das häufigste Motiv. Antimuslimischer und Anti-Schwarzer Rassismus, Antiziganismus sowie sonstige rassistische Vorfälle machten fast drei Viertel aller Vorfälle aus. Eine bezirkliche Besonderheit bestand im Jahr 2018 darin, dass es entgegen des berlinweiten Trends zu einer flüchtlingsfeindlichen Mobilisierung kam. An der Hetze gegen Unterkünfte für Geflüchtete beteiligte sich neben verschiedenen Parteien auch eine neu gegründete Bürgerinitiative.



Proteste gegen Rassismus



Gedenkundgebung in Reinickendorf



Kontakt:
Register Reinickendorf

Tel.: 01577 - 57 44 973
Mail: reinickendorf@berliner-register.de



Die Zahl der Angriffe lag im Jahr 2018 mit 12 weiter auf hohem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 schwankte die Zahl der Angriffe zwischen 3 und 5. Seit 2015 liegt sie etwa doppelt so hoch (2015: 9; 2016: 12; 2017: 10). Die meisten Angriffe fanden in den Ortsteilen Reinickendorf und Wittenuau statt. Sie waren wie im Vorjahr hauptsächlich rassistisch motiviert. Jeweils ein Angriff war lesbenfeindlich, antisemitisch bzw. durch antimuslimischen Rassismus motiviert. In mindestens einem rassistisch motivierten Fall hatte der Betroffene eine Fluchtgeschichte. Die Angriffe gingen vorwiegend von männlichen Einzelpersonen aus und fanden meist am helllichten Tag und im öffentlichen Raum statt.

Die Zahl der registrierten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien stieg weiter auf 22 an (2016: 9; 2017: 19). Mehrfach

beleidigten Fahrgäste in Bus und U-Bahn andere Anwesende direkt oder, indem sie laut abwertend über sie sprachen. In mindestens 4 Fällen waren Frauen betroffen, die als Musliminnen erkennbar waren. Bedrohungen gingen auch von Nachbar*innen aus. Schwarze Kinder und Jugendliche sind regelmäßig in Bildungseinrichtungen Beschimpfungen ausgesetzt.

Der Bereich Propaganda hatte mit 50 registrierten Vorfällen (2016: 40; 2017: 42) wieder den größten Anteil an der Gesamtzahl. Etwa die Hälfte davon (27 Vorfälle) fand online statt. Dazu zählen die vorrangig rassistischen Facebook-Beiträge der NPD Reinickendorf. Die AfD Reinickendorf teilte auf Facebook außerdem Beiträge von Björn Höcke, dem Anführer des extrem rechten „Flügels“ in der AfD, sowie eine Kampagne der extrem rechten Identitären Bewegung.

Die NPD verteilte auch Flugblätter. Die übrigen Vorfälle im Bereich Propaganda scheinen von Einzelpersonen verursacht worden zu sein, die Aufkleber und Flyer verschiedener, teilweise sektiererischer Organisationen verbreiteten. An verschiedenen Bushaltestellen wurden Hakenkreuze und antisemitische Schmierereien bemerkt.

Die Zahl der dokumentierten Veranstaltungen sank auf 16 (2016: 5; 2017: 23). Auffällig ist jedoch, dass die NPD nach einem Jahr ohne eigene Veranstaltungen wieder deutlich aktiver geworden ist. Sie organisierte 6 interne Veranstaltungen und einen Infostand. Bei den 8 Vorfällen, die dem Bereich „Sonstiges“ zugeordnet wurden (2016: 0; 2017: 9), handelt es sich fast ausschließlich um antiziganistisch motivierte Diskriminierungen durch Behörden und Dienstleistungsunternehmen.

8. Juni 2018

Auf einem Spielplatz am Zabel-Krüger-Damm in Waidmannslust kam es gegen 17.30 Uhr nach einem Streit unter Kindern zu einem rassistischen Angriff. Eine 23-jährige Frau würgte einen 11-jährigen Jungen, hob ihn hoch und drückte ihm so die Luft ab.

Nach Polizeiangaben soll sie ihn währenddessen bedroht und beleidigt haben. Als eine Zeugin eingreifen wollte, wurde sie von einer 23-jährigen Begleiterin der Frau bedroht. Der Staatsschutz ermittelt und prüft einen rassistischen Hintergrund des Angriffs.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1268 vom 9. Juni 2018

14. März 2018

AfD und CDU schürten mit verschiedenen Anträgen in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf Stimmung gegen den Zuzug von Geflüchteten in den Bezirk. Die AfD-Fraktion stellte einen Antrag mit dem Titel „Keine weiteren Flüchtlinge in Reinickendorf aufnehmen“ (Drucks. 0908/XX). Darin forderte sie das Bezirksamt auf, sich beim Senat und beim Landesamt für Flüchtlinge dafür einzusetzen, „dass keine weiteren

Flüchtlinge nach Reinickendorf kommen, solange nicht alle ausreisepflichtigen Flüchtlinge den Bezirk verlassen haben.“ Indem die AfD die Unterbringung von geflüchteten Menschen an äußere Faktoren knüpfte, stellte sie ihre grundsätzlich geltenden Rechtsansprüche auf Schutz und Unterbringung infrage. Die CDU-Fraktion brachte mittels Einstufung als dringlich noch in die gleiche Sitzung eine thematisch sehr ähnliche Empfehlung mit dem Titel „Ausreisepflichtige Asylsuchende konsequent abschieben“ (Drucks. 0954/XX), ein. Die CDU übernahm in dem Antrag die

Flüchtlingsfeindliche Mobilisierung gegen neue Unterkünfte

Seit 2014 hatte es berlinweit, insbesondere in einigen Bezirken im Ostteil der Stadt, etwa im Pankower Ortsteil Buch, in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, regelmäßige flüchtlingsfeindliche Kundgebungen und Angriffe im Umfeld von Unterkünften gegeben. Während in diesen Bezirken die rassistischen Kundgebungen eingestellt wurden, kam es in Reinickendorf zu einer gegenläufigen Entwicklung. Die Stimmung gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Bezirk verstärkte sich im Bezirk und es kam zu neuen Formen des Protests gegen Unterkünfte.

16 Vorfälle richteten sich gegen Unterkünfte für Geflüchtete im Bezirk, die gebaut oder geplant wurden. Eine Modulare Unterkunft im Märkischen Viertel wurde im Laufe des Jahres fertig gestellt. Gleichzeitig waren weitere Standorte für Modulare Unterkünfte im Bezirk in der Diskussion.

In einer Reihe von Anträgen in der Be-

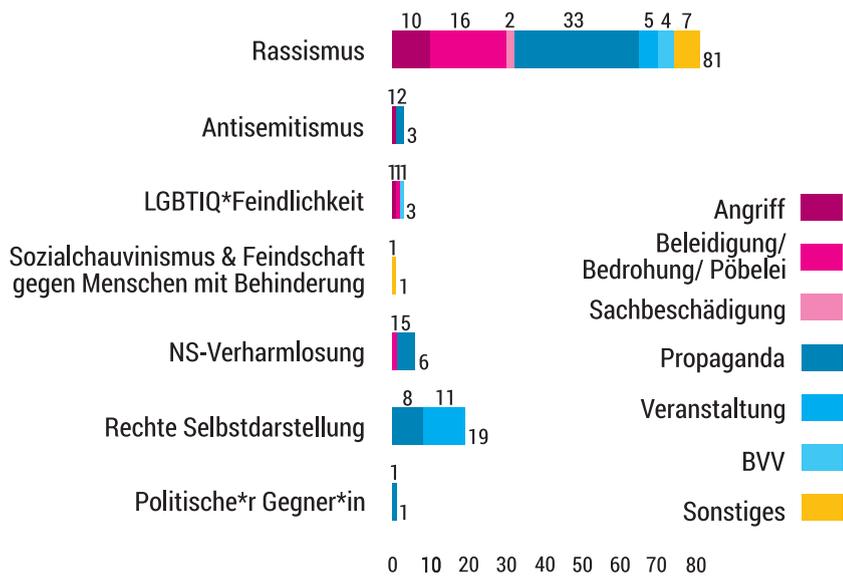
zirksverordnetenversammlung positionierte sich die AfD-Fraktion gegen den Zugang von Geflüchteten in den Bezirk. Eine neue Qualität erhielt die lokale Debatte um die Unterbringung dadurch, dass auch die CDU-Fraktion einen eigenen Antrag gegen neue Unterkünfte einbrachte und so flüchtlingsfeindliche Haltungen weiter salonfähig machte.

Die AfD Reinickendorf schürte systematisch Ängste vor Geflüchteten, indem sie eine steigende Kriminalitätsrate im Märkischen Viertel behauptete und mit der, noch nicht bewohnten, Unterkunft in Verbindung brachte. Am 20. September veranstaltete die AfD neben der fertig gestellten Unterkunft im Märkischen Viertel einen „Bürgerdialog“, um über die vermeintlich steigende Kriminalität zu reden. Die NPD verteilte an zwei der diskutierten Standorte Propagandamaterial und hetzte in menschenverachtender Weise auf Facebook gegen die geplanten Unterkünfte und ihre Bewohner*innen.

Sie mobilisierte auch zu einer Informationsveranstaltung des Senats am 26. November, auf der Anwesende den extrem rechten Verschwörungsmythos einer „Umvolkung“ verbreiteten.

Im September gründete sich eine „Bürgerinitiative gegen das MUF am Paracelsusbad“, die von Beginn an flüchtlingsfeindlich auftrat und von AfD-Politikern unterstützt wurde. Die Bürgerinitiative verteilte am 14. September im Umfeld des Paracelsusbads Flyer und veranstaltete am 12. Oktober eine Kundgebung vor dem Bad, an der über 100 Personen teilnahmen. Die Initiator*innen der Initiative hatten sich schon in den Monaten zuvor in der Facebook-Gruppe „Mein Reinickendorf“ rassistisch über Geflüchtete geäußert.

Die Grenzen des Sagbaren haben sich im Jahr 2018 auch in Reinickendorf weiter verschoben. Besonders die pauschale Ablehnung von Geflüchteten erscheint immer mehr Menschen als legitime Position. Es bleibt abzuwarten, ob in der Mobilisierung gegen Unterkünfte in Zukunft ein Schulterchluss zwischen Anhänger*innen von NPD und AfD zu beobachten sein wird. Die Erfahrungen aus anderen Bezirken wie Treptow-Köpenick zeigen, dass durch die andauernde Abwertung Geflüchteter auch die Hemmschwellen sinken, Gewalt gegen sie auszuüben. Es gilt daher, der Normalisierung rassistischer Sprache, auch in Form von Flugblättern und Kundgebungen, im Vorfeld konsequent entgegenzutreten. Rassistische Äußerungen und Anträge in der Bezirkspolitik müssen als solche benannt werden. Bei Beleidigungen und Pöbeleien kann ein beherztes Eingreifen körperliche Angriffe verhindern.



Argumentation der AfD aus der Januarsitzung, deutlich mehr Abschiebungen wären möglich und würden dazu führen, dass im Bezirk weniger Unterkünfte für Geflüchtete gebaut werden müssten. Quelle: Drucks. 0908/XX, Drucks. 0954/XX

28. Juni 2018

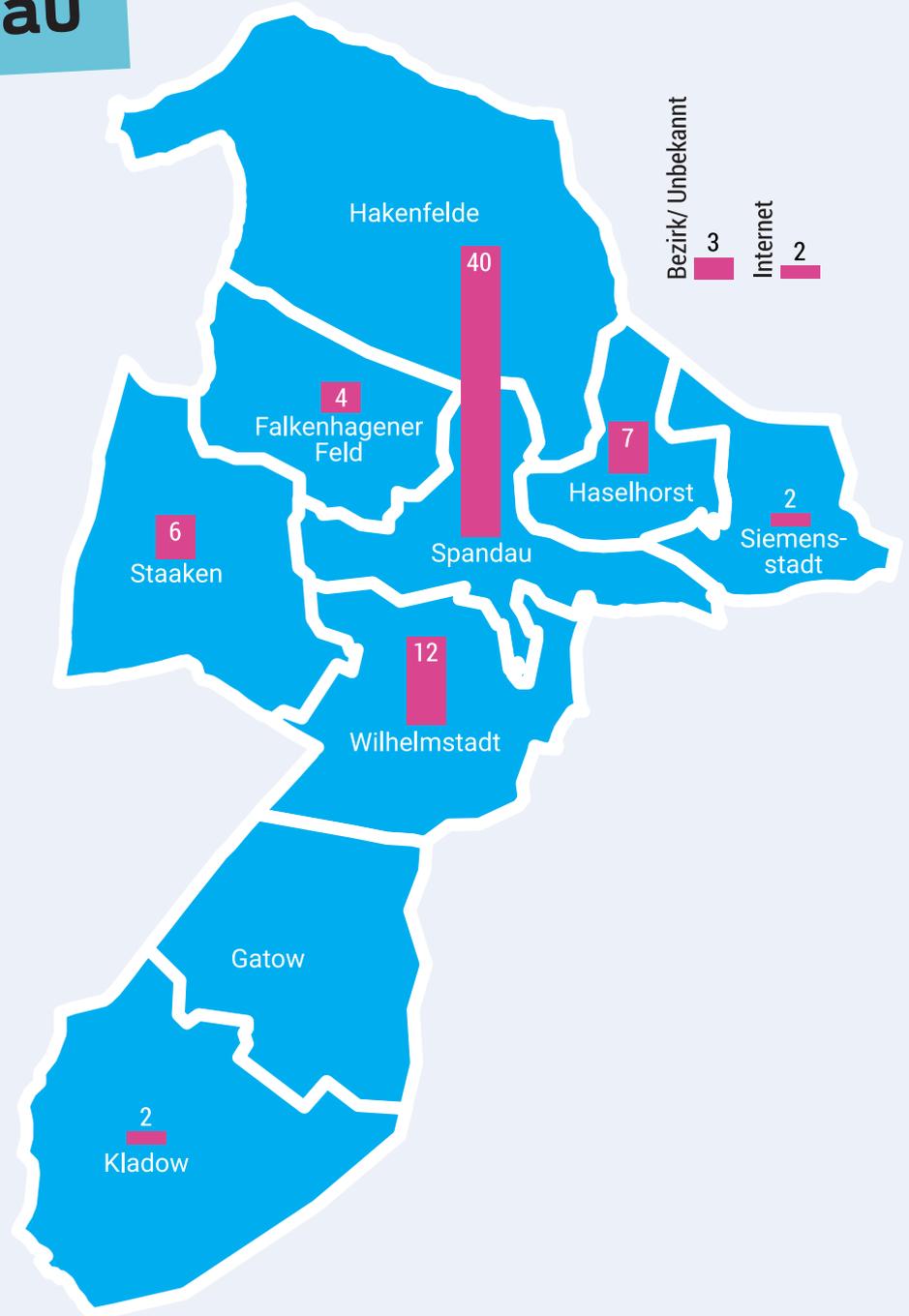
Ein Mitglied der Facebook-Gruppe „Mein Reinickendorf“ hetzte gegen die Unterkunft für Geflüchtete, die neben dem Paracelsusbad entstehen soll. Die zukünftigen Bewohner*innen wurden pauschal als Belastung und Bedrohung dargestellt. Sie wurden ironisch als

„Goldstücke“ bezeichnet, die „gern“ durch die benachbarten Kleingärten „schlendern“, also unerlaubt einbrechen, wollten. Zusätzlich zu den „mehreren hundert Gästen von Frau Raute Presswurst“ – gemeint ist Angela Merkel, würden sie auch die U-Bahnfahrer*innen belästigen. Verschiedene Mitglieder und ein Administrator der Facebook-Gruppe „Mein Reinickendorf“ äußerten sich in den Kommentaren im Anschluss pauschal abwertend über Geflüchtete und andere Migrant*innen, die wahlweise als „Goldstücke“, „Bereicherer“, „Weiberhor-

den“ oder „Merkels Gäste“ bezeichnet wurden. Die Aufnahme von Schutzsuchenden wurde als Verschwörung einer politischen Elite geschildert. Die - meist als junge Männer imaginierten - zukünftigen Bewohner*innen wurden als Bedrohung der vermeintlich einheitlichen „deutschen“ Kultur, als sexuelle und pädophile Triebtäter, als finanzielle und soziale Belastung, als unkultiviert und respektlos sowie als Betrüger dargestellt, die sich ihren Schutzstatus erschlichen hätten. Quelle: Register Reinickendorf

Spandau

Die Registerstelle in Spandau wurde im März 2014 beim Träger GIZ gGmbH eingerichtet. GIZ gGmbH ist eine Migrant*innen-Organisation, die sich seit 2009 für eine diverse, diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzt. Neben Sprach- und Integrationskursen für Geflüchtete und Migrant*innen bietet der Träger auch verschiedene Beratungsangebote an. Die Integrationslots*innen des Bezirks und das WiA-Büro (Willkommen in Arbeit) Spandau sind ebenfalls dort verortet. Durch Vermittlung dieser Projekte kann die Registerstelle Personen direkt erreichen, die von Diskriminierung betroffenen sind. Häufig berichten sie von rassistischen Beleidigungen im öffentlichen Raum, aber auch von Ungleichbehandlung oder Ausgrenzung in Behörden (Jobcenter, Sozialamt) oder öffentlichen Einrichtungen.



Antiziganistischer Schriftzug in Wilhelmstadt

Flüchtlingsfeindlicher Aufkleber in Siemensstadt



Kontakt: Registerstelle Spandau

GIZ gGmbH
Reformationsplatz 2
13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781723
Mail: register.spandau@giz.berlin

Spandau

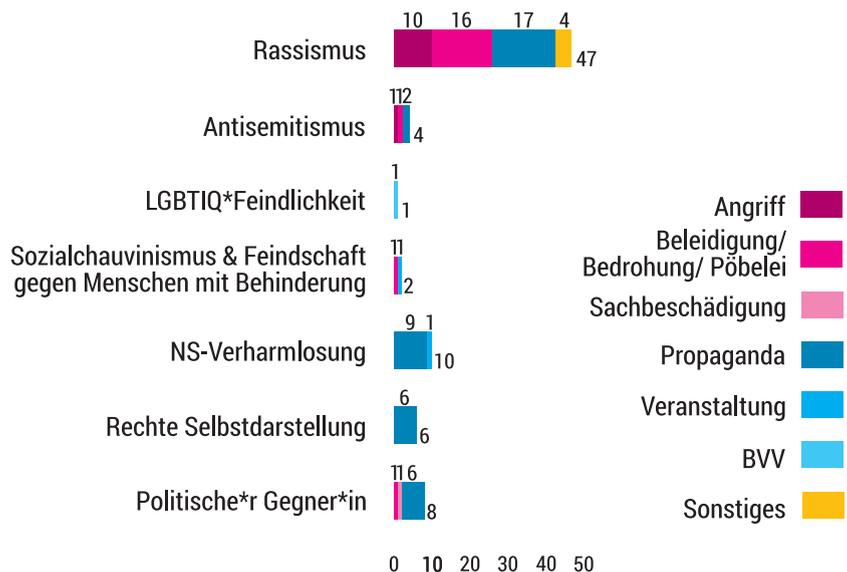
Während 2014 nur 18 Vorfälle gemeldet wurden, umfasste die Chronik 2018 78 Vorfälle. Spandau ist damit der Bezirk in Berlin mit den niedrigsten Vorfallszahlen. Allerdings ist in Spandau von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, also von Vorfällen, die „ungemeldet“ bleiben, weil zum Beispiel der Aufwand einer Meldung zu groß erscheint, die Registerstelle (noch) nicht bekannt ist, eine Sprachbarriere besteht oder durch negative Erfahrungen der Kontakt zu einer „Meldestelle“ vermieden wird.

Die Schwierigkeit, ein flächendeckendes Netzwerk von Melder*innen aufzubauen, ist auch durch die Struktur Spandaus bedingt: Der Bezirk hat sein eigentliches Zentrum im Ortsteil Spandau mit Rathaus, Bürgeramt und anderen Behörden, Marktplatz sowie Fern- und Regionalbahnhof. Spandau ist Endhaltestelle der U7 und sämtliche Buslinien Spandaus kreuzen sich hier. Viele unterschiedliche Menschen begegnen einander in diesem Ortsteil. Auch die meisten öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen im Bezirk finden hier statt. Seit 2014 passierten die meisten gemeldeten Vorfälle im Ortsteil Spandau.

In den übrigen acht Ortsteilen mit ihren großflächigen Wohngebieten, kleinen Zentren und wenigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ist es weiterhin schwer, die Registerstelle flächendeckend bekannt zu machen und alle gleichermaßen ins Netzwerk einzubinden, so dass die Anzahl der aus diesen Ortsteilen gemeldeten Vorfälle bisher relativ gering ist.

Art der gemeldeten Vorfälle

2018 gehörten die meisten gemeldeten Vorfälle (40 bzw. 51%) zur Kategorie Pro-



paganda (Sticker oder Sprühereien im öffentlichen Raum), Bedrohungen/ Beleidigung/Pöbeleien machten 24% aller Vorfälle aus (19). Hier zeigt sich eine Veränderung zu den Vorjahren, da von 2014 bis 2017 die häufigste Vorfallsart Bedrohungen/ Beleidigung/ Pöbeleien darstellten (2014: 13 bzw. 72%; 2017:32 bzw. 46%), gefolgt von Propaganda (2014:2 bzw. 11%; 2017: 22 bzw. 32%). Diese Veränderung könnte mit der zunehmenden öffentlichen Präsenz rechter Gruppen und Parteien erklärt werden. In Spandau gibt es keine vernetzte rechte Szene, aber Einzelpersonen der extremen Rechten, die rassistische Sticker kleben, Hakenkreuze sprühen oder andere, den Nationalsozialismus verherrlichende Symbole verwenden.

Als dritthäufigste Vorfallsart 2018 wurden 11 Angriffe (14% aller Vorfälle) erfasst, wobei in zwei Fällen Personen in Begleitung von Kindern angegriffen wurden und in weiteren zwei Fällen Minderjährige Opfer

des Angriffs waren. Die meisten Angriffe in Spandau wurden 2016 verübt (2016: 13 bzw. 26%; 2017:9 bzw.13%). Angriffe finden am häufigsten auf der Straße, an Bushaltestellen oder im öffentlichen Nahverkehr (Bahnhöfe oder Verkehrsmittel) statt. Angriffsorte waren 2018 aber auch eine Unterkunft für Geflüchtete, ein Kinderspielplatz bzw. ein Wohnhaus.

Motive der gemeldeten Vorfälle

Seit 2014 ist das Motiv der meisten Vorfälle Rassismus. 2018 waren es 47 Vorfälle (60%), wobei 40% aller rassistischen Vorfälle explizit antimuslimisch motiviert waren. Vorfälle mit antiziganistischem Motiv bzw. Anti-Schwarzen-Rassismus waren im einstelligen Bereich ebenfalls vertreten. Gegenüber 2017 sind hier keine signifikanten Veränderungen zu beobachten. Die Anzahl antisemitisch motivierter Vorfälle liegt im Vergleich zum Vorjahr unverändert im einstelligen Bereich. 14 Vor-

27. März 2018

Eine 14-Jährige wurde gegen 10:00 Uhr in einem Hausflur in der Seeburgerstraße von einer Frau rassistisch beleidigt, mit der Faust auf die Schulter geschlagen und bedroht.

Quelle: ReachOut/ Polizei Berlin

17. April 2018

Eine muslimische Frau wurde unterwegs von einer älteren Dame mit „Grüß Gott“ begrüßt und erwiderte diesen Gruß. Daraufhin empörte sich die Dame darüber, dass sie hier in Deutschland mit „ihrem

Kopftuch herumlaufe“!

Quelle: GIZ gemeinnützige GmbH

1. September 2018

An einem PKW in Haselhorst wurde auf der Fahrerseite der rechte Aufkleber: „Führerhaus - Fahrer spricht Deutsch“ in Frakturschrift entdeckt.

Quelle: GIZ gemeinnützige GmbH

11. Oktober 2018

An eine Hauswand an der Romy-Schneider-Straße in Haselhorst wurde mit Kreide ein Hakenkreuz gemalt.

Quelle: Bürger*innen-Meldung

fälle waren rechte Selbstdarstellungen oder Verherrlichung/Verharmlosung des Nationalsozialismus, was sich auf Vorjahresniveau bewegt und vor allem dem Bereich Propaganda zuzuordnen ist. Die Anzahl von Vorfällen, die sich gegen den politischen Gegner richteten (vor allem Sticker und Sprühereien), ist im Vergleich zu 2017 leicht gestiegen.

Vorfälle in den Ortsteilen

Seit 2014 werden die meisten Vorfälle für den Ortsteil Spandau gemeldet, die Vorfallszahlen in den übrigen acht Ortsteilen steigen allerdings im Vergleich zu den Vorjahren leicht an. Die meisten Vorfälle, die nicht im Ortsteil Spandau passierten, wurden aus Wilhelmstadt gemeldet, gefolgt von Haselhorst. Aus beiden Ortsteilen wurden deutlich mehr Vorfälle als 2017 gemeldet (50%), wobei die meisten Vorfälle in Wilhelmstadt rassistisch motiviert waren, während es sich in Haselhorst vor allem um rechte Selbstdarstellung und Verherrlichung/Verharmlosung des Nationalsozialismus handelte.

Positive Entwicklung

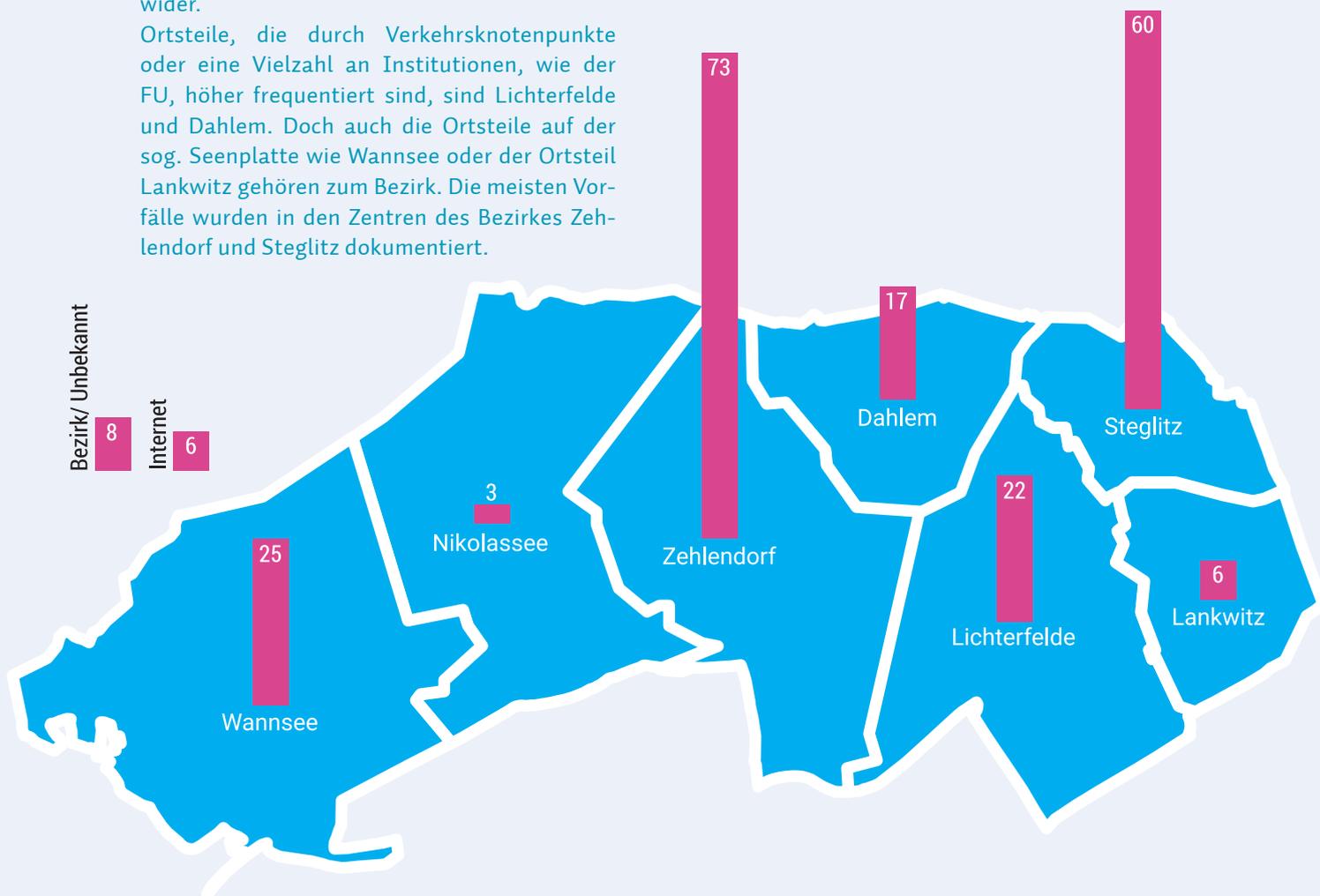
Die Einrichtung der Partnerschaft für Demokratie 2017 in Spandau mit den Schwerpunkten „Jugendbeteiligung“ und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ war ein wichtiger Impuls für die Registerstelle und hat zu einer Erweiterung des bezirklichen Netzwerkes geführt, wodurch die Zielgruppe der Jugendlichen besser erreicht werden konnte. Auch die Austauschrunde Wertebildung für Akteur*innen der Jugendarbeit, die 2018 eingerichtet wurde, zeigt, dass sich seit 2017 neue Formen demokratischer Teilhabe im Bezirk entwickeln, die zu einer größeren Sensibilität gegenüber ausgrenzenden Phänomenen führen. Die 2018 von jungen Erwachsenen gegründete AG Vielfalt ist ein weiteres Beispiel für eine Zunahme zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts. Auch das 2017 und 2018 gemeinsam mit Akteur*innen anderer Bezirke in Spandau verhinderte Hess-Gedenken veranschaulicht ein funktionierendes Netzwerk demokratischer Akteur*innen mit guten Kontakten zur Registerstelle Spandau.



Steglitz-Zehlendorf

In Steglitz-Zehlendorf leben etwas mehr als 300.000 Menschen. Dabei könnten die einzelnen Ortsteile unterschiedlicher nicht sein, was bspw. ihre Anbindung oder Sozialstruktur angeht. Dies spiegelt sich auch in den aufgenommenen Vorfällen und Dunkelfeldern im Bezirk wider.

Ortsteile, die durch Verkehrsknotenpunkte oder eine Vielzahl an Institutionen, wie der FU, höher frequentiert sind, sind Lichterfelde und Dahlem. Doch auch die Ortsteile auf der sog. Seenplatte wie Wannsee oder der Ortsteil Lankwitz gehören zum Bezirk. Die meisten Vorfälle wurden in den Zentren des Bezirkes Zehlendorf und Steglitz dokumentiert.



Illegal angebrachte „Identitären“-Plakate

Rassistische Beleidigung auf Aufklebern



Kontakt:
Register Steglitz-Zehlendorf

Mail: sz@berliner-register.de
 Twitter: [@RegisterBSZ](https://twitter.com/RegisterBSZ)

Im Jahr 2018 dokumentierte die Registerstelle Steglitz-Zehlendorf 220 Vorfälle im Bezirk. Das sind 15 Vorfälle weniger als im Jahr 2017, bei dem es sich nicht um ein Wahlkampfjahr handelte.

Für das Jahr 2018 ist die Verdreifachung von Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien von 8 auf 25 markant. Daneben ist die Zahl der Angriffe leicht gestiegen auf insgesamt 9 (2017: 5). Rückgänge waren bei Propagandavorfällen auf 174 (2017:200) und von erfassten Veranstaltungen von 19 auf 4 zu verzeichnen. Die meisten Vorfälle wurden in den Ortsteilen Zehlendorf mit 73 Vorfällen (2017: 67) und Steglitz mit 60 (2017: 90) erfasst. Inhaltlicher Schwerpunkt waren Vorfälle, die einen rassistischen Hintergrund hatten, sowohl solche, die sich gegen Menschen mit Migrationsgeschichte oder Geflüchtete allgemein richteten, als auch Vorfälle gegen bestimmte Gruppen wie Muslim*innen oder als solche gelesene Personen. Das zweithäufigste Motiv war die rechte Selbstdarstellung, bei der sich die Zahl mit 77 Vorfällen fast halbiert hat (2017: 136). Insgesamt gibt es im Bezirk eine starke Propagandaaktivität, die sich auch zahlenmäßig auswirkt (2018: 174 von 220).

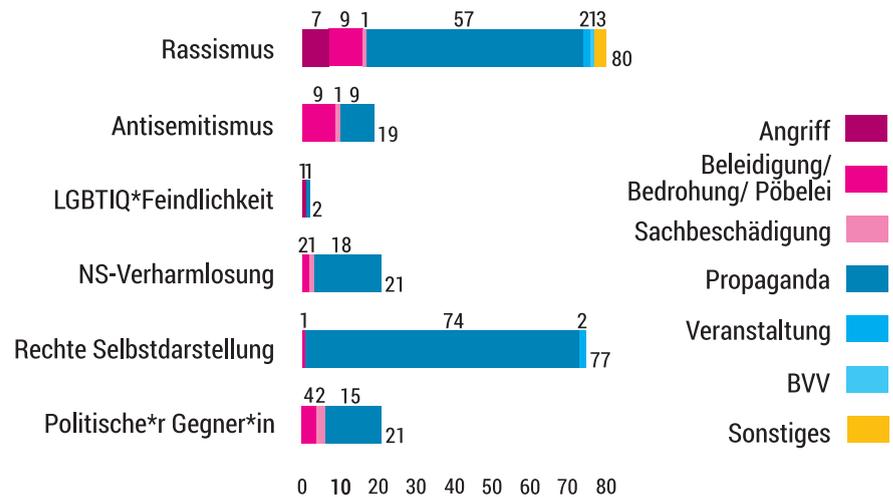
Um den Bezirk Steglitz-Zehlendorf im berlinweiten Vergleich besser einschätzen zu können, ist es wichtig sich vor Augen zu führen, dass es sich nicht um einen Innenstadtbezirk handelt, der Bezirk weder ein touristischer Schwerpunkt ist noch eine ausgewachsene „Partyszene“ hat, und es wenig hochfrequentierte Umsteigebahnhöfe oder größere Einkaufsgebiete gibt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Registerstelle Steglitz-Zehlendorf als Letzte in Berlin entstanden ist und es nur wenige Netzwerke gibt, die sich bspw. gegen Rechtsextremismus oder für eine solidarische Gesellschaft einsetzen.

Spezifika im Bezirk

Eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Bezirken ist eine starke und in diverse Richtungen vernetzte AfD, die sich in unterschiedliche Flügel bzw. Strömungen aufgliedert. Die Reichweite des Einflusses der AfD Steglitz-Zehlendorf reicht durch ihre Stärke als Bezirksverband nicht nur bis auf die Landesebene, sondern, durch das ihr nahestehende Christian-Wolff-Bildungswerk, auch über Berlin hinaus. Einzelne Mitglieder verfügen darüber hinaus über Kontakte zu neurechten Akteur*innen bis hin zu extrem rechten, wie der „Identitären Bewegung“, sowie verschwörungstheoretischen Kreisen. Ebenso ist der Kontakt zu neurechten Publizist*innen eng, für die sie zum Teil selbst Artikel schreiben bzw. in der Vergangenheit geschrieben haben. Insgesamt gibt es diverse personelle Überschneidungen. Ein weiterer Akteur ist die „Identitäre Bewegung“ („IB“). Diese trat im Jahr 2018 zum ersten Mal in Steglitz-Zehlendorf mit einem Informationsstand in Erscheinung (Vorfall 7.1.2018). Zeitweise nahm auch ein Mitglied der AfD und der Burschenschaft Gothia teil, was ebenfalls für eine starke Verflechtung

dieser drei Organisationen spricht. Gerade in Steglitz-Zehlendorf ist die Vernetzung zwischen AfD, Burschenschaften und „Identitärer Bewegung“ stark ausgeprägt. So stellte die Gothia in der Vergangenheit mehrfach Räumlichkeiten zur Verfügung und Mitglieder dieser Organisationen wohnen gemeinsam im Haus der Gothia.

Eine wesentliche Rolle für das Klima im Bezirk spielten Einzelpersonen und ihre Aktivitäten, wie der Abgeordnete Andreas Wild (fraktionslos für die AfD im Abgeordnetenhaus), der 2018 immer wieder Aufmerksamkeit auf sich zog, sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene. So setzte er seine öffentlichen Kundgebungen von 2017 fort, bei denen er vor allem rassistische Inhalte verbreitete, zur gemeinsamen Anreise zu Pegida-Demonstrationen nach Dresden aufrief oder durch das Tragen eines „Nazi-Symbols“, der blauen Kornblume, im Abgeordnetenhaus und einer Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Shoa provozierte. Dazu scheute er auch den Kontakt zu rechten Kreisen nicht, wie zu dem sog. Volkslehrer Vorfall 26.11.18). Die



Beispielvorfälle

29. Juli 2018

Ein 37-jähriger Mann wurde gegen 22.35 Uhr in der Altmarkstraße in Steglitz von einem 48-jährigen Mann rassistisch beleidigt und gewürgt. Quelle: Polizei Berlin

16. August 2018

In Zehlendorf-Mitte wurden zwei Aufkleber mit dem Slogan „Keine Mensur ist illegal“ entdeckt und entfernt. Diese Aufkleber werden von der „Identitären Bewegung Bayern“ vertrieben. Quelle: hassvernichtet

6. August 2018

Am ehemaligen linken Studierendencafé neben dem Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität wurden mehrere Hakenkreuze entdeckt. Quelle: Registerstelle Steglitz-Zehlendorf

hohe Aktivität der AfD Steglitz-Zehlendorf sowie rechtsgesinnter Personen im Bezirk wurden u.a. durch Wilds regelmäßig stattfindende Veranstaltungen sowie der AfD-Bezirksstammtische sichtbar. Ein zentraler Ort, gleichzeitig das Büro von Andreas Wild ist, ist die „Staatsreparatur“, die als Veranstaltungsort genutzt wird. Insgesamt gibt es eine auffallend große Anzahl an zur Verfügung stehenden Räumen im Bezirk. Die rechte Szene kann auf eigene Räumlichkeiten sowie bereitwillige Vermieter*innen zurückgreifen und hat es daher leicht.

Qualitative Auswertung

Es sind qualitative Veränderungen der Vorfälle im Bereich Propaganda herauszustellen, die sich nicht nur auf Aufkleber beschränken, sondern vermehrt Schmierereien und den Anstieg von verbaler und körperlicher Gewalt einschließen. Darunter sind neben der angestiegenen Zahl an Hakenkreuzen vor allem Schmierereien

an Orten des ÖPNVs wie Bushaltestellen, aber auch direkte Aktionen, wie Sachbeschädigungen. Bei der Auswertung der Schmierereien im Bezirk ist auffällig, dass neben einer inhaltlichen Parole oftmals die Abkürzung AfD vorzufinden war. Dies war bei 18 Vorfällen der Fall. Anzumerken ist, dass für diese Vorfälle nicht zwangsläufig AfD-Mitglieder verantwortlich sein müssen, sondern der Begriff „AfD“ zu einem Kampfbegriff rechtsgesinnter Personen geworden zu sein scheint.

Die Zunahme an Schmierereien zeigt ebenfalls, dass es auch in Steglitz-Zehlendorf den Versuch der Raumnahme durch rechte Akteur*innen gibt, die sich eben nicht nur auf die Ansiedlung und die Nutzung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen beschränkt, sondern sich vor allem im Straßenbild zeigt. Wichtig ist hier darauf hinzuweisen, dass durch diese Präsenz im Straßenbild die Aktivitäten der rechten Szene und ihr Gedankengut „mehrheitsfähig“

werden sollen. Außerdem sollen bestimmte Personenkreise eingeschüchtert werden bzw. ihnen deutlich gemacht werden, dass sie hier nicht willkommen seien.

Die Zahl der Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien sind im Jahr 2018 in Steglitz-Zehlendorf stark angestiegen. Dieser Anstieg von dokumentierten Bedrohungen etc. auf 25 (2016:4; 2017:8) kann einerseits auf die höhere Bekanntheit bzw. Vernetzung des Registers im Bezirk zurückgeführt werden, und zeigt andererseits, dass sich dieser berlinweite Trend auch in Steglitz-Zehlendorf widerspiegelt. Da diese größtenteils im Alltagsgeschehen stattfanden und es sich bei den Täter*innen, sofern bekannt, nicht um bekannte Rechtsextreme handelt, ist auch davon auszugehen, dass die Täter*innen selbst nicht dem rechten oder rechtsextremen Spektrum zugerechnet werden können, wohl aber ihre Taten und Äußerungen.



Was ist die „Neue“ Rechte?

Mit der zunehmenden Mobilisierung gegen Geflüchtete seit 2015, der Sarrazin-Debatte, den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien und der damit einhergehenden Diskursverschiebung nach rechts ist der Begriff der „Neuen Rechten“ vermehrt ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Wenn man den Begriff „Neue Rechte“ nutzt, ist es klar, dass dies in Abgrenzung zur sog. „alten Rechten“ geschieht. Die „alte Rechte“ (siehe Seite 16) scheinen vielen Menschen noch durch szenetypische Codes (wie Hakenkreuze, HH o.ä.) oder Kleidung erkennen zu können. Eine Definition der „Neuen“ Rechten fällt schwerer, da sich nicht nur das Erscheinungsbild verändert hat, sondern auch die Strategien und Aktionsformen. Allerdings handelt es sich bei dieser Gruppierung keineswegs um ein neues Phänomen. Doch erst jetzt konnten „neu“-rechte Akteur*innen zur Tat schreiten, da ihr Gedankengut neuerdings auf mehr fruchtbaren Boden fällt und ihnen neue Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Gerade über soziale Netzwerke fällt es ihnen leicht Inhalte zu verbreiten und als größere Gruppe zu erscheinen, als sie es tatsächlich sind – Filterblasen, finanzielle Mittel etc. machen es möglich. Es handelt sich bei der Bewegung also um einen sehr erfolgreichen „Scheinriesen“, was bei Aktionen im offline-Leben immer wieder sichtbar wird.

Die „Neue“ Rechte bezieht sich zwar oftmals nicht direkt auf den historischen Nationalsozialismus, weist jedoch inhaltlich kaum ideologische Brüche auf. Inhaltlich decken sie ein rechtskonservatives bis völkisches Spektrum ab. Sie verfolgen dabei eine eher intellektuelle statt aktionistische Ausrichtung und arbeiten dabei mit einer Kommunikationsstrategie, die darauf ausgelegt ist, vertraute Begriffe (bspw. Demokratie, Meinungsfreiheit, etc.) umzuwidmen. Sie geben vor, eine vermeintliche „neue“ Alternative zum, gern „linksgrün“ genannten, „Mainstream“ darzustellen. Allerdings erscheinen ihre Konzepte nur auf den ersten Blick neu bzw. modern. Dahinter steckt aber eine zutiefst rückwärts-gewandte Ideologie.

Die Bandbreite der Bewegung ist groß, da sie über eine Vielfalt an Akteur*innen und Aktionsformen verfügt. Die „Neue“ Rechte ist ein Netz von Einzelpersonen, Verlagen und Medien wie Zeitungen und Magazinen mit zahlreichen neurechten Publikationen, und verschiedenen Gruppierungen, die oftmals personelle Überschneidungen haben. Schlüsselfiguren sind u.a. Götz Kubitschek oder Jürgen Elsässer mit seinem Magazin „Compact“. Ebenso wichtig sind als Institutionen das Institut für Staatspolitik oder der Antaios Verlag. Zum aktivistischen Teil der „Neuen“ Rechten zählt die extrem rechte, vermeintliche Jugendorganisation „Identitäre Bewegung“ (IB). Diese gibt es nicht nur im Bundesgebiet, sondern auch in Frankreich und Österreich, wo sie wesentlich mehr Aktionismus entfalten als in Berlin.

Akteur*innen und Aktivitäten in Berlin

Der Fokus der „Neuen“ Rechten in Berlin liegt vor allem im „wohlsituierten“, als bürgerlich und konservativ geltenden Westteil der Stadt, namentlich Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf. Dort ist seit ca. 20 Jahren eine räumliche Verankerung der „Neuen“ Rechten zu beobachten. Neben der

inhaltlichen Anschlussfähigkeit an konservativ-intellektuelle oder in manchen Themengebieten auch an verschwörungstheoretische Kreise ist es auch die große Anzahl der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, die zu einer Etablierung der „Neuen“ Rechten in diesen beiden Bezirken beigetragen hat.

Ein zentraler Ort ist beispielsweise die Immobilie der Förderstiftung „Konservative Bildung und Forschung“, der Standort der Bibliothek des Konservatismus (BdK) in Charlottenburg. Dort stehen ca. 30 000 Bücher „neu“rechter und konservativer Autor*innen zur Verfügung. Außerdem finden hier regelmäßig Veranstaltungen statt. Dies macht die BdK zu einem wichtigen Veranstaltungsort im Bezirk. In räumlicher Nähe befinden sich zudem die Redaktionsräume der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, der Sitz des „neu“rechten Magazins „Cato“ und der „Epoch Times“. Auch einige rechtsorientierte und konservative Studierendenverbindungen in Westberlin, darunter die extrem rechte Burschenschaft „Gothia“ in Zehlendorf sind dort zu anzutreffen. Deren „Gothenhaus“ bietet günstigen Wohnraum und dient als Vernetzungs- sowie Veranstaltungsort. Die räumliche Nähe zueinander und die Zahl an verfügbaren Räumen im Berliner Westen sind eine günstige Ausgangslage für eine starke Vernetzung und Doppelmitgliedschaften.

In den Parlamenten werden inhaltliche und ideologische Themen vor allem durch die AfD vertreten, die ein Teil der „Neuen“ Rechten ist. Auch wenn die Parteiführung versucht hat, sich von zu extremen Positionen zu trennen oder sich, aus strategischen Gründen, zu distanzieren, ist die zugrunde liegende Ideologie gleich. Überdies pflegt ihre Jugendorganisation, die Junge Alternative (JA), enge Verbindungen zur „Identitären Bewegung“. Die Aktivitäten der „Identitären Bewegung“ sind seit dem Einzug der AfD in den Bundestag – im öffentlichen Raum – zurückgegangen. Dies betrifft allerdings nicht die allgemeine Aktivität der „Neuen“ Rechten. Insgesamt sorgte der Aufstieg der „IB“, aber auch das Erstarken der „Neuen Rechten“ für eine Wiederbelebung sowie Radikalisierung weiter Teile des Burschenschaftsmilieus. Die extrem konservativen Werte bzw. die Berufung auf Autor*innen und Konzepte einer „konservativen Revolution“, der Hang zum Autoritären und die Möglichkeit, Räume für Veranstaltungen, aber auch günstigen Wohnraum für Aktivist*innen zur Verfügung stellen zu können, erwiesen sich hier als förderlich.

Was ist eigentlich das Problem?

Die Akteur*innen der neuen Rechten suggerieren Anschlussfähigkeit. Sie knüpfen an bestehende Vorurteile, (Existenz-)Ängste, Konkurrenz, unerfüllte Wünsche sowie bestehende soziale Ungleichheit an und instrumentalisieren sie. Der Effekt verkürzter Aussagen wird in sozialen Medien durch die Funktionsweise von Filterblasen verstärkt. Die Gefahr der „Neuen“ Rechten geht u.a. von ihrem Mobilisierungs- und Radikalisierungspotenzial aus.

Provokationen wie die Äußerung vom „Mahnmal der Schande“ werden gezielt eingesetzt. Wer sich aufregt, dem wird eine Beschränkung der Meinungsfreiheit vorgeworfen. Hierfür benutzen die „Neuen“ Rechten ebenfalls neu besetzte bzw. geschaffene Begriffe. Statt Rassismus wird beispielsweise der Begriff

Berlin

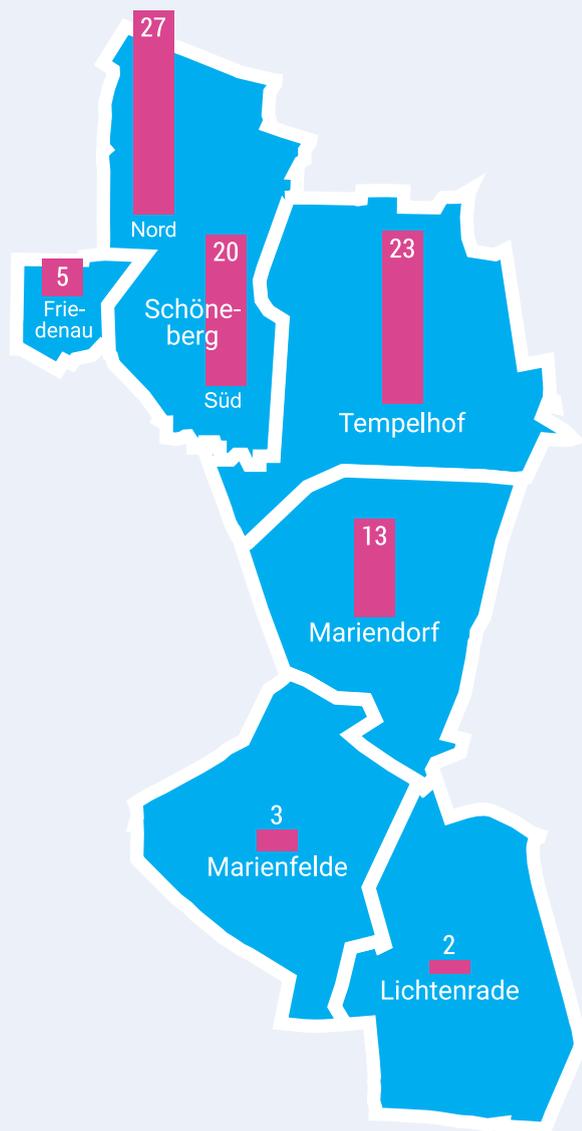
„Ethnopluralismus“ verwendet. Damit wird behauptet, dass die unveränderliche kulturelle Identität eines Volkes vor „fremden“ Einflüssen geschützt werden müsse. Dieses Konzept ist Teil einer rassistischen, nationalistischen sowie extrem rechten Ideologie. Sie rechtfertigt eine Ausgrenzung und Abwertung von Migrant*innen. Ein weiterer Begriff ist der der „Umvolkung“, welcher von Verschwörungstheoretiker*innen geprägt wurde. Er unterstellt einen Austausch der einheimischen, angeblichen „Stamm“-Bevölkerung durch Migrant*innen, vor allem aus muslimischen Ländern. Verschwörungstheoretiker*innen behaupten, dieser Austausch werde durch gesellschaftliche Eliten (Politik und Medien) gesteuert. Debatten um diese Frage sind daher oft antisemitisch konnotiert. Weitere Begriffe dieser Art sind Freiheit, Identität, Heimat, Abendland, Tradition und Volk. Sie alle sind Schlüsselbegriffe des demokratischen Konsenses und versuchen an bestehende Vorstellungen und konservative Kreise anzuschließen. Ihr Gebrauch wird genutzt, um den Diskurs immer weiter nach rechts zu verschieben.

Festzuhalten ist, dass „neu“rechte Akteur*innen nicht nur gegen Migration sind, sondern sich insgesamt gegen liberale und demokratische Werte positionieren. Des Weiteren ist ihr Ansatz anti-emanzipatorisch, anti-feministisch und reproduziert verschwörungstheoretische Ansichten. Die erfolgreiche Verbreitung ihres Gedankenguts geschieht nicht nur durch eine gezielte Raumnahmestrategie, die sich allerdings von jener der „klassischer“ Neonazis unterscheidet, sondern auch durch eine

Wortergreifungsstrategie. Die Folgen spiegeln sich in der Zusammensetzung der Register-Vorfälle wider. Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit im Kopf beflügeln den Aktionismus auf der Straße. Dies führt zu einem Anstieg von direkten Übergriffen wie Gewalttaten und Bedrohungen.



Tempelhof-Schöneberg



Tempelhof-Schöneberg ist ein Bezirk mit fast 350.000 Einwohner*innen. Die sieben Ortsteile des Bezirks (Schöneberg-Nord, Schöneberg-Süd, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade) sind in ihrer Struktur sehr unterschiedlich. Vom großstädtisch geprägten Schöneberger Wittenbergplatz, über den Regenbogenkiez rund um den Nollendorfplatz und die Stadtvillen in Friedenau bis hin zu dörflichen Strukturen mit der alten Dorfanlage in Marienfelde und Hochhausiedlungen am Stadtrand in Lichtenrade. Dementsprechend sind die Netzwerkstrukturen und Gegebenheiten für die Erfassung von Vorfällen sehr unterschiedlich und somit auch die Anzahl der Meldungen aus den verschiedenen Regionen.

Extrem rechte Wahlempfehlung



Aufkleber gegen den europäischen Migrationspakt



Kontakt: Register Tempelhof-Schöneberg

Tel.: 0157 - 374 508 19
Mail: tempelhof-schoeneberg@berliner-register.de

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg erfasste die Registerstelle im Jahr 2018 insgesamt 93 Vorfälle. Gegenüber dem Vorjahr sind dies sieben Meldungen weniger. Im Berliner Vergleich ist Tempelhof-Schöneberg ein Bezirk mit wenigen dokumentierten Vorfällen, trotz engagierter Nachbarschaften und Anlaufstellen.

Über die Hälfte der gesammelten Vorfälle wurde in Schöneberg erfasst (Schöneberg-Nord: 27; Schöneberg-Süd: 20), gefolgt von Tempelhof (23). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Vorfälle in diesen Regionen angestiegen. Ein deutlicher Rückgang war in Friedenau zu verzeichnen (2017:22; 2018:5). In Marienfelde und Lichtenrade lag die Zahl mit insgesamt fünf erfassten Vorfällen weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Hier sind die nötigen Netzwerkstrukturen noch nicht genügend ausgebaut, so dass von einer hohen Dunkelziffer von Vorfällen auszugehen ist.

Rassismus und NS-Verherrlichung als Hauptmotiv

NS-Verherrlichung war ein Hauptmotiv (19). Hier wurde zumeist Propaganda registriert, vielfach in Form von Hakenkreuzen und Schmierereien mit positivem NS-Bezug. Ein zweites Hauptmotiv war Rassismus (19). Werden noch die Vorfälle hinzugezählt, die antimuslimisch (8) oder antiziganistisch (7) motiviert waren, steht der Themenbereich Rassismus wie auch im Berliner Vergleich an erster Stelle (34). Menschen wurden aufgrund ihrer Hautfarbe, der ihnen zugeschriebenen Religion oder Herkunft beschimpft, geschlagen und gemobbt. Rassistische Sprüche wurden an Briefkästen, Bushaltestellen und andere öffentliche Plätze geschrieben und Plakate und Aufkleber mit rassistischen Inhalten im Bezirk platziert.

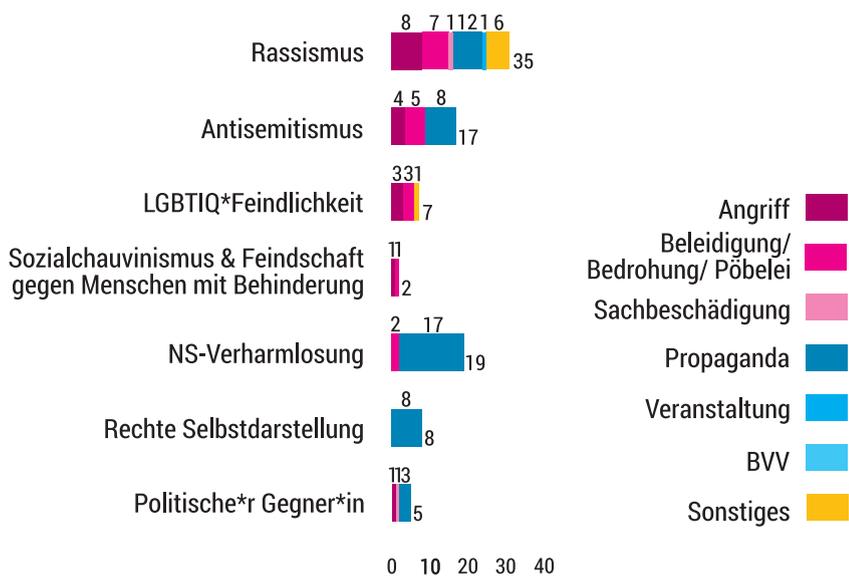
Häufiger als in den Jahren zuvor wurden Ereignisse mit der Motivlage Antisemitismus dokumentiert (2016:11; 2017:14;

2018:18). Darunter befanden sich vier Angriffe und fünf Bedrohungen. Ein israelisches Restaurant in Schöneberg bekam seit Mitte des Jahres verstärkt Hassmails, die Schoa-Leugnungen, NS-Verherrlichungen und Vernichtungsdrohungen enthielten. Eine E-Mail enthielt u.a. folgende Drohung: „Solche Leute wie sie, werden die ersten sein, die in Gefahr schweben“. Bereits im Dezember 2017 war es zu mehreren antisemitischen Vorfällen rund um das Restaurant gekommen, nachdem ein Vorfall, der sich vor dem Restaurant ereignete, eine breite Öffentlichkeit bekommen hatte. Einer der Angriffe ging von einer Person aus, die das ganze Jahr über an unterschiedlichen Orten in Berlin durch das Zeigen von verschiedenen antisemitischen und verschwörungsmythologischen Plakaten auffiel. Fünf der acht registrierten antisemitischen Propaganda Vorfälle im Bezirk stehen ebenfalls in Zusammenhang mit dieser Person, die ihre Schilder gerne an öffentlichen Plätzen, insbesondere bei Demonstrationen zeigt.

Im Themenbereich Rechte Selbstdarstellung (2017:21; 2018:8) und LGBTQ*feindlichkeit (2017:16; 2018:7) wurden weniger Vorfälle gemeldet und recherchiert. Insbesondere wurden weniger LGBTQ*feindliche Angriffe und Beleidigungen verzeichnet, was unterschiedliche Gründe haben kann, z.B. der Rückzug potenziell Betroffener aus dem öffentlichen Raum und nicht unbedingt auf einen tatsächlichen Rückgang schließen lässt.

Propaganda an erster Stelle

Wie auch in den Vorjahren handelt es sich bei dem überwiegenden Teil der in 2018 registrierten Vorfälle um Propaganda (48). Am häufigsten wurde in dieser Kategorie NS-Verherrlichung dokumentiert (17), die



13. August 2018

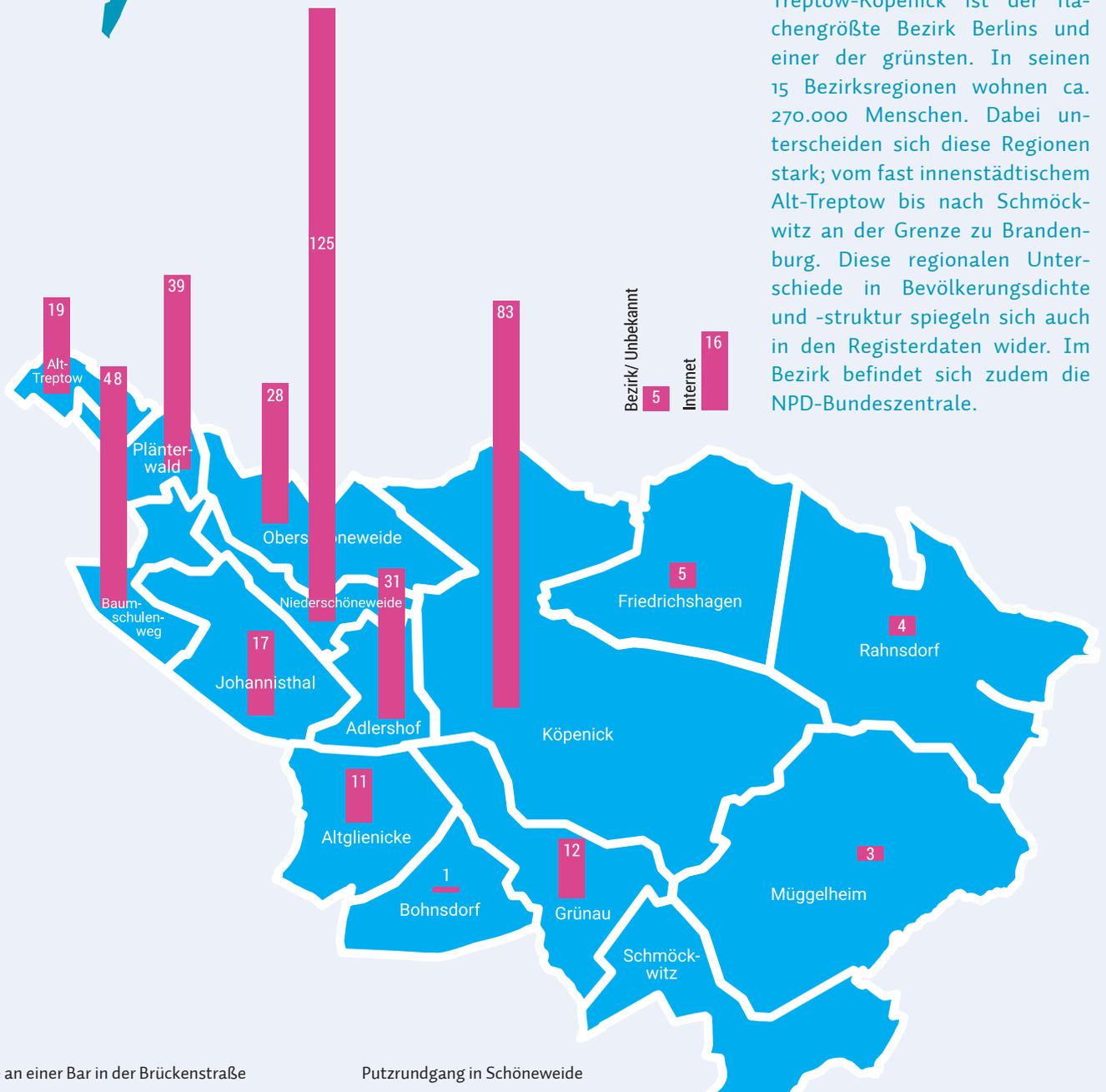
In Tempelhof wurde eine schwarze Frau von ihren Nachbarn über mehrere Monate hinweg kontinuierlich belästigt, unter Druck gesetzt und beleidigt. U.a. erhielt sie Briefe mit rassistischen Inhalten und es wurden Lebensmittel an ihre Fensterscheiben geworfen. Darüber hinaus wurde eines ihrer Kinder von einer Nachbarin angesprochen und gefragt, „warum sie und ihre Mutter nicht zurück dahin gehen, wo sie hergekommen sind“. Quelle: Register Tempelhof-Schöneberg

21. August 2018

Eine 30-jährige Frau, die mit Mutter und Schwester in der U-Bahn-Linie 6 unterwegs war, wurde gegen 10.00 Uhr von einem 65-jährigen Mann aus rassistischer Motivation angeschrien und mit einem Ast auf den Kopf geschlagen. Andere Fahrgäste griffen ein und drängten den Täter am U-Bahnhof Ullsteinstraße aus der Bahn. Eine 54-jährige Zeugin erstattete Anzeige und konnte den Täter später identifizieren. Quelle: Polizei Berlin

Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist der flächengrößte Bezirk Berlins und einer der grünsten. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen ca. 270.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark; vom fast innenstädtischem Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg. Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die NPD-Bundeszentrale.



Hakenkreuze an einer Bar in der Brückenstraße

Putzrundgang in Schöne-weide



Kontakt:
Register Treptow-Köpenick
 Zentrum für Demokratie
 Offensiv 91 e. V.
 Michael-Brückner-Str. 1
 12439 Berlin

Tel.: 030 - 65 48 72 93
 Mail: tk@berliner-register.de
 Facebook: Register Treptow-Köpenick

Im Jahr 2018 wurden 447 Vorfälle dokumentiert (2017: 310), was eine Steigerung um ca. 44% zum Vorjahr bedeutet. Abgesehen vom Rückgang der Vorfallszahlen in 2017 setzt sich der Trend der steigenden Vorfälle der Vorjahre fort.

Besonders stark ist der Anstieg im Bereich der Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien (+ 206%). Sie stiegen von 18 Vorfällen im Vorjahr auf 55 in 2018 und erreichen so einen neuen Höchststand seit der Erfassung durch das Register im Bezirk. Auch die Angriffe und massiven Bedrohungen sind um 8 Vorfälle auf insgesamt 30 gestiegen und liegen damit auf dem Höchststand von 2016. Es zeigt sich, dass gewaltsame Übergriffe insgesamt, ob körperlich oder verbal, weiter steigen. Davon war die Hälfte 2018 rassistisch motiviert.

Im Bereich der Propaganda zeigt sich besonders deutlich eine inhaltliche Verschiebung hin zu Rassismus. So sind die Propagandavorfälle insgesamt angestiegen (+ 45%), vor allem aber die rassistisch motivierten (+ 220%). Propaganda diente 2018 weniger der Selbstdarstellung und damit der Werbung, sondern richtete sich mehr in diskriminierender Weise gegen Menschen, die

ausgeschlossen werden sollen und denen dies auch gezeigt werden soll. Rassistische Inhalte werden wieder verstärkt von extrem rechten Organisationen und Parteien genutzt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Inhalte als anschlussfähiger als noch vor einigen Jahren gelten und damit eine Annäherung an noch nicht organisierte Rassist*innen gesucht wird.

Auch 2018 ist Niederschöneweide wieder der Ortsteil mit den meisten Vorfällen (125). Es ist weiterhin davon auszugehen, dass dort (ehemals) organisierte Neonazis wohnen, die für einen großen Teil der Vorfälle verantwortlich sind. Dieser massive Anstieg (+ 184%) der Vorfälle zeigt, dass die zunehmende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rassistischen Themen das Potenzial hat, bereits zurückgedrängte rechte Strukturen neu zu aktivieren.

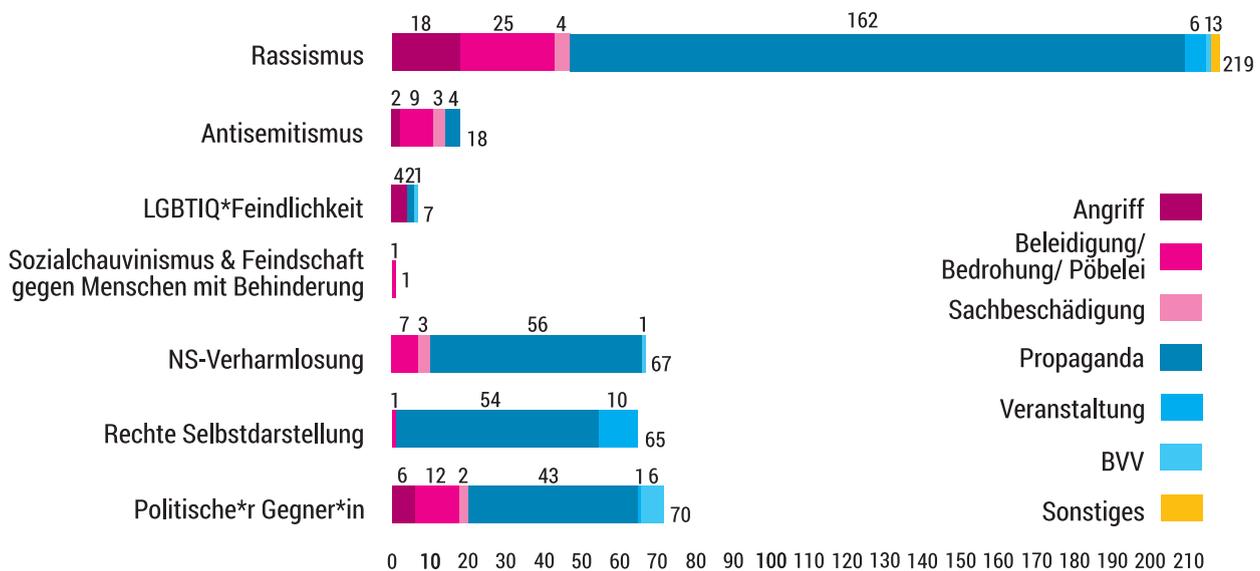
Mittlerweile werden hohe Vorfallszahlen im Bereich Rassismus dokumentiert, obwohl rassistische Proteste gegen die Unterbringung von geflüchteten Menschen ausbleiben. So ließ sich der Anstieg von rassistischen Angriffen 2016 noch auf diese Proteste und deren Wirkung zurückführen, jedoch fanden derartige Veranstaltungen

2018 nicht mehr statt. Es ist zu befürchten, dass die zunehmenden rassistischen Debatten in der Gesellschaft weiterhin Effekte auf das Zusammenleben haben und Rassismus immer gewalttätiger ausgelebt wird.

Zeitgleich wurden 2018 mehrere Vorfälle dokumentiert, in denen Menschen couragiert eingegriffen und den Betroffenen zur Seite gestanden haben. Diese Zivilcourage und das wieder zunehmende Engagement für eine tolerante und offene Gesellschaft bleiben nicht ohne Reaktionen von (extrem) Rechten. Trotzdem kann nur eine starke und aktive Zivilgesellschaft dem Rechtsruck entgegen treten und so die aktuellen Entwicklungen stoppen.

Analyseschwerpunkt: Niederschöneweide

Im Jahr 2018 zeigte sich ein starker Anstieg (+ 184%; 2017: 44) der Vorfälle auf 132 in Niederschöneweide. Mit dem neuen Höchststand der Vorfälle übertrifft der kleine Ortsteil, in dem lediglich 4,5 % der Einwohner*innen von Treptow-Köpenick wohnen, sogar ganze Bezirke in anderen Teilen von Berlin und hat 2018 einen Anteil von ca. 30 % an allen Vorfällen im Bezirk.



Beispielvorfälle

11. Januar 2018

Am Busbahnhof am S-Bhf. Schöneweide wurde eine Fahrradfahrerin von einem Mann geschupst, so dass diese auf die Straßenbahnschienen fiel. Als die Fahrradfahrerin aufstand, schlug er ihr ins Gesicht und beschimpfte sie als „scheiß linke Zecke“.

Quelle: Zentrum für Demokratie

16. Juli 2018

Drei Männer hielten sich in der Nacht auf den Tramgleisen und der Baustelle auf

dem Sterndamm am S-Bhf. Schöneweide auf. Dort brüllten sie über ca. 10 Minuten „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“, sowie mehrfach „vergast und tötet alle Juden“. Als zwei People of Colour auf dem Gehweg an ihnen vorbei liefen, bewarfen sie diese sofort mit Steinen und Flaschen aus der Baustelle. Die Betroffenen flüchteten in Richtung des Vorplatzes des S-Bhf. Schöneweide. Die beiden Männer gingen später, antisemitische und extrem rechte Parolen schreiend sowie randalierend, weiter Richtung Michael-

Brückner-Str. und später in die Spreestr. Quelle: Berliner Register

30. Juli 2018

Auf der Strecke zwischen S-Bhf. Schöneweide über den Kaisersteg bis in die Wilhelminenhofstr. wurden ca. 40 neonazistische Schmierereien entdeckt. Es handelte sich hauptsächlich um die Schriftzüge „NSDAP“ (25 mal) und „White Power“, aber auch „Anti-Antifa“ und „Good Night left Side“.

Quelle: Zentrum für Demokratie

Der Ortsteil hatte auf Grund seiner Geschichte schon immer einen besonderen Status im Bezirk. Die Entwicklung der Brückenstraße als Schwerpunkt neonazistischer Infrastruktur mit mehreren Kneipen/Läden und dem bundesweitem Zuzug von Neonazis in den Jahren 2009 bis 2014 führte zu einem Anstieg der Vorfallszahlen. Damit einher ging auch die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft. Damit sind die Zahlen schon seit Jahren sehr hoch und die Melder*innen-Struktur stabil. Bei der Betrachtung von Niederschöneweide ist die hohe Vorfallszahl an Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien (22 von 55) auffällig. Hinzu kommen noch vier Angriffe. Diese Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen ereigneten sich zur Hälfte am S-Bhf. Schöneweide. Eine Häufung von Übergriffen an Verkehrsknotenpunkten ist nicht ungewöhnlich, da hier viele Menschen zusammentreffen. Allerdings gibt es keinen weiteren Bahnhof im Bezirk, an dem derartig viele Gewalttaten stattfanden. Die Motive für Übergriffe in Niederschöneweide spiegeln den allgemeinen bezirklichen Trend wider. So gibt es auch hier einen starken Anstieg von Rassismus. Anders als in anderen Ortsteilen ist der Anteil an Übergriffen gegen politische Gegner*innen allerdings höher.

Die Anzahl der Propaganda (98) ist für einen derart kleinen Ortsteil sehr hoch. In den meisten Fällen sind es Aufkleber (auch in größeren Mengen). Mit der allgemeinen Verschiebung der Inhalte von Propaganda hin zu Rassismus ist es vor allem ein Zeichen an Betroffene, dass diese im Ortsteil nicht gewollt sind. Zudem wird so Rassismus in die alltägliche Wahrnehmung (insbesondere, wenn es sich um solche Mengen von Propaganda handelt) getragen und allmählich normalisiert. Die Zusammensetzung der Propaganda zeigt einen hohen Anteil von organisierten Strukturen auf. Dabei überwiegen neonazistische Organisationen (ca. 37%) stark gegenüber solchen, die der Neuen Rechten (15%) zugeordnet werden können. Bei einigen Aufklebern, aber insbesondere bei Schmierereien lassen sich meist keine Organisationszusammenhänge herstellen, jedoch hatten die meisten Inhalte mit NS-Bezug (32%), die auf eine ideologi-

sche Nähe zum Neonazismus verweisen. Der Rest hatte rassistische Inhalte. Diese Zusammensetzung weist darauf hin, dass im Ortsteil verstärkt von Neonazis und organisierten Rassist*innen Propaganda im Straßenbild angebracht wird.

Bei 30 der in Niederschöneweide gemeldeten Vorfälle gab es direkt Betroffene. Im Gegensatz zu den betroffenen Institutionen und Parteien sind die Vorfälle bei Personen und Gewerbetreibenden, die von Rassismus betroffen sind, zum Teil mit hohen finanziellen Schäden verbunden und/oder mit einem massivem Bedrohungspotenzial. So wurde der Kinderwagen einer Schwarzen Person in ihrem Wohnhaus mehrfach verdreckt und unbenutzbar gemacht. Neben dem finanziellen Schaden geht mit diesen Vorfällen auch eine massive Einschüchterung im Privatraum der Betroffenen einher. Bei den betroffenen Gewerbetreibenden war insbesondere der vietnamesische Obst- und Gemüsestand im S-Bhf. Schöneweide im Visier. Mindestens 7 Mal musste der Betreiber Aufkleber und Schmierereien von seinem Stand entfernen. Diese Häufigkeit zeigt, dass es sich hier nicht um ein zufälliges Ziel handelt. Am härtesten hat es einen Betreiber einer Shisha-Bar in der Brückenstraße getroffen. Diese wurde in der Nacht nach der Eröffnung massiv beschädigt.

Analyseschwerpunkt: Übergriffe und Zivilcourage

Im Jahr 2018 stieg die Zahl der Angriffe um 8 Vorfälle auf insgesamt 30. Allerdings wurden 2018 mehr Vorfälle dokumentiert, bei denen Menschen couragiert eingriffen und so potenziell dazu beitrugen, dass es nicht zu einem Angriff kam. Besonders stark ist jedoch der Anstieg im Bereich der Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien (ca. 206%). Sie stiegen von 18 Vorfällen im Vorjahr auf 55 in 2018 und erreichen so einen neuen Höchststand seit der Erfassung durch das Register im Bezirk. Zusammenfassend handelte es sich um insgesamt 85 Übergriffe (Angriffe sowie Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien) im Bezirk. Berlinweit ist die Entwicklung sehr ähnlich. So stiegen auch hier die Angriffe leicht an (2017: 267; 2018: 309), jedoch die Beleidigungen/Bedrohun-

gen/Pöbeleien stark (2017: 459; 2018: 898). Damit zeigt sich, dass die dargestellte Entwicklung im Bezirk in eine berlinweite Entwicklung eingebettet ist.

Im Bezirk fanden 61 der dokumentierten Übergriffe in einem öffentlichem Umfeld, wie bspw. auf der Straße, beim Einkaufen, in gastronomischen Einrichtungen oder im öffentlichen Personennahverkehr statt. Insbesondere in den Sommermonaten, in denen sich viele Menschen draußen aufhalten, stiegen die Vorfälle an. Es sind vor allem diese Orte, an denen Zivilcourage gezeigt wurde. In den Momenten, in denen diskriminierende oder extrem rechte Handlungen in der Öffentlichkeit verübt werden, zeigen die Täter*innen damit ihre menschenverachtenden Einstellungen. Auch unabhängig davon, ob bei den Vorfällen Betroffene direkt angesprochen werden. Darüber hinaus entsteht durch die öffentlichen Äußerungen, solange diese unwidersprochen bleiben, ein Klima der Akzeptanz, welches zu weiteren diskriminierenden Handlungen bis hin zu Angriffen führen kann.

Bei 18 Übergriffen (6 Angriffe, 12 Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien) wurde dokumentiert, dass Menschen Zivilcourage zeigten. In fast allen Fällen waren es Passant*innen, die einschritten. Dabei wählten sie zwischen drei Formen der Zivilcourage: Sie solidarisierten sich mit den Betroffenen (5), sie widersprachen den diskriminierenden und/oder extrem rechten Aussagen (10) oder sie riefen die Polizei (3). Ob damit Angriffe verhindert werden konnten, ist nur schwer zu sagen, da die Intention der Angreifenden nicht nachvollziehbar ist, jedoch ließen bei 5 Angriffen die Täter, nachdem Passant*innen eingriffen, von den Betroffenen ab und flüchteten.

Zivilcourage bleibt in den konkreten Situationen die einzige Möglichkeit, den Betroffenen zur Seite zu stehen. Zivilcourage trägt dazu bei Schlimmeres zu verhindern und einer Normalisierung von menschenverachtenden Übergriffen entgegen zu treten. Bei der aktuellen Entwicklung der Vorfälle wird sie auch in Zukunft ein wichtiger Teil gesellschaftlichen Engagements bleiben und sollte bspw. durch Trainings weiter gefördert werden.

3. August 2018

An der Ecke Britzer Str./ Fennstr. wurden ca. 20 antimuslimische Aufkleber der NPD entdeckt und entfernt.
Quelle: Zentrum für Demokratie

10. August 2018

An den Obststand im S-Bhf. Schöneweide wurde zweimal „IB“ (Identitäre Bewegung) und deren Zeichen geschmiert.
Quelle: Zentrum für Demokratie

1. Oktober 2018

Bei Rossmann im Zentrum Schöneweide wurde eine Schwarze Person nicht bedient. Erst nachdem sie alle weißen Menschen vorgelassen hatte und als einzige an der Kasse stand, wurde sie bedient.
Quelle: Register Treptow-Köpenick

Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

Das ADNB ist eine nicht-staatliche und unabhängige Beratungsstelle primär für in Berlin lebende Menschen, die rassistische und damit zusammenhängende Diskriminierungserfahrungen machen. Mehr Informationen unter: www.adnb.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.(Apabiz)

Das apabiz ist ein Archiv und bietet Veranstaltungen und Workshops rund um die Themen der extremen Rechten an. Mehr Informationen unter www.apabiz.de

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin. Mehr Informationen zum Dokumentationsprojekt gibt es hier: <http://amaroforo.de/antidiskriminierungsarbeit>.

Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

Betroffene von Anti-Schwarzem Rassismus können sich an die Antidiskriminierungsberatung bei Each One Teach One e.V. wenden. EOTO und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland dokumentieren Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus.

www.eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung

<http://isdonline.de/monitoring>

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

www.kop-berlin.de

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

www.kub-berlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Die MBR bietet allen Menschen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen.

www.mbr-berlin.de

Reachout - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.

www.reachoutberlin.de

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin, die über die Seite www.report-antisemitism.de gemeldet werden können.

OPRA - Psychologische Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

www-opra-berlin.de

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF zu finden.

www.verband-brg.de/material/#publikationen

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

www.mbt-berlin.de/mbt

www.berliner-register.de

